

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: Prämienanwärter: 1,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich, 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eintragungen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erhebt täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

beruht für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 40 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (setzgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 28. Februar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der Kampf der italienischen Eisenbahner.

Wie wir bereits in unserer Sonntagsnummer meldeten, ist von dem Komitee der Eisenbahner die Obstruktion beschlossen worden. Diese Obstruktion besteht darin, daß durch eine wörtlich genaue Beobachtung der dienstlichen Vorschriften der Betrieb lahmgelegt wird. Die Eisenbahner beobachten bei der Ein- und Abfahrt mit der peinlichsten Gewissenhaftigkeit alle vorgeschriebenen Vorsichtsmaßregeln. Sie befolgen auch bei der Reinigung der Maschinen und der Coupés die denkbar größte Sorgfältigkeit. Wenn dadurch der Betrieb außerordentlich erschwert wird, wenn die Fahrplannmäßigen Züge entweder ganz ausfallen oder mit mehreren Stunden Verspätung abgehen, so ist das gerade die Absicht der Obstruktion. Nach den vorliegenden Meldungen hat diese Obstruktion bereits zu einer ganz bedeutenden Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs geführt. Ein Privattelegramm aus Rom meldet uns:

„Die Obstruktion der Eisenbahner, die in ganz Italien durchgeführt ist, ergibt unerwartete Resultate. In Rom sind gestern allein 23 Züge ausgefallen. Die übrigen erlitten eine Verspätung bis zu drei Stunden. Die Stimmung der Eisenbahner ist eine vorzügliche. Ein Zwischenfall ist bis jetzt noch nicht eingetreten.“

Ein anderes Telegramm lautet:

Rom, 27. Februar. Infolge der Obstruktion des Eisenbahnpersonals mußte die Abfahrt vieler Züge nach Neapel, Pisa, Civitavecchia, Frascati eingestellt werden. Die Gleise des hiesigen Bahnhofes sind überfüllt; die ankommenden Züge müssen an der kleinen Haltestelle Trastari, zwei Kilometer vor Rom lange anhalten. Die meisten Reisenden ziehen es vor, die Strecke bis Rom zu Fuß zurückzulegen. Die Wartesäle des Bahnhofes gleichen gestern abend Bivvaks.

Die Obstruktion, auf die man sich einstweilen beschränken will, hat bekanntlich ihre Ursache in der Bestimmung der Eisenbahnvorlage, die den Eisenbahnbeamten das Recht des Streiks nicht zustehen will. Eine teilweise oder vollständige Einstellung des Dienstes soll danach mit Gefängnis von 1 bis 6 Monaten bestraft werden. Wenn der Zweck der Betriebsstörung erreicht ist, soll die Strafe auf 6 bis 12 Monate erhöht werden. Die Häupter, Führer und Leiter sollen zudem entlassen werden und alle ihre Rechte, auch das der Pension und Unterstützung, verlieren. Aber auch die übrigen Angestellten, welche an der Vereinbarung teilgenommen oder eine der unter Strafe gestellten Handlung begangen haben, sollen unter Verlust aller Rechte entlassen werden können, zum mindesten aber sollen sie durch Lohnabzüge und eine Dismisssion der Lohn-erhöhungstermine, resp. durch disziplinarische Verurteilungen bestraft werden können. Um die Regierung zur Zurücknahme dieses Anti-Streikgesetzes zu bewegen, haben die Eisenbahner zur Obstruktion gegriffen, der event. noch der Generalausstand folgen soll. Die Lage vor Ausbruch des Streiks wird uns von unserem römischen Mitarbeiter folgendermaßen geschildert:

Vor der Entscheidung.

Rom, den 23. Februar. (Fig. Ver.)

Wenn diese Zeilen in Druck gehen, ist die Entscheidung bereits gefallen. Morgen tritt das Komitee der 45, die sogenannte Konstante der Eisenbahner, zusammen und wird entscheiden über Frieden und Krieg.

Wer die heutigen und gestrigen Zeitungen durchsieht, der muß den Eindruck gewinnen, daß nichts Außerordentliches im Anzuge ist und Italien in einer ruhigen und normalen Periode steht. Und doch muß jedem Menschen, der Augen hat zu sehen, der Streik schon heute als unvermeidlich erscheinen. Warum diese trügerische Ruhe? Ist sie Sorglosigkeit oder betrugliche Täuschung?

Man hat so viel geschrieben über die Forderungen der Eisenbahner. Wie kommt es, daß man heute sich nicht mehr darauf besinnt? Sie fordern — und zwar schon seit einiger Zeit, beinahe seit 20 Jahren — Gehaltsaufbesserungen, besonders für die unteren Kategorien. Diese Forderungen hat nun die Regierung in dem vorgestern vorgelegten Gesetzentwurf nur unvollkommen berücksichtigt. Schon allein die Zugeständnisse auf dem Gebiet der Gehaltsfrage sind wenig angetan, zum Frieden zu stimmen. Nun kommt aber, als eine tollühne Provokation der Regierung, noch das Streikverbot hinzu, ein unnützes Verbot, da die organisierte Masse, wenn sie einig ist, mit oder ohne Verbot streiken kann, ohne daß die Regierung einem ganzen Heer von Streikenden gegenüber mit Strafen und Mahregelungen etwas auszurichten vermöchte. Praktisch wertlos, ist so das Streikverbot nur eine Verhöhnung der Arbeiter, eine Aufwiegelung zum Streik. Die Eisenbahner haben im November auf ihrem Kongress in Rom erklärt, daß sie auf die Einbringung eines Entwurfes gegen das Streikrecht mit dem allgemeinen Ausstand antworten würden. Der Entwurf ist eingebracht: die gebührende Antwort dürfte nicht ausbleiben.

Von etwas über 80 000 Eisenbahnern sind 65 000 organisiert. Man kann annehmen, daß die Order zum Streik von allen Organisierten befolgt wird und die Regierung dann die noch reservenpflichtigen unter den Eisenbahnern zu den Waffen ruft, d. h. unter Militärrecht stellt. Diese Maßregel dürfte etwa 25 000 Eisenbahnangestellte betreffen, die dadurch dem Streik verloren sind. Es liegt auf der Hand, daß der militarisirte Eisenbahner nicht streiken kann, ohne die schwersten militärischen Strafen auf sich zu laden. Die Organisation entbindet also im Falle der Militarisierung alle zu den Waffen Verufenen ihrer Streikpflicht. Das

wird aber keine weitgehenden Folgen auf den Ausstand haben, da gerade die maßgebenden Angestellten, die Maschinisten, zum großen Teil nicht mehr reservenpflichtig sind.

Nun rechnet freilich die Regierung auf das Eisenbahnerbataillon. Aber alle Sachverständigen sagen, daß von ihm nichts zu erwarten ist, da die Soldaten gar keine praktischen Kenntnisse vom Bahndienst haben.

Das Streckenpersonal wird seine Gefährten nicht im Stich lassen. So kann man dem schweren Kampf mit Hoffnung entgegensehen. Günstig ist der Moment nicht — am Monatsende, bei einer im Monatsgehalt stehenden Arbeiterklasse; aber die Arbeiter haben ihn nicht gewählt, nicht wählen können. Die Regierung hat diese Lösung gewollt und trägt die Verantwortung für sie.

In Regierungskreisen ist man besorgter, als man glauben machen will. Man sagt, Giolitti reise nach Sizilien, um sich von seiner In- fluenza zu erholen. Er wird es aber wohl bleiben lassen und in Rom den Lauf der Dinge abwarten. Seit gestern hat man den Telefonverkehr mit Oberitalien eingestellt, vorgestern auch den „Avanti“ wegen eines Artikels über die Eisenbahner beschlagnahmt. Die telegraphische Zensur ist schon heute sehr streng, selbst Briefe der Eisenbahner vom Komitee und der Kontrollkommission gehen verloren. Dabei sind die tollsten Gerüchte im Umlauf; so hieß es z. B. heute in Montecitorio, daß in Neapel bereits gestreikt werde; aus Reggio di Calabria telephonieren die Eisenbahner an den „Avanti“, ob es wahr sei, daß ganz Oberitalien im Ausstand steht. Nur die bürgerliche Presse tut als merkte sie nichts. Und sie weiß wohl, warum.

Wenn nämlich morgen der Streik proklamiert wird, dann wird sie ausrufen wie der Bar: warum denn, es war doch alles ruhig und zufrieden? Man will das Publikum irreführen und gegen die Streikenden einnehmen. Es soll nicht sehen, daß der Streik eine logische Notwendigkeit für die Eisenbahner ist, sondern ihn für einen Akt des Leichtsinns und Uebermuts halten. Aber die Eisenbahner, denen ein Grundrecht der Arbeiter genommen werden soll, werden dem Publikum zu wissen tun, warum sie streiken mußten, und auf welcher Seite die schwere Verantwortung liegt für den allgemeinen Ausstand der italienischen Eisenbahner.

Daß der Abwehrkampf der italienischen Eisenbahner für die Passagiere von sehr unangenehmen Folgen ist, liegt auf der Hand. Es ist aber nun einmal die Eigentümlichkeit eines Streiks, daß durch ihn auch Unbeteiligte in Mitleidenschaft gezogen werden. Auch infolge des Vergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet sahen sich ja eine Anzahl von Betrieben der Eisenbranche genötigt, ihre Werke wegen Kohlenmangels still zu legen, so daß auch eine Anzahl von anderen Arbeitern dadurch arbeitslos geworden war. Bei einem Eisenbahnerstreik leiden nicht nur die Unternehmer infolge Sähmens des Warentransportes, sondern auch die Passagiere, unter denen sich ja auch Arbeiter befinden, für die die Verzögerung einer Beförderung sehr unangenehm sein kann. Aber der Streik ist nun einmal ein Kampfmittel, dessen Schärfe nicht lediglich die Unternehmer resp. die die Unternehmer repräsentierende Regierung trifft. Da, wie die obige römische Korrespondenz darlegt, die Eisenbahner alle Veranlassung hatten, noch einen letzten Kampf um ihr Recht zu wagen, werden sich auch die einsichtigen Arbeiter durch die sie treffenden Unannehmlichkeiten nicht zu einer Verteilung des Kampfes der Eisenbahner hinreizen lassen. Die bürgerliche Verichterstattung allerdings stellt es so dar, als ob die ganze öffentliche Meinung durch diese Unannehmlichkeiten gegen die Eisenbahner in Empörung versetzt worden sei. So schildert namentlich ein Verichterstatte des „Berliner Tageblattes“, das ja schon in seinem Leitartikel den Eisenbahnern das Recht des Streiks prinzipiell abspricht, die Erbitterung des Publikums in offenbar tendenziös übertriebener Weise. 500 arme Tagelöhner, die in Rom auf einem Zuge nach Ancona gewartet hätten und nicht fahren konnten, hätten sich auf die Eisenbahner stürzen wollen. Auch an verschiedenen anderen Punkten Nord- und Mittelitaliens hätten die Passagiere den Eisenbahnern „mit Gewalt Ration beigebracht“ und sie gezwungen, die Fahrt zu beschleunigen. Andererseits wird erzählt, daß die Eisenbahn-Beamten ihre Obstruktion mit geradezu diebischen Behagen inszenierten, daß sie sich über die Not der Passagiere lustig machten und unter sich vergnügte Gruppen bildeten, in denen gekichert und gelacht werde. Das täten sie aber nur, erzählt der Verichterstatte dann weiter, wenn sie sich u beobachtet glaubten, sonst trügen sie den tiefsten Ernst zur Schau und gingen anscheinend ganz in Erfüllung ihres Dienstes auf. Diese Schilderungen beabsichtigen offensichtlich, die Streikenden ins Unrecht zu setzen und Stimmung gegen sie zu machen. Ist es doch ganz unwahrscheinlich, daß die Streikenden, die ganz genau wissen, was für sie bei diesem ihnen aufgenötigten Kampfe auf dem Spiel steht, sich in so heiterer Stimmung und schadenfroher Laune befinden sollten! Das „liberale“ Blatt sollte doch bedenken, daß die Arbeiter um die Aufrechterhaltung eines der elementarsten Rechte des modernen Proletariats kämpfen und daß es lächerlich ist, un- liebbare Begleitercheinungen des ihnen aufgezwungenen Kampfes den Arbeitern selbst zur Last zu legen. Die Mofsesche „Volkzeitung“, das Organ für Streikbrecher-Annoncen, versteigt sich allerdings noch zu einer gröblicheren Verunglimpfung der Eisenbahner. Sie erzählt allerhand Geschichten über die brutale Selbsthilfe des Publikums und fügt hinzu:

„Man kann es den Reisenden wirklich nicht verübeln, wenn sie für solche Schikanen prompt Lynchjustiz üben.“

So urteilt ein „demokratisches“ Blatt, ein Organ, das gelegentlich im reaktionellen Teil auch für die Interessen des Proletariats eintritt, freilich nur, um dadurch dem Mofseschen Inzeratenteil mit seinen Streikbrecher-Inzeraten unter dem Publikum möglichst zahlreiche Leser zu verschaffen! In dieser schäbigen Haltung ändert es auch gar nichts, daß die italienischen Eisenbahner angeblich eine unheilvolle Komödie spielten und sie „ehrliderrweise“ direkt in den Streik treten sollten. Das Komitee hat unzweifelhaft seine kräftigen Gründe dafür, daß es gerade zu diesem Mittel der Lahmlegung des Betriebes gegriffen hat, von der es sich jedenfalls für den Augenblick den größeren praktischen Erfolg verspricht. Als Komödie kann dieser Kampf eben nur von den offenen oder versteckten Gegnern der Arbeiter aufgefaßt werden!

Die Revolution in Rußland.

Ein Petersburger Telegramm besagt:

Die aus der Provinz eingehenden Nachrichten lauten sehr ernst. Georgien hat tatsächlich seine Unabhängigkeit erklärt. In Armenien sind die Unruhen allgemein. In Kleinasien umfaßt der Ausstand bereits 200 000 Arbeiter. Die Verbindungen mit dem Südosten sind abgebrochen. In Transbaikalien verursacht der Eisenbahnerausstand enormen Schaden. Man befürchtet, daß die Telegraphenlinien von den Ausständigen gerührt werden. Kiew und Warschau sind isoliert. Von allen Seiten laufen in Petersburg Telegramme ein, in denen um Instruktionen gebeten wird. Die Antwort lautet einformig, man solle sich aufs beste helfen.

Ueber den Ausstand der Eisenbahner

liegen folgende Telegramme vor:

Wozj, 27. Februar. Der Ausstand auf der Eisenbahnlinie Wozj ist beendet. Man befürchtet, daß die Bankbeamten in den Ausstand treten.

Die deutsche Postverwaltung hat sich, wie ein Telegramm aus Breslau meldet, infolge des Ausstandes der russischen Eisenbahner veranlaßt gesehen, den Austausch von Postgegenständen via Sosnowice und Alexandrowa gänzlich einzustellen. Sämtliche Sendungen nach Polen und dem übrigen Rußland werden der „Schlef. Volksztg.“ zufolge über Chydtkuhnen geleitet, was für viele Sendungen einen ungeheuren Umweg bedeutet. Es gewinnt übrigens den Anschein, als sei der Eisenbahnerstreik auf den russischen Bahnen schon im Erlöschen. Nach einem Telegramm aus Rattowitz ist dagegen der Personen- und Frachtenverkehr nach und von Rußland über Sosnowice seit heute sowohl für die Warschau-Wiener Bahn als für die Weichselbahn in vollem Umfang wieder aufgenommen worden. Da die vollste Einfuhr von Kohle nach Rußland noch einige Tage gestattet ist, nimmt der obereschleische Kohlenversand nach Rußland einen sofortigen Aufschwung.

Warschau, 26. Februar. Der Verkehr auf der Warschau-Wiener Bahn ist um Mitternacht wieder aufgenommen worden. Man erwartet, daß in nächster Zeit der regelmäßige Betrieb wiederhergestellt sein wird.

In einigen Metallfabriken ist gestern die Arbeit wieder aufgenommen worden. Man hofft, daß am Montag in allen Fabriken wieder gearbeitet werden wird.

Der Straßenbahnverkehr ist eingestellt worden. Bielostok, 25. Februar. Auf den Westseiten der Südwestbahnen in Starosjelsk sind 800 Arbeiter ausständig. Dieselben verlangen den Achtstundentag.

Bahmut (Gouvernement Jelaterinoslaw), 25. Februar. Der Ausstand dauert in der ganzen Gegend am Donetzflusse fort.

Der Eisenbahner-Ausstand in Rußland ist einem antiken Telegramm zufolge beigelegt. Die königliche Eisenbahn-Direktion Berlin erklärt daher folgende Bekanntmachung: Nachdem der Gesamtverkehr nach der Warschau-Wiener Bahn und den Weichselbahnen über Sosnowice wieder aufgenommen worden, darf die Renaugabe von Gütern nach dort wieder erfolgen. Angehaltene Güter werden weitergeleitet, falls die Versender nicht anderweit verfügt haben.

Es bleibt abzuwarten, ob diese beruhigenden Meldungen den Tatsachen entsprechen. Da es sich auch bei dem Eisenbahnerstreik wie bei der ganzen Ausstandsbewegung in Rußland keineswegs in erster Linie um rein wirtschaftliche Forderungen handelt, sondern um politische Streiks, so kann auch der Eisenbahnerausstand in jedem Augenblick an allen Orten wieder mit erneuter Heftigkeit ausbrechen.

Die Regierung hat zwar die Angestellten aller russischen Eisenbahnen, mit Ausnahme der im mittleren Asien, unter das Kriegsgefeß gestellt

und damit den Streikenden die Exekutive durch Pulver und Blei angedroht, allein es ist mehr als fraglich, ob sie im Ernstfalle wagen würde, ihren zahllosen Bestialitäten solche neuen Blutdaten hinzuzufügen.

Die Ereignisse haben ja bewiesen, wie im ganzen Lande die Luft auf den 22. Januar und der folgenden Schreckenstage fürchtbare Ernte reift!

Die Juden als Bligableiter.

Das alte verbrecherische Mittel des Jarrismus, den Volkszorn durch infame Verhegung der Massen von der Regierung auf die Juden abzuwenden, scheint in Jeddosia wieder zur Anwendung gelangt zu sein:

Jeddosia, 27. Februar. Der Ausstand wurde hier von jüdischen Arbeitern begonnen. Als der Direktor der Arbeiter er- schien, wurde er von den Arbeitern umringt, welche gegen die Regierung gerichtete Proklamationen verteilten. Acht- zehn Personen wurden verhaftet. Die Menge zog dann durch die Straßen und zwang die Arbeiter mehrerer

Kadetten, die Arbeit einzustellen. Israelitische Redner riefen: Nieder mit dem Kaiser! Was es so sein wie im Auslande, dann sind wir gleichgestellt. Die Menge teilte sich nur, ein Teil zog zum Denkmal Alexander III. Später wurden die Arbeiter von der Polizei zerstreut. Von ernstlichen Aufstößen kann jedoch nicht gesprochen werden. Es kam zu unbedeutenden Reibereien, als Christen die Juden schlugen mit den Worten, es gebe in Rußland noch Leute, welche den Kaiser verteidigen werden. Ein Israelit wurde getötet. Bei seinem Begräbnisse kam es wieder zu Reibereien. Der Polizeichef erhielt anonyme Briefe, in denen ihm mit dem Tode gedroht wird.

Nach den Berichten von Moskauer Blättern ging es viel schlimmer zu. Danach brach in Feodosia ein Arbeiterstreik aus, der mit einer großen Demonstration vor dem Stadtmag begann. Plötzlich ertönte in der Menge der Ruf „Gant die Juden!“, worauf das Volk sich durch die Stadt zerstreute und eine furchtbare Judenhetze begann. Bis Truppen zur Herstellung der Ordnung erschienen, gab es an fünfzig Tote und Verwundete. In der Stadt herrscht nicht allein unter der jüdischen, sondern auch unter der christlichen Bevölkerung eine furchtbare Panik. Die Besitzenden verlassen die Stadt.

Gorki in Lebensgefahr?

Einem Berliner Blatte wird aus Petersburg telegraphisch gemeldet:

Von vertrauenswürdigem Seite erfahre ich, daß die Erwägungen, die wegen einer Freilassung Gorkis schwanden, von folgenden charakteristischen Motiven diktiert sind: Die Haft hat den Gesundheitszustand Gorkis wiederum in schlimmster Weise erschüttert. Innerhalb der Regierung gibt es Personen, die mit dem Tode Gorkis während der Haft rechnen, und die den schlimmsten Einbruch vermeiden wollen, daß Gorki im Gefängnis stirbt. Man rechnet auch mit der Möglichkeit bedrohlicher Demonstrationen bei der Verurteilung unter diesen Umständen. Trepow hingegen war gegen die Freilassung, und ihm scheinen neue Demonstrationen nicht unerwünscht, um der Bevölkerung wiederum eine blutige Lektion erteilen zu können.

Eine Verfassung?

Petersburg, 27. Februar. (W. T. W.) Landwirtschaftsminister Ferno low überreichte am 24. d. M. dem Kaiser eine auf dessen Befehl ausgearbeitete Denkschrift über die gesamte innerpolitische Lage Rußlands und die zur Herbeiführung normaler Verhältnisse erforderlichen Maßnahmen. Der Minister gelangt darin zu dem Schluß, daß normale Verhältnisse und eine Veruhigung der Gemüter nur noch durch Einführung einer Konstitution und Berufung einer Versammlung von Volksvertretern zu erhoffen seien. Der Kaiser beriet die Denkschrift eingehend mit dem Minister und beauftragte ihn, ein entsprechendes Reskript an den Minister des Innern, bezw. ein Manifest zu entwerfen. Am 25. d. M. abends fand bei dem Minister Ferno low eine vertrauliche Beratung der zuständigen Persönlichkeiten behufs Ausführung der kaiserlichen Willensäußerung statt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Februar.

Der Jahresbericht des Kapitalismus.

Wenn unsere Parteigenossen im Reichstage am Militär-, am Marinewesen oder der Justizpflege Kritik üben, so richten sich ihre Angriffe gegen besondere Einzelercheinungen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Bei der Debatte über das Reichsamt des Innern, die am Montag im Reichstage begann, trifft der Stoß der Kritik die kapitalistische Gesellschaft mitten ins Herz.

Zuvor erledigte man noch den großen Rest des Marineetats in knapp einer Stunde nahezu debattelos. Die Dom-Einweihungsfeier hatte die Mitglieder der Mehrheitsparteien augenscheinlich in die rechte Stimmung veretzt, Nordwerkzeuge ohne Zahl zu bewilligen.

Die sozialpolitische Generaldebatte pflegte seit Jahren Herrn Trimbom vom Zentrum mit einer größeren Programmrede zu eröffnen. Heute vertrat ihn Herr Erzberger, der vom Zentrum Generalvollmacht für sämtliche Etats erhalten zu haben scheint. Er trat für Ausdehnung der Arbeiterschutzbestimmungen in der Glas-, Ziegel- und Tabakindustrie sowie im Straßenbahn-Betriebe ein. Aber den Hauptteil seiner Rede widmete er der Bekämpfung des Hausierhandels, den er am liebsten ganz unterdrückt sähe, und dem Nachweis, daß das Zentrum in der Ausgestaltung der Sonntagsruhe die Priorität vor unserer Fraktion hätte. Vergeblich wird man in seiner Rede irgend welche allgemeinen Gesichtspunkte über den Ausbau der Sozialreform suchen, vergeblich auch eine Stellung zu den zahlreichen von uns vorgelegten Resolutionen, die das Koalitionsrecht der Arbeiter sichern und ihr Leben und ihre Gesundheit schützen wollen.

Um so tiefer drang die Kritik unseres Genossen Wurm an der ganzen gegenwärtigen Sozialpolitik. Zunächst wies er gegenüber dem anmaßlichen Auftreten des Zentrumredners diesem die alten Sünden seiner Partei nach, die es im Jahre 1890 mit Hilfe der Stumm und Möller zuwege gebracht hatte, daß das Gesetz über die Sonntagsruhe ein Torso blieb. Weiter protestierte unser Redner gegen die gleichgültige Behandlung der eingebrachten Resolutionen durch die Zentrumsparthei. Sodann knüpfte Wurm in seinen umfassenden und durch großes Tatsachenmaterial begründeten Darlegungen an die jüngsten und früheren Äußerungen des Staatssekretärs Grafen Posadowsky an, daß die Industriearbeiter in wachsendem Maße heerrütlich würden, degenerierten. Die Tatsache ist unbestreitbar; sie ist aber verursacht durch die niedrigen Löhne und die lange Arbeitszeit, das Wohnungseld, und im Zusammenhang mit all dem durch die Unterdrückung der Arbeiterorganisationen. Wie schwer die Folgen einer solchen Wirtschaftsordnung die Arbeiter treffen, zeigt neben der Abnahme der Widerstandskraft gegen Krankheiten die alljährliche Zunahme der Unfälle, die alljährlich steigende Zahl der weiblichen und jugendlichen Arbeiter, die in der Industrie beschäftigt werden, während zugleich das Elend der Arbeitslosigkeit schwer auf den erwachsenen männlichen Arbeitern lastet. Wenn trotzdem Graf Posadowsky schon jetzt von der wahnwitzigen Gatt der sozialpolitischen Gesetzgebung spricht und in der Auswanderung der Arbeiter durch die Prozeduren Gegengewichte verlangt, so gesteht er damit, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht imstande ist, der Verelendungstendenz für die breiten Arbeitermassen auch nur halbwegs entgegenzuwirken. Das wäre erst möglich, wenn die Forderungen unserer Partei, die sie auch dies Jahr wieder in Anträgen formuliert hat, verwirklicht würden: gesetzliche Festlegung des Achtstundentages, Ausdehnung der Sonntagsruhe, Schutz der Heim-, der Bau-, der Vergarbeiter, sanitäre Vorkehrungen gegen die Vergiftungsgefahr in vielen Industrien, Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes, Ausbau der Gewerbe-Inspektionen — hierauf ging unser Redner besonders ausführlich ein — und vor allem Sicherung der Koalitionsfreiheit.

Am Dienstag wird die Debatte fortgesetzt.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus setzte am Montag die Beratung des Kapitels „Elementar-Unterrichtswesen“ vom Kultusetat fort. Zunächst lehnte das Haus einen Antrag Ernst (fr. Bg.), der für die Seminare eine zweite Oberlehrerstelle und für die Seminarlehrer die Universitätsbildung forderte, ab. Nachdem die Vertreter der konservativen Mehrheit sich sodann noch eine Zeitlang in Lobliedern auf die geistliche Schulaufsicht ergangen hatten durch die die Volksschulen erst das werden, was sie nach Ansicht der herrschenden Kreise sein sollen, nämlich Pflanzstätten wahrer Gottesfurcht und Vaterlandsliebe, schritt man zur Beratung eines von Vertretern verschiedener Parteien aus den gemischt-sprachigen Landesteilen eingebrachten Antrages, der eine Erhöhung der Ostmarkenzulage für die Lehrer bezweckte. Die Beratung des Antrages, den übrigens die Budgetkommission bereits abgelehnt hat, wurde auf Dienstag vertagt.

Deutsches Reich.

Bülow-Gratulationen. Der Reichskanzler ist in der Lage, die Vortrefflichkeit seiner Handelsverträge endgültig festzustellen und er läßt an der Spitze seines Reichblattes die in Lobserhebungen überfließenden Handelsverträge und Telegramme mehrerer deutschen Bundesfürsten zum Abdruck bringen. Der Prinzregent von Bayern, der König von Sachsen, der Großherzog von Baden sind durchaus der Meinung, daß Graf Bülow ein schwieriges Werk glänzend vollbracht hat; jedenfalls teilen die übrigen Bundesfürsten, von denen besondere Gratulationen nicht bemeldet werden, dieselbe Ueberzeugung. Die Aussicht, daß nebenbei auch die privaten Schatullen durch die Preissteigerung der Lebensmittel bereichert werden, kann die Ueberzeugung, daß die Allgemeinheit durch die agrarischen Bülow-Verträge Nutzen haben werden, natürlich nicht erschüttern.

Besonders wertvoll wird dem Reichskanzler das Zeugnis des Sachsenkönigs erscheinen, der in seinem Telegramm sagt: „Dieses für das ganze Deutsche Reich, besonders aber für mein Land höchst erfreuliche Ereignis danken wir besonders dem Geiste Euer Erzellen.“ Früher haben die sächsischen Regierungsdirektoren ihr Eintreten für die industriefeindliche Bülowpolitik damit entschuldigend, daß Sachsen, wenn es auch als höchstentwickeltes Industriegebiet von den Kornzöllen wenig profitiere, doch im Interesse Gesamt-Deutschlands seine besonderen Interessen zurückstellen müsse. Der König aber dermaßen die sächsische Selbstauspöckerung für Ostelbien nicht zugeben, er erkennt in den neuen Verträgen sogar ein gerade für Sachsen „höchst erfreuliches Ereignis“.

Man muß dem jüngst zu Thron gekommenen sächsischen König den Mut der eigenen Meinung zugeben. Nachdem die überwältigende Mehrheit der sächsischen Bevölkerung durch ihre Abstimmung bei der letzten Reichstagswahl die Ueberzeugung von der heillosen Verderblichkeit der jetzigen Zollpolitik gerade für Sachsen bekundet hat, ist es gewiß ein Zeichen der Selbstständigkeit, daß der König die ungelebte Ansicht zum Ausdruck bringt. Die Ansichten über „höchst erfreuliche Ereignisse“ sind in Sachsen ja auch sonst recht geteilt, man denke beispielsweise an das Wahlrecht oder an die Aufgabe der Universitäten, worüber der König sich kürzlich in Leipzig aussprach. Der Sachsenkönig beginnt durch eigenartige Ausprüche aufzufallen. Aber dem Kanzler des Agrarierturns können sie behagen.

Die Tendenz der Staatsanwälte.

Die Beurteilung unseres Genossen Lange von der „Leipziger Volkszeitung“ zu neun Monaten Gefängnis wurde, wie wir unseren vorläufigen Bemerkungen hinzufügen, veranlaßt durch einen Artikel in Nr. 207 vom vorigen Jahre, in dem die Stagnation im Postbetrieb kritisiert wurde. Es hieß da:

„Wenn man die innere Verwaltung nach russischem Muster handhabt, verbieten sich auch nach außen hin alle Reformen von selbst. Das Briefgeheimnis sei gesetzlich festgelegt, und trotzdem nehme man es damit nicht so genau, wenn es sich um ein sozialistischeres Unternehmen handle, wie u. a. auch die Verhandlungen im Königsberger Hochverratsprozess gezeigt haben.“

Weiter wurden kritische Bemerkungen gemacht über die Pensionsberechtigung der Beamten, die erworben würde nach zurückgelegter zehnjähriger Dienstzeit. Im Anschluß daran wurde ein Fall mitgeteilt, wo angeblich ein Postbeamter in einem Orte bei Orlamünde nach dreizehnjähriger Dienstzeit wegen Verhinderung ohne Pensionsbewilligung entlassen worden sei. Die Umgehung des Pensionsgesetzes sei aber ein bei der Postverwaltung gebräuchliches Manöver, denn Beamte, die sich etwas zuzuhören hätten kommen lassen, müßten einen Revers unterschreiben, worin sie auf Pensionsberechtigung usw. verzichten. Die Postverwaltung könne die von den Beamten erdiente Pension zur Erhöhung ihrer Renommier-Ueberschüsse verwenden. Das sei eine „noble“ und echt russische Praxis, heißt es am Schluß des Artikels.

Ginshlich der Andeutung über die Verletzung des Briefgeheimnisses verweist Lange auf den Königsberger Geheimbundsprozess, wo Dinge zur Sprache gekommen seien, daß Postbeamte russischen Polizeispionen willfährig gewesen seien, und im Reichstage hätten die Vertreter aller Parteien Aufklärung hierüber verlangt und die in dem Prozess erörterten Verstöße gegen das Amtsgeheimnis der Post verurteilt. Es kommt die Affäre des Dr. v. Weichsloff zur Sprache, dessen Briefkasten, wie bekannt, erbrochen und in dessen Abwesenheit russische Polizeispion, an der Spitze der Polizeispion Wels, Briefkasten und Postfach des Weichsloffs teils durchstöbert, teils gestohlen hatten. Ferner, daß der Spigel Wels mit Postbeamten und Briefträgern regen Verkehr unterhalten, wie überhaupt st. d.iger Gast auf den Postämtern gewesen.

Oberpostinspektor Fischer erklärt, er sei damals von seiner vorgelegten Behörde beauftragt worden, Untersuchungen anzustellen, ob in diesem Falle das Briefgeheimnis verletzt worden. Es habe sich aber nichts feststellen lassen, was die Anschulldigung gerechtfertigt habe.

Zeuge Dr. Lieblnecht, befragt, ob er persönliche Wahrnehmungen gemacht habe über Verletzung des Briefgeheimnisses, erwidert, daß dies zwar nicht der Fall, aber aus dem Aktenmaterial des Königsberger Prozesses gehe hervor, daß eine Anzahl Fälle bekannt geworden, wo das Amtsgeheimnis nicht gewahrt worden sei. Der Zeuge zitiert nun aus den Akten die schon aus jenem Prozess bekannt gewordenen Tatsachen der Konfiskation von aus dem Auslande gekommenen Postsendungen und von Auskunftserteilungen der Postämter an die Polizei. Eine Verletzung des Briefgeheimnisses sei selbstverständlich auch schon die Bekanntgabe von Adressen durch die Post an andere Personen.

Darauf erwiderte Oberpostinspektor Fischer: Briefe vom Auslande würden den Postämtern zugeführt. Wenn die Postbehörde die Sendungen übermittle, habe die Postbehörde keinen Einfluß.

Es wird sodann der Fall Kauch in Zwickau erwähnt, zu dem Oberpostinspektor Fischer bemerkt, es habe sich bei den Postanstalten Zwickau und Oberhöndorf nichts in Erfahrung bringen lassen, daß eine Verletzung des Briefgeheimnisses begangen worden sei.

Dr. Lieblnecht äußert sich hierauf noch eingehend über die Affäre des Dr. Weichsloff, namentlich über die beiden bekannten Telegramme, deren Inhalt nur insolge von Judisikationen von Postbeamten zur Kenntnis des Spigels Wels gekommen sein können, was Dr. Weichsloff ausdrücklich festgestellt habe, und bewiesen sei auch, daß sich der genannte Spigel ständig auf dem Postamt in Hermsdorf aufgehalten habe. Uebrigens sei ermittelt worden, daß Wels bei seinem Abschiede einem Postbeamten Geld in die Hand gedrückt habe.

Oberpostinspektor Fischer bezieht die Angaben Lieblnechts über die beiden Telegramme als unzutreffend. Es bestehe keinerlei Verkehr zwischen Postbeamten und Polizeispionen, gibt aber zu,

daß Wels öfter auf dem Postamt in Hermsdorf verkehrt sei, und daß der eine Beamte von Wels Geld erhalten, es seien aber nur 15 M. Trinkgeld gewesen. Die Verletzung des Beamten sei nicht wegen Bestechung erfolgt, das sei in den Zeitungen falsch dargestellt worden.

Dr. Lieblnecht erwähnt weiter einen Fall, der ihm erst gestern von einem russischen Herrn mitgeteilt worden sei, wonach dessen Briefe, die vor zwei Jahren aus Freiberg an ihn abgesandt worden seien, unterwegs „verloren“ gegangen.

Höchst charakteristisch waren die Ausführungen des Oberstaatsanwalts Böhme: Es seien alles haltlose Vermutungen, weil sie auf Angaben von russischen Nichtisten beruhen und daher völlig unkontrollierbar seien. Nichts wie „Zeitungsschreibererei“ sei vorgebracht. Der Oberstaatsanwalt glaube, daß Lange den Artikel nicht verfaßt, sondern nur ein Mann, der im Besitz des Briefes wisse. Die Tendenz der „Leipziger Volkszeitung“ sei Beleidigung.

In einer Replik auf die Rede des Verteidigers bemerkte Herr Böhme:

„daß es die Tendenz der „Volks-Zeitung“ sei, gegen die Autorität der Behörden zu kämpfen und sie zu verleumdern. Alles sei nichts wie eine bloße Feherei der „Volks-Zeitung“. Von der Führung eines Beweises sei keine Rede.“

Die Urteilsbegründung führte aus, es sei von jeder eines der bestbelegten Mittel der sozialistischen Presse gewesen, gegen die Reichspostverwaltung zu hetzen, ja sie habe dies geradezu als ihr Ziel angesehen, wodurch die Grundfesten des Vertrauens in die Postverwaltung erschüttert würden. Die Postverwaltung sei in ihrem innersten Mark angegriffen.

Es mag dahin gestellt bleiben, ob durch den Königsberger Prozess für die Postverwaltung ein ebenso starker Beweis für die Verletzung des Briefgeheimnisses geführt ist, wie für die verschwieberte Postverwaltung die rechtswidrige Annahme von Jenfor- und staatsanwaltschaftlichen Befugnissen. Unwiderleglich festgelegt aber ist aus den Akten des Königsberger Prozesses — vergleiche darüber z. B. die Einleitung der Buchausgabe S. 95 —, daß Polizeibehörden in staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren sich ganz ungeniert, als wäre das selbstverständlich, an die Post um direkte Auskünfte wenden! Gleichgültig, ob diese polizeilichen Versuche von Erfolg gekrönt sind oder nicht, fest steht, daß der Post von „behördlichen Autoritäten“, zu denen doch in erster Linie die Polizei gehört, zugemutet wird, das Briefgeheimnis zu verletzen. Wir richten die Frage an den Leipziger Oberstaatsanwalt und das Gericht: Zu wieviel Jahren Gefängnis müßten solche Polizeibeamten zum mindesten wegen Verletzung der Post verurteilt werden, dafür, daß sie sie zu Handlungen unter Aufsicht behördlicher Autorität direkt auffordern, deren bloße kritische Andeutung in einer Zeitung mit neun Monaten Gefängnis geahndet wird. Muß nicht gerade ein loyaler Staatsbürger die Autorität der Polizeibehörde für maßgebend halten, also daß ihre Taten doch unmöglich eine andere Behörde ins Mark treffen können. Wir wissen es aber nun: Was die Polizei harmlos tut, darf ein Zeitungsredakteur nicht einmal sagen!

Der Widerspruch aber löst sich durch die Bemerkung des Oberstaatsanwalts: Die Tendenz des sozialdemokratischen Blattes sei zu beleidigen, oder gar — der Herr Oberstaatsanwalt scheint anscheinend nicht den Verdacht selbst zu beleidigen — zu verleumdern. Damit können ein für allemal Handlungen, die von der Polizei ausgeht, für korrekt erachtet, zugleich aber in der bloßen Erwähnung durch ein sozialdemokratisches Blatt für schwersten Frevel erachtet werden. Freilich tritt bei solcher Rechtsprechung dann an die Stelle der näheren Untersuchung eines Tatbestandes selber die, wenn auch unbewusste Tendenz der Ankläger!

Es ist auch sehr auffällig, daß der Staatsanwalt darauf hinwies, den Artikel habe wohl nicht der Angeklagte, sondern ein im Postfach kundiger geschrieben. Er zielte damit auf den Genossen Wagner, der jetzt Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“ ist, und früher ein höherer Postbeamter war, dem seine literarischen Talente zum Verdrehen angerechnet wurden. Sollte diese Erwähnung, die mit der Sache gar nichts zu tun hatte, etwa das Strafmaß erklären und — rechtfertigen?

Lange, der sonderbarerweise verhaftet wurde, ist inzwischen gegen eine Kaution von 10 000 M. entlassen worden! —

Hinter geschlossenen Türen.

Wegen Duellvergehens hatten sich am Montag vor dem Oberkriegsgericht des III. Armeekorps der Leutnant der Landwehr v. Klügel und der Stabsarzt Dr. Wittendorf zu verantworten. Während der ganzen Dauer der Verhandlung, die mehrere Stunden in Anspruch nahm, wurde auf Antrag des Vertreters der Anklage die Öffentlichkeit ausgeschlossen und auch die Zeugen mußten nach ihrem Verhör den Sitzungssaal verlassen. Nicht einmal die Anklage gelangte öffentlich zur Verlesung. Das Urteil, dessen Begründung ebenfalls hinter verschlossenen Türen erfolgte, lautete gegen v. Klügel auf sechs, gegen Dr. Wittendorf auf acht Monate Festungshaft.

Die Duellanten, deren Charaktereigenschaften so sorgsam geheim gehalten werden, werden gewiß hoffen, baldigst begnadigt zu werden. —

Ein umfangreicher Mißhandlungsprozess beschäftigte das Kriegsgericht der 2. Gardedivision. Auf der Anklagebank saßen der Witzfeldwebel Püger sowie der Unteroffizier Heidebrück von der sechsten Kompanie des Alexander-Garde-Grenadier-Regiments. Dem Witzfeldwebel warf die Anklage eine ganze Reihe von Mißhandlungen und vorwiegendswidriger Behandlungen gegen Untergebene vor, welche bereits länger als zwei Jahre zurückliegen. Der gleichen Vergehen, jedoch in geringerer Anzahl war der Unteroffizier angeklagt. Als Zeugen waren die von den Angeklagten mißhandelten Rekruten, jetzt Reservisten, erschienen. Vor Eintritt in die Verhandlungen beantragte der militärische Verteidiger der Angeklagten, der Chef der 6. Kompanie des genannten Regiments, den Ausschluß der Öffentlichkeit auf Grund der allerhöchsten Kabinettsorder zu dem Ausschlußparagrafen. Das Kriegsgericht schloß daraufhin wegen Gefährdung militärdienstlicher Interessen die Öffentlichkeit aus. Vom Tage des Eintritts der Rekruten bis zur Vernehmung des Püger zum Witzfeldwebel, Mitte Februar 1903, hat P. seine Untergebene während der Ausbildung auf alle nur erdenkliche Art „geschlagen“. Er ließ sie überanstrengend exerzieren, lange Zeiten in der Kniebeuge mit vorgestrecktem Gewehr verharren und drohte ihnen: „Im Winter lasse ich Euch so lange stille stehen, bis Ihr anfriert, und im Sommer lasse ich Euch so lange laufen, bis Euch die Bunge vom Halse heraushängt. Einen der Untergebenen ließ er bei der strengen Kälte eine halbe Stunde hindurch mit vorgestrecktem Gewehr stillstehen, so daß die Knie des Rekruten zitterten. Einmal mußten Untergebene auf der Stube so lange über Tisch und Stühle springen, bis sie naß waren. Besonders hatte der Grenadier Jegler unter den Schlägen des Vorgesetzten zu leiden. Beim Stuhlenlegen hatte er einmal einen Strohhalm versehenlich zurückgelassen, worauf ihn der Sergeant zwang, den Palm mit dem Munde aufzulegen und fortzutragen. Ein andermal mußte J. so lange Liebungsexerzieren machen, bis er ohnmächtig zusammenbrach. Den Grenadier Aleinogel zwang der Angeklagte, als er einmal in Pantoffeln zum Püger erschien, einen Eimer Wasser herbeizuholen und dann mit Schuhen und Strümpfen in das Wasser zu steigen. Keiner der Mißhandelten brachte die Vorfälle zur Anzeige. Einer der Grenadiere hatte aber die ihm widerfahrenen Mißhandlungen in seinem Tagebuch aufgezeichnet und als er im vergangener Herbst ausgedient hatte und nach Hause zurückkehrte, fiel seinem Vater das Tagebuch in die Hände. Dieser erstattete daraufhin die Anzeige. Das

Rechtsgericht beurteilte gestern nach siebenstündiger Verhandlung den Vize-Feldwebel Rüter wegen Mißhandlung resp. vorchriftswidriger Behandlung Untergebener in 23 Fällen zu zwei Monaten Gefängnis, den Unteroffizier Heidebrink wegen Mißhandlung eines Untergebenen in einem Falle zu acht Tagen mittleren Arrest. Auch die Begründung des Urteils erfolgte unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Am Grabe seiner Frau hat sich Graf Albrecht von Zintendorf-Herzogswalde in Rosenburg (Westpreußen) erschossen, dessen eigenartige Anzeige vom Ableben seiner Frau mit Beschuldigungen gegen den früheren Abgeordneten von Puttkamer-Plauth und den Reichstags-Abgeordneten von Oldenburg-Januschau vor einiger Zeit Aufsehen erregte. Wegen jener Anzeige war der Graf, der einem Berliner Garde-Kavallerie-Regiment angehörte, aus dem Militärverhältnis ausgeschlossen worden. Er wollte nach Mexiko übersiedeln, hat nun aber Hand an sich selbst gelegt.

Badische Hochschulen im Dienste der russischen Regierung. Kürzlich mußten wir berichten, daß die technische Hochschule russische Studenten mit Ausweisung bedroht, wenn sie gegen die Gräueltaten der russischen Gewaltherrschaft demonstrieren, jetzt hat die Ingenieurschule zu Mannheim die Ausweisung aus einem viel harmloseren Grund zur Wahrheit gemacht. Einige russische Studierende dieser Schule veranstalteten eine Wohlthätigkeits-Vorstellung für die Petersburger Opfer. Die Direktoren aber verlangten, daß der Erlös an das russische Konsulat abgeliefert werde, und als die Veranstalter das natürlich ablehnten, wurden sie relegiert! Sämtliche russischen Studierenden der Schule erklärten sich mit den Religierten solidarisch und beschloßen teils sofort, teils mit Ablauf des Semesters die Schule zu verlassen.

Zum Saarburger Judthausurteil schreibt unser W.-Korrespondent aus dem Reichslande unterm 25. Februar noch folgendes: Die „Straßburger Post“ ist mit der Schilderung nicht zufrieden, die ich Ihnen vom 15. Januar-Regiment gab. Sie behauptet, daß die in dem Bericht vom Aufbruchprozess enthaltenen „Anspielungen“ auf die Lebensführung der Offiziere „unverdientliche Anklagen“ seien, daß diese Lebensführung in der Straßburger Zeit des Regiments „musterhaft“ gewesen sei, durch die sich das Offizierkorps eine „hohe Achtung“ erworben habe. Die fünfzehnten „Manen“, so schreibt das nationalliberale Blatt, „die wir so lange mit Stolz und Freude unsere Straßburger Manen“ genannt haben, waren — im besten Sinne des Wortes — ein nobles Regiment, und sind es heute noch. Es liegt uns fern, befreiten zu wollen, daß in der Redaktion der „Straßburger Post“ die fünfzehnten Manen lange mit Stolz und Freude als „ihre Straßburger Manen“ bezeichnet worden sind, aber es wäre unrecht, zu glauben, daß auch die Straßburger Bevölkerung „mit Stolz und Freude“ an diesem „noblen Regiment“ gehangen hätte! Wir können der „Straßburger Post“ versichern — und wir stehen in engerem Verkehr als sie mit den breiteren Schichten der Bevölkerung —, daß denartige Gefühle in keiner Weise vorhanden sind. Im übrigen enthielt der Bericht keinerlei „Anspielungen“. Es war lediglich gesagt worden, daß die Offiziere des noblen Regiments nicht seltene Gäste in den Lokalen der Straßburger haute volée sind, und daß sie sich hinwiederum gern von ihren Freunden und noch lieber von ihren Freundinnen aus der „wunderschönen Stadt“ in Saarburg besuchen lassen. Das war alles, und diese Bemerkungen werden von niemandem übertrieben genannt werden können. Wenn die „Straßburger Post“ nicht weiß, daß die Herren mit den gelben Aufschlägen nicht selten in den angedeuteten Lokalitäten zu finden sind, so fehlt ihr eine Wissenschaft, die sonst wohl alle Straßburger ihr eigen nennen können, und daß der Verkehr von „Freundinnen“ der Manen-offiziere von der Hauptstadt nach Saarburg ziemlich reger ist, wollen wir der „Straßburger Post“ gleichfalls wiederholt versichern. Wären wir indistret, so würden wir sogar sagen, daß diese „Freundinnen“ nicht immer den „besten“ Kreisen der Gesellschaft angehören. . . . Also, entweder wußte die „Straßburger Post“ das alles nicht, dann ist sie ungeschicklicher als ein Rammstein, oder sie wußte es, dann aber muß sie für Sittenstrenge ein sehr weites Berg haben, daß sie sich über unsere Forderung aufregte, in Saarburg herrschen nicht gerade die strengsten Sittengesetze. Einen so liberalen Begriff der Sittlichkeit hätten wir freilich bei den ehrwürdigen Herren Redakteuren des ferien Blattes nicht vermutet!

Zuguterletzt ein ernstes Wort! Es kam und nicht darauf an, die Offiziere zu „kränken“ — die „Straßburger Post“ kennt das französische Sprichwort, demzufolge nur die Wahrheit kränkt. Aber den grellen Kontrast wollten wir beleuchten, daß dieses freie Leben der Offiziere keinen Anstoß findet, daß aber bei „Gemeinen“ ein in der Trunkenheit entstandener Streit so schwer geahndet wird, wie es geschehen ist.

Hof, 27. Februar. Amtliches Wahlergebnis. Bei der am 23. dieses Monats im Wahlkreise Hof stattgehabten Reichstags-Wahl wurden 26 047 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten Dr. Goller, Granitwerkbesitzer in Minsberg (fr. Sp.) 14 805, der Gegenkandidat Ferdinand Geißler, Zeitungsvorleger in Hof ((Soz.) 11 182 Stimmen. Dr. Goller ist somit gewählt.

Südwestafrika.

Berlin, 27. Februar. Telegramm aus Windhuk. Am 11. Februar d. J. bei Amiare gefallen: Reiter Hermann Köppen, geboren 17. 2. 80 zu Groß-Neuendorf, Saub durch Unterleib. **Berwundet:** 1. Unteroffizier d. 2. Wilhelm Kührt, geboren 2. 6. 74 zu Wobden, Saub durch linkes Obr. 2. Gefreiter Willi Lichtenfeld, geboren 2. 10. 81 zu Nienburg a. S., Schenkeinschub. **Den Wunden erliegen:** Oberveterinär Adolf Janke, geboren 27. 1. 80 zu Köslin, am 5. 1. 05 im Gefecht bei Gochas schwer verwundet, ist am 23. 2. 05 im Lazarett Auh an Erschöpfung infolge wiederholter Nachblutungen gestorben. **An Typhus gestorben:** Gefreiter Karl Arim, geboren 11. 12. 80 zu Roßbach, am 22. 2. 05 im Lazarett Drahndja.

Ausland.

Frankreich.

Zur marokkanischen Frage. Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet aus Tanger: Ich erfahre aus glaubwürdiger Quelle von Fez, daß die von Frankreich dem Sultan gemachten Vorschläge folgende sind: 1) Militärische Besetzung von Ujda; 2) Verrechnung, eine Strafe nebst Brüden über die Flüsse zwischen Tanger und Fez anzulegen; 3) die Herstellung einer telegraphischen Verbindung zwischen Tanger und Fez; 4) die Verleihung des Rechtes an die Europäer, Eigentum in allen Teilen des Reiches, einschließlich Fez, zu erwerben; 5) die Errichtung von Gesundheitsämtern in Fez; 6) die Ermächtigung zur Errichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage in Fez; 7) Errichtung einer Bank mit eigener französisch-marokkanischer Währung. Es heißt, daß der Rat der Notabeln diese Vorschläge zurückweisen werde, weshalb man Schwierigkeiten erwartet.

Ein Zusammenstoß zwischen Gendarmen und Ausländern fand in Chateaufort gestern Abend statt. Ein Gendarm erschloß hierbei einen Ausländer. Infolge dieses Zwischenfalls herrschte große Aufregung unter den Arbeitern, und man befürchtete für die nächsten Tage blutige Ereignisse. Auch die heutige Versammlung, in welcher über die Fortsetzung des Ausstandes verhandelt werden soll, dürfte von diesem Zwischenfall beeinflusst werden.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Eisenverbrauch im Jahre 1904. Alle bisher in Handelskammer, oder Sachverständigen angestellten Berechnungen über die Gestalt des Eisenverbrauches im Jahre 1904 können so lange keinen Anspruch auf unbedingte Anerkennung machen, als bisher

noch jede statistische Grundlage fehlt, auf die die die zum Teil aus einandergehenden Ansichten hätten gestützt werden können. Rummeche liegen aber die statistischen Nachweisungen so weit vor, daß über die Eisenverfügung Deutschlands im Jahre 1904 eine reduziertere Ermittlung angestellt werden kann. Die Hochofenproduktion Deutschlands stellte sich auf 10,10 Millionen Tonnen, war also nur ganz unbedeutend höher als im Jahre 1903. Daher kommt es, daß im Verhältnis zum Wachstum der Bevölkerung die eigene Produktion Deutschlands auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, gegenüber 1903 zurückgegangen ist. Legt man nämlich als Bevölkerungsziffer für die letzten drei Jahre die Schätzungen zugrunde, die das kaiserliche statistische Amt für 1902 und 1903 nach vorläufiger Berechnung unter Berücksichtigung des Geburtenüberschusses und der überseischen Auswanderung und für 1904 auf Grund der bisherigen Bevölkerungszunahme veröffentlicht hat, so ergibt sich, daß die eigene Hochofenerzeugung pro Kopf der Bevölkerung im Jahre 1904 nur 109,2 Kilogramm betrug gegen 170,2 im Jahre 1903 und 147,2 im Jahre 1902. Die Einfuhr Deutschlands betrug, in Rubelien umgerechnet, 0,48, die Ausfuhr 3,94 Millionen Tonnen. Der Eisenverbrauch des deutschen Marktes betrug demnach im Jahre 1904 6 643 388 Tonnen gegen 5 647 920 Tonnen im Jahre 1903 und 4 806 010 im Jahre 1902. Pro Kopf der Bevölkerung stellte sich der Verbrauch im Jahre 1904 auf 111,2 Kilogramm gegen 96,0 Kilogramm im Jahre 1903 und 75,3 im Jahre 1902.

Schiffbau-Standort. Die Kartellierungsbestrebungen nehmen in letzter Zeit unter den Großindustriellen einen bedeutenden Aufschwung. Auch die Stahl für den Schiffbau — und zwar sowohl Platten, wie Formstahl — herstellenden Werke wollen sich zu einem Kartell zusammenschließen. Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, haben vor einigen Tagen bereits Vorverhandlungen in Köln stattgefunden, an denen folgende Werke teilnahmen: Fried. Krupp, Gute Hoffnungshütte, Hoerder Verein, Rheinische Stahlwerke, König, Grillo, Junke und Co., Wiltener Gußstahlwerk, Dillinger Hütte, Düsseldorf-Röhrenwerk, Charlottenhütte, Seidweider Eisenwerke, Burbacher Hütte, Niederreineische Hütte. Nicht vertreten waren laut „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ die Firma Thyssen und die Gewerkschaft Deutscher Kaiser. Die vertretenen Werke erklärten sich grundsätzlich bereit, sich an einer solchen Vereinigung zu beteiligen und diese möglichst bald ins Leben treten zu lassen. Vorbedingung ist jedoch, daß die Firma Thyssen und Deutscher Kaiser beitreten, auch falls später die Firma Henschel u. Sohn, Kassel, mit der Henrichshütte hinzugezogen werden.

In der Versammlung wurde beschlossen, einen Vertragsentwurf auszuarbeiten und demnächst der Vertragskommission vorzulegen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Treppengeländer-Arbeiter hielten am Sonntag eine Branchen-Versammlung ab, die der Besprechung der Verhältnisse unter dem kürzlich abgeschlossenen Tarifvertrage diente und hauptsächlich die Frage erörterte, wie es mit der Durchführung des Vertrages steht. Der Obmann Richter, der die Besprechung einleitete, war zunächst einen Rückblick auf die verfloßene Lohnbewegung. An derselben waren 35 Werkstätten mit 417 Arbeitern beteiligt. 11 Werkstätten mit 100 Arbeitern hatten die Forderungen ganz oder teilweise bewilligt, ehe die Tarifverhandlungen eingeleitet wurden. In 9 Werkstätten mit 183 Arbeitern wurde die Arbeit niedergelegt. Am 19. d. Mts. war die Bewegung mit der Annahme des Tarifvertrages beendet. Zwölf Streikende blieben noch übrig, die nicht sogleich wieder in Arbeit treten konnten. Dieser Streik hat dem Holzarbeiter-Verband etwa 2000 M. gekostet. Gegenwärtig sind noch zwei nicht wieder beschäftigte Kollegen zu unterstützen. Der Redner betonte, die Branche der Treppengeländer-Arbeiter habe noch nie in so kurzer Zeit einen so bedeutenden Erfolg errungen wie bei dieser Bewegung. Weiter führte er aus, daß die Bestimmungen des Vertrages noch nicht überall durchgeführt werden. Das liege hauptsächlich an den Arbeitern selbst, die oft nicht den Mut haben, das zu fordern, was ihnen nach dem Vertrage zukommt. Besonders gelte das für die Bestimmung, welche den Arbeitern für die Zeit, wo sie auf Bauten beschäftigt sind, einen Zuschlag von 75 Pf. pro Tag zuspricht. Viele Kollegen seien noch mit 50 Pf. zufrieden gewesen. Da der Bauzuschlag eine Entschädigung darstellt für die Mehrausgaben, welche die Bauarbeit gegenüber der Werkstattarbeit verursacht, so hätten auch die Affordarbeiter den Zuschlag zu fordern. Das ist aber, soweit es in der Versammlung festgelegt werden konnte, noch in keinem Falle geschehen. Ob die 52 stündige Arbeitszeit innegehalten werde, sei die Frage. Da jetzt, trotz der guten Geschäftslage, wenig Neueinstellungen erfolgen, so könne man wohl annehmen, daß immer noch Ueberstunden gemacht werden. Das sollten die Kollegen aber vermeiden. — In der Diskussion herrschte Meinungsverschiedenheit darüber, ob die Affordarbeiter den Bauzuschlag verlangen können. Man meinte, nach dem Wortlaut des Vertrags sei es nicht sicher, ob diese Forderung berechtigt sei. — Die Versammlung beschloß, daß auch die Affordarbeiter den Bauzuschlag fordern sollen, damit diese Angelegenheit, falls der Zuschlag verweigert wird, vor die Schlichtungskommission kommt, deren Entscheidung dann maßgebend ist.

Der Tarifvertrag der Bademeister und Bademeisterinnen, der im letzten Sommer vor dem Gewerbegericht festgelegt wurde und mit dem 1. Januar in Kraft getreten ist, wird in einem großen Teil der Berliner Bade-Anstalten noch nicht beachtet, obwohl es auch im Interesse der Anstaltsbesitzer liegen würde, wenn diese Regelung der Arbeitsverhältnisse für das Personal allgemein durchgeführt würde. Am Sonntag fand im Luisenstädtischen Konzerthaus eine öffentliche Versammlung der Bademeister und Bademeisterinnen statt, um über Maßnahmen zur allgemeinen Durchführung des Tarifvertrages zu beraten. Das Referat hielt der Redakteur und Verbandssekretär Heinrich Bürger. Es ist kürzlich eine Statistik über die Anerkennung des Vertrags ausgenommen worden. Die Fragebogen wurden an das Personal von 70 Anstalten versandt, Antworten sind jedoch nur von 30 Anstalten eingegangen. Die wichtigsten Bestimmungen des Tarifvertrages sind die, daß bestimmte Mindestsätze für Bedienung bei den verschiedenen Bädern festgesetzt werden, daß das Publikum durch Anschlag dieses Bedienungstaris an einer allgemein sichtbaren Stelle davon in Kenntnis gesetzt wird und daß die Anstaltsbesitzer den Angestellten ein Mindesteinkommen garantieren, daß für Bademeister bei den Schwimmbädern 120 Mark, bei den Wannenbädern 90 Mark und für Bademeisterinnen 75 Mark beträgt, so daß also, wenn diese Summen durch das vom Publikum gezahlte Bedienungsgeld nicht erreicht werden, der Besizer das Fehlende nachzahlen hat. Außerdem ist im Vertrage eine Maximalarbeitszeit festgelegt. Nach den teilweise mangelhaft ausgefüllten Fragebogen sind die Bedienungspalate in 24 Badeanstalten ausgehängt worden, in 2 Anstalten nicht; damit, daß das Personal das Bedienungsgeld zu fordern hat, waren 22 Anstaltsbesitzer einverstanden, 3 nicht; gezahlt wurde das festgesetzte Bedienungsgeld immer in 22 Anstalten, in 3 nicht immer; die Arbeitszeit wurde in 22 Anstalten eingehalten, in 4 nicht, und mit der Garantie des Mindesteinkommens waren die Besizer von 19 Anstalten einverstanden, in 6 nicht. Im allgemeinen hat also die Statistik ergeben, daß selbst in mehreren der 30 Anstalten, deren Personal die Fragebogen beantwortet hat, der Tarif nicht vollständig anerkannt ist. Bedauerlich ist es, daß das größte Unternehmen Berlins, die Admiralsgarten-Bad-Gesellschaft, sich weigert, den Tarifvertrag anzuerkennen, obgleich sie seinerzeit bei Abschluß des Vertrages einen Vertreter nach dem Gewerbegericht geschickt, und die Zeitung schon vordem erklärt hatte, nicht abgeneigt zu sein, den Tarif anzuerkennen. Lohn oder Gehalt wird dem Personal in den Anstalten dieser Kapitalistischen Gesellschaft nicht gezahlt, aber fordern darf das Personal vom Publikum auch kein Bedienungsgeld; es hängt also von dem guten Willen der Badegäste ab, ob die Angestellten ihre Arbeit durch ein „Teinlgeld“ bezahlt erhalten oder nicht. Dem Vertreter der Schlichtungskommission, die für die allgemeine An-

erkennung des Tarifs zu wirken hat, wurde erklärt, daß man mit dem Gedanken umgehe, feste Gehälter für die Angestellten einzuführen. — In der Versammlung bemerkte hierzu ein Diskussionsredner, daß in einzelnen Anstalten der Gesellschaft, wo die Zahl der Badegäste gar zu gering ist, dem Personal ein „Wochenlohn“ von 2,50 M. gezahlt werde. Wenn das zum Maßstab der einzuführenden Gehälter genommen würde, könne wohl von einer tatsächlichen Verbesserung nicht die Rede sein. Ferner wurde die Bade-Anstalt „Süd-Ost“ erwähnt, die sich dadurch hervorgetan hat, daß sie einen Bademeister, der sich um die Einführung des Tarifs bemühte, maßregelte. Sämtliche Redner sprachen sich dafür aus, daß mit dem größten Nachdruck auf die allgemeine Durchführung des Tarifs hingewirkt werden muß. Der Arbeitgeber-Obmann der Schlichtungskommission, Badeanstaltsbesitzer Wetzler, machte jedoch den Vorschlag, das Personal möge mit Rücksicht darauf, daß mit den Krankenkassen zurzeit noch über die Regelung der Bedienungsgeldfrage bei Wannenbädern verhandelt wird, noch bis zum 1. April auf das Fördern bei diesen Bädern verzichten und sich damit begnügen, daß das Publikum durch die Plakate auf die Zahlungsverpflichtung aufmerksam gemacht wird. — Die Versammlung überwies diesen Vorschlag der Schlichtungskommission zur Erwägung und nahm im übrigen einstimmig eine Resolution an, in der alle Bademeister und Bademeisterinnen verpflichtet werden, vorkommende Tarifverletzungen unverzüglich dem Obmann der von dem Gewerbegericht eingesetzten Schlichtungskommission, Julius Schnieff, Franzstr. 9, zu melden. Die Versammlung sprach zugleich ihre Mißbilligung über das Verhalten der Admiralsgarten-Bad-Gesellschaft aus.

Neue Tarifverträge hat der Gau Brandenburg des Zentralverbandes der Zimmerer mit den Arbeitgebern auch in Freienwalde a. O. und Zehdenitz abgeschlossen. In Freienwalde forderte die Zimmerer eine Lohnhöhung von 40 auf 45 Pf. pro Stunde. Anfangs schien es, als wäre ein Streit unvermeidlich, da in mehreren Sitzungen keine Einigung erzielt wurde. Schließlich aber bewilligten die Unternehmer einen Stundenlohn von 43 Pf. vom 1. April d. J. ab für Zimmerer und Maurer, mithin eine Lohnhöhung von 3 Pf. pro Stunde. Für Ueberstunden und Wasserarbeiten werden 5 Pf. und für Ueberlandarbeit 3 Pf. Zuschlag gezahlt. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher eine zehn-stündige. Der neue Vertrag gilt bis zum 31. März 1907. — Für Zehdenitz wurde der Vertrag auf ein Jahr, bis zum 2. April 1906 verlängert. Die Lohnhöhung beträgt 2 1/2 Pf. pro Stunde unter Steigerung des Stundenlohnes von 37 1/2 Pf. auf 40 Pf. Junggefellene erhalten 35 und im zweiten Betriebsjahr 37 1/2 Pf. für Ueberstunden, Wasser-, Karbolium- und Ueberlandarbeit ist ein Zuschlag von 5 Pf., und für Nacht- und Sonntagsarbeit ein solcher von 10 Pf. pro Stunde zu zahlen. Die zehn-stündige Arbeitszeit bleibt ebenfalls bestehen.

Deutsches Reich.

Von den geistigen Wassen der Junungen. Im Frühjahr vorigen Jahres hatten die Kieler Schuhmachergesellen einen sechs-wöchigen Kampf um anständige Entlohnung ihrer Arbeitskraft zu führen. Die in der Junung und der „Freien Vereinigung“ organisierten Arbeitgeber leisteten mit der Hartnäckigkeit von Kleinrentnerbetreibenden, die in der schrankenlosen Ausbeutung ihrer Gesellen das einzige Rettungsmittel vor dem Untergang der Großbetriebe drohenden Untergang erblickten, verbliebenen Widerstand und wiesen sogar die Vermittlung des Gewerbegerichts zurück. Die Arbeit ihrer Organisation stehenden Meister suchten sie durch Unterschrift zu verpflichten, die Forderungen der Gesellen nicht anzuerkennen. Ein solches Verbot hatte auch der Schuhmachermeister H. unterschrieben. Da er jedoch bald sah, daß er infolge des Streiks seinen Verpflichtungen gegen seine Aundtschaft, die meist aus Marineoffizieren bestand, nicht rechtzeitig nachkommen konnte, bewilligte er die Lohnforderung der Gesellen, und seine Werkstatt wurde für „reguliert“ erklärt. Darauf richtete die von den Meistern zur Regelung der Lohnverhältnisse eingesetzte Kommission an die Marinebehörden ein Schreiben, in dem sie zunächst die Bewegung der Gesellen als „sozialdemokratisch“ denunzierte, weil unter den Forderungen angeblüh sich die auf Freigabe des 1. Mai befände. Dann wurden die Namen zweier Meister genannt, die sich mit ihren Gesellen geeinigt hatten, und das Schreibstück schloß wortlich fort:

„Wir hoffen, daß die Behörden uns unterstützen und ihren Einfluß dahin geltend machen werden, daß nur solche Meister würdig sind, die Lieferungen für die kaiserliche Marine zu beschaffen, welche keine Verräter an den gemeinschaftlichen Kampf gegen die Sozialdemokratie sind.“

Ueber die dummielane Psychologie dieses Schreibens ließe sich ja manches sagen — genug, sie tat ihre Wirkung, und besonders der eingangs erwähnte Meister wurde seine Offizierskundschaft in kurzer Zeit los. Meister H. verklagte deshalb seine vier „Kollegen“, die dieses saubere Stück Arbeit ausgefertigt hatten, wegen unlauteren Wettbewerbs und Verleumdung. In der Verhandlung vor dem Kieler Schöffengericht wurde in umfangreicher Beweisaufnahme festgestellt, daß die Behauptung der Denunziationschrift, aus der der sozialdemokratische Charakter der Lohnbewegung und deren Begünstigung durch den Kläger hergeleitet wurde, wissenschaftlich unwahr war. Der 1. Mai spielte in der Forderung der Gesellen schon deshalb keine Rolle, weil die Meister ihn seit langen Jahren freigegeben haben, wie denn diese Forderung seit 1895 in sämtlichen mit der Junung abgeschlossenen Lohnverträgen, selbstverständlich auch von den Denunzianten selber, ausdrücklich anerkannt war. Das Urteil nahm denn auch keinen Anstand, festzustellen, daß es sich bei dem Streit um eine rein wirtschaftliche Bewegung gehandelt habe und erkannte gegen die Beklagten wegen Verleumdung durch wissenschaftlich unwahre Behauptungen auf je 50 M. Geldstrafe. Da der Kläger infolge der Denunziation geschäftlich nahezu ruiniert worden ist, wird er nun gegen seine Kollegen wegen Schadenersatzes gerichtlich vorgehen. Es hilft die Junung dem Handwerk auf die Beine!

Der Kattundentag als Folge der Profitsucht. Wie man uns aus Nürnberg schreibt, wurde den Glasarbeitern von Nürnberg-Kattund der Achtstundentag beschert, ohne daß sie einen Finger darum zu rühren brauchten. Die Arbeitsverfängerung ist aber nicht etwa aus Rücksicht auf das Wohl der Arbeiter eingeleitet, sondern die Folge eines „Streiks“ der Glasbläserarbeiter gegenüber den Exporteuren. Die in einer Vereinigung organisierten Unternehmer haben schon früher bei den Exporteuren eine bedeutende Preiserhöhung durchgesetzt, ohne daß die Arbeiter hierbei profitierten, im Gegenteil, die Löhne wurden trotzdem noch gedrückt. Nun verlangen die Unternehmer abermals eine Preiserhöhung von zehn Prozent, die zu bezahlen die Exporteure sich weigern. Um sie zu zwingen, wurde beschlossen, die Produktion einzuschränken und die Arbeitszeit zunächst auf 8 Stunden täglich herabzusetzen. Für die Arbeiter bedeutet diese Maßregel weiter nichts als v e r m i n d e r t e n Verdienst.

Die Organisation der Maurer in Nürnberg-Kattund hat, wie man uns von dort schreibt, einen wichtigen Fortschritt zu verzeichnen. Die Zahlstellen in beiden Städten und in einer Reihe von kleineren Orten der Umgebung wurden zu einer einzigen Zahlstelle zusammengelegt. Als erster Vorsitzender und zugleich als bestbezahlter Beamter wurde Genosse Umhede gewählt. Der Wochenbeitrag wurde auf 50 Pf. inklusive 5 Pf. Lokalzuschlag festgesetzt.

Die Fabrikantmacher in Nürnberg haben, wie man uns von dort mitteilt, sämtlichen Fabrikanten folgende Forderungen eingereicht: 1) Freigabe sämtlicher Furnituren; 2) eine allgemeine 15prozentige Lohnhöhung; 3) 10-stündige Arbeitszeit; 4) Einführung einer gleichlautenden Fabrikordnung; 5) für Einzel- und Musterpaare 50 Proz. Zuschlag; 6) Einführung einer Tarifkommission für sämtliche Fabriken; 7) Festsetzung der Vereinbarungen auf die Dauer eines Jahres. Die Fabrikanten haben der Kommission nur folgende Zugeständnisse: 10-stündige Arbeitszeit; Freigabe der Furnitur für die Maschinenarbeiter, für die Arbeiter und Stepperinnen zum Selbstkostenpreis unter Kontrolle des Arbeiterausschusses. Eine Ueberaus starkbesuchte Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen folgte am Freitag Abend dem Beschluß, das Angebot der Fabrikanten abzulehnen und Sonnabend in allen Fabriken die

Reichstag.

150. Sitzung vom Montag, den 27. Februar 1905, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Tirpitz, später Graf Posadowski, Febr. v. Stengel.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Marine-Etats.

Der Rest von Kapitel 60 (Instandhaltung der Flotte und der Werften), ferner Kapitel 61 (Waffenwesen und Befestigungen), Kapitel 62 (Raffen und Rechnungswesen), Kapitel 63 (Küsten- und Vermessungswesen) Kapitel 64 (Verschiedene Ausgaben) und Kapitel 64a (Zentralverwaltung für das Schutzgebiet Kiautschou), somit der gesamte Rest der fortdauernden Ausgaben wird mit den von der Kommission beantragten Änderungen ohne Debatte angenommen.

Die einmaligen Ausgaben werden ebenfalls sämtlich nach den Vorschlägen der Kommission debattelos angenommen. Hierauf kommt der außerordentliche Etat der Marineverwaltung zur Beratung.

Der Rest des Extra-Ordinariums wird debattelos bewilligt.

Von den Ausgaben steht noch aus Kapitel 51 Titel 1 (Besoldungen der See-Offiziere).

Abg. Gröber (Z.) beantragt, eine dort geforderte pensionsfähige Zulage von je 1150 Mark für 29 Fregattenkapitäne zu streichen.

Abg. Graf Oriola (natl.) beantragt mit Rücksicht auf die schwache Besetzung des Hauses Aushebung dieses Titels bis zur Veratung der Militärvorlage.

Abg. Gröber (Z.) erklärt sich mit der Abhebung, aber nicht mit der Verschiebung bis zur Militärvorlage einverstanden.

Präsident Graf Balkeström: Das ist eine cura posterior, die Tagesordnung für jede Sitzung wird ja erst am Tage vorher festgelegt.

Die Beratung des Titels wird ausgesetzt. Die Einnahmen des Marine-Etats werden debattelos bewilligt. Damit ist dieser Etat erledigt.

Es folgt der Etat für Kiautschou.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.): Die Denkschrift, die uns über die Entwicklung der Kolonie gegeben ist, ist mit anerkenntniswerter Gründlichkeit ausgearbeitet. Wir müssen zugeben, daß die für Kiautschou aufgewendeten großen Mittel in rationeller Weise verwendet sind. Man könnte wünschen, daß alle Kolonien dem Reichs-Marineamt unterstellt würden, freilich das Amt selbst würde uns wohl wenig dafür dankbar sein. (Sehr richtig!) Die Besichtigungen über das Klima in Tsingtau haben sich nicht als begründet erwiesen. (Hört! hört! rechts.) Die Gesundheitsverhältnisse in der Kolonie haben sich vielmehr ständig gebessert. Da die Tollwut dort häufiger aufgetreten ist, hat man ein Seruminstitut gegen die Tollwut errichtet. Ueber die Resultate der Serumbehandlung wird uns jedenfalls im nächsten Jahre berichtet werden. Es entwickelt sich in der Kolonie ein kleines Stück deutschen Kulturlebens; mit Freude ist es zu begrüßen, daß jetzt auch eine deutsche Realschule in Tsingtau errichtet werden soll. Der Lehrplan der Schule ist erfreulicherweise der eines Reformrealgymnasiums. — Ein Vizeadmiral Kühne soll in einem Vortrag in Lübeck geäußert haben, daß von dem Ausgang des russisch-japanischen Krieges das Schicksal Kiautschous abhängt. Er deutete an, daß die Japaner die Absicht hätten und Kiautschou zu nehmen. Ein so vorzüglicher Kenner Ostasiens wie Herr v. Brandt bespreizet eine solche Möglichkeit auf das Entschiedenste. Auch China denke nicht daran, irgend welche Angriffe gegen Kiautschou zu richten, so lange der Kiautschou-Vertrag von deutscher Seite strikte innegehalten werde. Daß dies geschehen wird, hat uns der Herr Reichskanzler mehrfach ausdrücklich erklärt. Ich kann also nur mit Herrn von Brandt die Befürchtungen in bezug auf Kiautschou als ganz unbegründet bezeichnen. (Bravo! links.)

Staatssekretär v. Tirpitz: In bezug auf die allgemeine politische Lage kann ich mich dem Herrn Vorredner anschließen. — Für seine Anregung betreffend die Schulverhältnisse in Tsingtau danke ich ihm. Die Schule in Tsingtau war ursprünglich als Realschule gedacht; im Einflang mit den Vätern der Schüler gebenden wir sie jetzt einem Reformgymnasium anzunähern. Wir werden diese Umwandlung tunlichst beschleunigen.

Abg. Gröber (Z.) kommt auf die Rechtspflege in Kiautschou zu sprechen. Mit der Zuziehung von Laien hat man treffliche Erfahrungen gemacht. Ohne diese Zuziehung hätte die dortige Rechtspflege weit ungünstigere Resultate geliefert. Wir besitzworten die Teilnahme des Laienlements auch bei den Gerichten zweiter Instanz. Redner regt eine Auszubildung und Kodifizierung des bisher sehr unsystematischen und unzusammenhängenden Kolonialrechts an. Auch hier muß es heißen: Germania docet; Deutschland, das Land der Gelehrten, hat auch auf dem Gebiete des Kolonialrechts bahnbrechend zu wirken.

Staatssekretär v. Tirpitz dankt dem Vorredner für seine Anregungen und verspricht, das Kolonialrecht nach Möglichkeit zu fördern. Allerdings wird die Errichtung dieses Rechts einige Zeit in Anspruch nehmen.

Damit schließt die Diskussion. Der Etat für das Schutzgebiet Kiautschou wird bewilligt.

Es folgt der Etat des Reichsamts des Innern.

Hierzu liegen folgende Resolutionen vor:

1. Von Albrecht und Genossen (Soz.), dem Reichstage einen Gesuchentwurf vorzulegen

1. auf Errichtung von Arbeitsämtern, Arbeitskommissionen, Einigungsämtern und eines Reichs-Arbeitsamtes;

2. auf Festsetzung der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit für alle in Lohnarbeit und Dienstverhältnis im Industrie-, Handels- und Verkehrswesen beschäftigten Personen auf längstens acht Stunden;

3. auf Erlass von Vorschriften auf Grund der §§ 120a und 139a der Gewerbe-Ordnung für alle Betriebe, in denen giftige oder infizierende Stoffe hergestellt oder verwendet werden;

4. auf Schutz der Arbeiter des Baugewerbes;

5. auf Verbot der Sonn- und Festtagsarbeit in Glas-Hütten;

6. auf Strafbestimmungen gegen Arbeitgeber, die sich mit anderen Arbeitgebern verabreden oder vereinigen, um Arbeitern wegen Ausübung des Koalitionsrechtes ihre ferneres Fortkommen zu erschweren;

7. auf Verbot der gewerblichen Arbeiten an Sonn- und Festtagen mit Ausnahme der Anfallen für Personenverkehr und der Gastwirtschaften, sowie der Verkaufsstellen für Nahrungs- und Genussmittel, die höchstens drei Stunden geöffnet und spätestens um 12 Uhr mittags geschlossen sein sollen.

II. Von den Abgg. Dr. Müller-Weinigen, Dr. Müller-Sagan und Eichhoff (fr. Sp.):

1. Dem Reichstage einen Gesuchentwurf vorzulegen über den Verkehr mit Automobilen auf öffentlichen Straßen, Plätzen und Wegen;

2. auf Ausdehnung des Rechts, auch außerhalb des gewerblichen Gemeindebezirks Waren anzufahren oder Aufträge zu suchen, auf die Agenten;

3. über die Zulassung der Oberrealschul-Abiturienten zu den ärztlichen Prüfungen.

4. die Anzeige der Geburt todtgeborener Kinder für den nächstfolgenden Wochentag (bisher nächstfolgenden Tag) vorzuschreiben;

5. eine Untersuchung über das Wesen und den Umfang der BRifstände zu veranstalten, die durch Bestechung von An-

gestellten durch Lieferanten zumungunsten der Arbeiter im gewerblichen Leben herbeigeführt werden.

III. Von den Abgg. Dize, Trimborn und Erzberger (Centrum),

1. dem Reichstage einen Gesuchentwurf vorzulegen, durch den die Arbeiterschutzbestimmungen der §§ 135—139b der Gewerbe-Ordnung auf die Hausindustrie ausgedehnt wird;

2. dem Reichstage einen Gesuchentwurf vorzulegen, durch den die Arbeitszeit der Arbeiter in Fabriken auf höchstens zehn Stunden festgesetzt wird, oder, im Falle der Ablehnung dieses Antrages einen gleichem Gesuchentwurf für die Arbeitszeit der Arbeiterinnen vorzulegen;

3. dem Reichstage einen Gesuchentwurf vorzulegen, durch den die Sonntagsruhe für Arbeiter und Handlungsgehilfen ausgedehnt wird;

4. dem Reichstage tunlichst bald eine Denkschrift über Kartelle, Syndikate und Interessengemeinschaften vorzulegen;

5. dem Reichstage eine Statistil über die Erteilung des Gewerbebescheins und der Legitimationskarte für Detailreisende vorzulegen;

6. nach Art des „Reichs-Arbeitsblattes“ die Herausgabe eines „Reichs-Handwerkerblattes“ zu veranlassen;

7. die Vemehung des Wohnungsgeldzuschusses entsprechend den gesunkenen Wohnungsmietpreisen unter besonderer Berücksichtigung des Familienstandes neu zu regeln;

8. einen Gesuchentwurf zum Schutze der Bauarbeiter, insbesondere durch Arbeiterkontrollen, vorzulegen;

9. dem Reichstage einen Gesuchentwurf über Arbeitszeit, Sonntagsruhe usw. der Gehilfen der Rechtsanwälte, Notare, Gerichtsvollzieher und der Stenografenbeamten vorzulegen.

Alle diese Resolutionen stehen mit zur Beratung.

Abg. Erzberger (Z.): Es ist nicht meine Aufgabe, hier über den Gesamt-Etat des Reichsamts des Innern zu sprechen, sondern nur zu einigen Resolutionen, nämlich zu der über Fabrikinspektion und zu der über den Hausierhandel. — Die Fabrikinspektions-Berichte sind geradezu mustergiltig, was den Registerband anlangt. Leider ist der Tabellenband nicht so gut. Auch geht er uns Abgeordneten zu spät zu. Einige deutsche Bundesstaaten geben uns weniger Auskunft über die gewerblichen Verhältnisse, als selbst ausländische Staaten wie Oesterreich und die Schweiz. Deshalb wäre es wünschenswert, daß uns hier im Reichstage offiziell über alle die interessanten Verhältnisse Auskunft erteilt werde. In den Tabellen sind gewaltige Ungleichheiten, so daß man die Berichte aus verschiedenen Gegenden des Reiches kaum vergleichen kann. Die Gastwirtschaften werden bis jetzt nur zum kleinsten Teile revidiert. Diese Revision sollte also weiter ausgedehnt werden. Bezüglich ist es in anderen Gewerben. Ferner müßte jeder revisionspflichtige Betrieb doch mindestens einmal im Jahre revidiert werden. Im allgemeinen wird in den kleineren Bundesstaaten relativ häufiger revidiert; Mecklenburg allerdings mit 20 Prozent, Elb-Lothringen mit 25 Prozent, Baden mit etwa 34 Prozent Revisionen machen unerfreuliche Ausnahmen. Die Zahl der Inspektoren muß also vermehrt werden. Doch sollten nicht nur die Techniker, sondern vor allem auch die Ärzte und die Arbeiter zur Inspektion herangezogen werden. In Württemberg gibt es schon Arbeiterinspektoren. Auf die politische Bestimmung der Arbeiter kommt es dabei nicht an. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Fabrikinspektoren sollten auch über das Lehrlingswesen Auskunft geben. Die Lehrlingszuchterei grassiert heutzutage weniger im Handwerke, als im Kaufmannstande und in kleineren Fabriken. Die unteren Aufsichtsbehörden haben heute schon das Recht, gegen sie einzuschreiten. Ich habe aber niemals gehört, daß sie es getan haben. — Leider erhalten die Fabrikleitungen fast immer, wenn sie darum nachsuchen, das Recht, am Sonntag arbeiten zu lassen. Der Fabrikinspektor sollte stets vorher gefragt werden. Meine politischen Freunde stimmen der sozialdemokratischen Resolution, die den Glasarbeitern die Sonntagsruhe verschaffen will, zu, sie gehen sogar noch einen Schritt weiter und fordern den sanitären Maximal-Arbeitsstag für die Glasarbeiter. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht steht diese Forderung in einer der anderen sozialdemokratischen Resolutionen, ich kenne diese nicht so genau. — Die Verhältnisse in der Riegelindustrie sind in sittlicher wie in sanitärer Beziehung ganz unbefriedigend. — Ferner ersuche ich den Herrn Staatssekretär, sein Augenmerk auf den Zustand in der Tabakindustrie zu richten. Er hat uns schon 1901 ein dahin gehendes Versprechen gemacht. — Die Straßenbahnen unterliegen leider bis jetzt nicht der Gewerbe-Inspektion, da sie als „Eisenbahnen“ vom Reichsgericht bezeichnet wurden. Es wäre aber durchaus angebracht, sie als „gewerbliche Betriebe“ aufzufassen und ihnen nur eine Ausnahmebestimmung betreffs der Sonntagsruhe usw. zu gewähren. Leider ist das sozialpolitische Verständnis der großen Gemeinde Berlin nicht entwickelt genug gewesen, um in die Konzeptionsbedingungen gewisse Bestimmungen anzunehmen. Deshalb sollte ein Spezialgesetz für die Eisenbahnen und vorläufig eine offizielle Erhebung über sie in die Wege geleitet werden. Sehr wünschenswert wäre es, wenn die Gewerbe-Inspektoren ihr reiches Material der Ausstellung für Arbeiterwohlfaht in Charlottenburg zukommen ließen. Sehr instruktiv wäre ferner eine Uebersicht über die Wirkung der Arbeiterversicherung seit ihrem Bestehen, also seit 15 Jahren. Den wichtigsten Wunsch, den ich an die Gewerbe-Inspektoren habe, möchte ich in die Anfrage kleiden: wie weit die Erwägungen darüber gediehen sind, was Handwerk und was Fabrik ist. Hier sind vor allem einheitliche Bestimmungen nötig, damit nicht widersprechende Urteile in demselben Bezirk ergehen. Es sollte hier als letzte entscheidende Instanz das Reichsamt des Innern festgelegt werden. Redner begründet die Resolution des Zentrums über den Hausierhandel. Der Hausierhandel ist geradezu eine Landplage geworden, wir halten ihn für gänzlich überflüssig. Wir wünschen deshalb eine genaue Statistil über die Erteilung der Legitimation zum Detailhandel und über die Erteilung des Wandergewerbebescheins, weil wir der Ueberzeugung sind, daß die auf diesem Gebiete bestehenden Gesetze vielfach sehr lax gehandhabt werden. Die §§ 55—63 der Gewerbe-Ordnung würden sonst vollständig ausreichen, um den Hausierhandel abzuschaffen. Aus dem Kolportagehandel müssen auf Grund der Gewerbe-Ordnung in sittlicher oder religiöser Hinsicht anstößige Schriften beseitigt werden. In dieser Hinsicht sind die unteren Verwaltungsbehörden sehr wenig aufmerksam. Die Verordnung des Reichskanzlers, die Ausländern einsach den Hausierhandel gestattet, halten wir für sehr abänderungsbedürftig. In Hannover sollen für 20 000 M. Wandergewerbebescheine gefällig und an galizische Händler gegeben sein. Die Folge des erwähnten Bundesratsbeschlusses war die unmensliche Ausbeutung von über hundert slowakischen, mit Raufallen handelnden Kindern durch ausländische Händler unter den Augen der Berliner Polizei. Der Beschluß vom 27. November 1896 sollte daher aufgehoben und durch die rigorosesten Bestimmungen ersetzt werden. An Kinder, für deren Unterricht nicht genügend gesorgt ist, darf nach der Gewerbe-Ordnung der Wandergewerbebeschein überhaupt nicht erteilt werden. Die übrigen von uns gestellten Resolutionen werden eine Reihe meiner Freunde des näheren begründen.

Zum Schluß noch eine Bemerkung gegenüber Herrn Bebel. Derselbe hat seinerzeit behauptet, das Zentrum hätte Anträge, die seine Partei früher gestellt habe, aufgenommen, unter anderem den auf die 36stündige Sonntagsruhe. Herr Bebel hat jedenfalls die Akten nicht genau durchgesehen. Die 36stündige Sonntagsruhe wurde als Antrag Nr. 7 im Jahre 1890 in der Kommission von meinem Freunde Dr. Hise beantragt. Wir mußten dann allerdings diesen Antrag zugunsten der 36stündigen Sonntagsruhe zurückziehen, um nicht das ganze Gesetz zu gefährden, jedenfalls aber gebührt unserer Partei die Priorität für diesen Antrag, wenn auch nachher die

Sozialdemokratie ähnliche Anträge gestellt hat. Nachdem sich heute alle Befürchtungen, die man 1890 erhob, als unbegründet erwiesen haben, hoffen wir im Reichstage eine Mehrheit auch für die 36stündige Sonntagsruhe zu finden. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Warm (Soz.):

Wenn man die Sozialpolitik nur aus der Schilderung des Zentrums kennen lernt, so erhält man recht viele schiefe und falsche Bilder. So hat heute wieder der Abg. Erzberger die parlamentarische Geschichte der Bestimmungen über die Sonntagsruhe voll-

kommen verkehrt dargestellt. Wir Sozialdemokraten hatten damals in der zweiten Lesung eine ganze Reihe von Verbesserungen des Gesetzes durchgesetzt, so daß schließlich dem Zentrum angst und bange vor seinen eigenen Erfolgen wurde. Da bildete das Zentrum zwischen der zweiten und dritten Lesung zusammen mit den Herren Stumm und Wölfler eine jener freiwilligen Verschlechterungskommissionen, die alles wieder aus dem Gesetz herausgeschafft, was für den Schutz der Arbeiter wirksam gewesen wäre. So verlegnete das Zentrum seine frühere Anshawung und schaffte die Sonntagsruhe wieder aus der Welt. Und jetzt eben wieder, wo wir seit Jahren einen vollständigen Stillstand der Sozialreform erleben, erinnert der Abg. Erzberger daran, daß im nächsten Jahre die Gewerbe-novelle 15 Jahre lang in Kraft sei und bittet um eine Enquete über ihre Erfolge, um dann zu sehen, welche Fingerzeige diese für den Ausbau der Sozialreform gebe. Aber ist die Reihe von Resolutionen, die ihre eigene Partei eingebracht hat, noch nicht Fingerzeig genug, oder sind diese Resolutionen nur ein Gebraucht, um auf dem Papier zu stehen? Die Art und Weise, wie diese Resolutionen auch in diesem Jahre wieder en passant behandelt werden sollen, muß uns furchtbar machen. Meine Freunde werden darauf bestehen, daß unsere Resolutionen gründlich durchberaten werden; zur Begründung jeder einzelnen wird einer meiner Freunde das Wort nehmen. Aber wir wollen diese Debatte nicht mit der Generaldebatte über das Reichsamt des Innern verquiden. Wenn uns Herr Erzberger auch darauf vertritt, daß ein Gröberer nach ihm kommen werde, so soll uns das nicht abhalten, zu Anfang dieser allgemeinen Debatte dem Reichsamt des Innern alle seine Unterlassungsünden vorzuhalten.

Vor wenigen Tagen führte bei Beratung der Handelsverträge der Staatssekretär Graf Posadowski aus, daß die städtische Bevölkerung fürperlich herunterkomme. Das war eine Reminiszenz an eine Rede, die er im Mai vorigen Jahres auf der Generalversammlung der Zentralvereine zur Errichtung von Heilstätten für Lungentranke gehalten hatte. Man dürfe sich nicht darüber täuschen, daß mit der wachsenden Industrialisierung bei der schlechten Luft in überfüllten Wohnungen nicht nur die Gefahren der Berufskrankheiten vergrößert würden, sondern im allgemeinen eine ungünstige Rückwirkung auf den körperlichen Zustand der beteiligten Bevölkerung stattfände. Aber der Staatssekretär zog aus dieser richtigen Tatsache nicht die richtige Folgerung. Es ist gerade die Folge des Systems des ewigen Bremsens der Sozialreform, wenn die Bevölkerung körperlich zurückgeht. Verleendet. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise dahin geht, die Arbeiter zu verelenden, und nur die Gegenwirkung der organisierten Arbeiterklasse diese Verelendung mildern kann. Wenn trotzdem die Zahl der Militärtauglichen zurückgeht, so zeigt das, daß unsere Sozialreform nicht imstande ist, die verelende Tendenz auch nur ein wenig aufzuhalten, sondern daß diese mit Riesenschritten fortgeht und wir elenden Zuständen entgegengehen. Der Staatssekretär saß damals fort, daß die Zukunft dem Volke gehöre, das sich fürperlich am widerstandsfähigsten und damit am wehrkräftigsten erhalte. Das ist die schärfste Verurteilung all der Unternehmerrufe, die durch rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter es dahin bringen, daß die Arbeiter in dieser Weise verelenden. Und gerade den Leuten, die sich so gern ihres „Patriotismus“ rühmen, hat der Staatssekretär damit das Merkmal der „vaterlandslosen Gesellen“ aufgedrückt, die sich nicht darum kümmern, ob das Vaterland durch ihr Treiben zu grunde geht!

Die lange Reihe von Wahnzetteln, die wir Ihnen in unseren Resolutionen vorlegen, beweist, wie wenig bisher getan ist und wie viel zu tun noch übrig bleibt. Die Regelung der Arbeitszeit, die Sonntagsruhe, der Schutz der Heimarbeiter, der Schutz gegen Vergiftungsgefahr, der Schutz der Bauarbeiter, der Bergarbeiter, der Ausbau der Gewerbe-Aufsicht, die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes, die Sicherung des Koalitionsrechtes, das allein die Arbeiter in den Stand setzt, sich ihrer Haut zu wehren, all das fehlt noch. Es ist fast noch so schlimm, wie zurzeit der größten Mißwirtschaft der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Und was tut die Regierung auf diese Klagen. Im besten Falle verpricht sie eine Enquete anzustellen. Aber über die Vergiftungsgefahr wurde 1877 eine Enquete veranstaltet. Und doch ist außer einigen unzureichenden Spezialverordnungen nichts geschehen! Ich will heute nicht über unsere Resolutionen sprechen, sondern mich im allgemeinen mit den Zuständen beschäftigen, die die Arbeiter den rücksichtslosen Ausbeutungspraktiken des Unternehmertums ausgesetzt sind. Wir haben eine ganze Anzahl von Betrieben, in denen der Arbeiter, der einer Organisation angehört, entlassen wird. Das Gewerbegericht von Bremerhaven hat allerdings das als Verstoß gegen die guten Sitten bezeichnet. Aber richten sich die Unternehmer danach? Der Terrorismus der Arbeitgeber bleibt derselbe. Er richtet sich nicht etwa nur gegen Sozialdemokraten. Die Herren vom Zentrum künden sich wirklich einmal etwas mehr um die christlichen Arbeiterorganisationen kümmern! In München-Gladbach wurde in einem Betrieb jede Organisation, ob christlich, nicht-christlich oder sozialdemokratisch verboten. In der sogenannten „Giftdöle“ bei Elberfeld, der chemischen Fabrik von Beher u. Co. ist dasselbe geschehen. (Zuruf beim Zentrum: nationalliberaler Unternehmer!) Wenn die Fabrikleitung zufällig nationalliberal ist, so tut das gar nichts zur Sache, sondern es ist ein Kennzeichen des Unternehmertums schlechthin. Es ist töricht und grundfalsch, sich an die Person anzuknüpfen. Auch ist die Firma Beher u. Co. gar nicht nationalliberal, sie ist überhaupt gar keine Person, sondern eine Aktiengesellschaft. (Lachen im Centrum.) Sie können gar nicht wissen, ob nicht ein guter Teil der Aktien sich in Zentrumshänden befindet. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Aktien-gesellschaften beweisen eben am besten, daß die Arbeiter nicht gegen einzelne Unternehmer, sondern nur gegen den gesamten Unternehmerterrorismus kämpfen müssen. Die organisierte Arbeiterschaft ist allen Unternehmern ein Dorn im Auge. Das sehen wir selbst aus den amtlichen Berichten der Gewerbe-Inspektion, z. B. aus Bayern. Es ist den Unternehmern ein Dorn im Auge, daß die Arbeiterorganisationen der Regierung helfen, die Gesetze durchzuführen. Ebenso urteilt die Gewerbe-Aufsichtsbehörde in Württemberg. Die Gewerkschaften haben die Lebenshaltung der Arbeiter, sie sind ein Kulturträger. Deshalb werden sie von den Unternehmern verfolgt. Nicht einmal die vom Gesetz vorgesehenen ganz unzureichenden Organisationen, die Arbeiter-ausschüsse, sind bei den Unternehmern beliebt: entweder sind sie zu Karikaturen herabgesunken, oder sie werden gemah-regelt. Die „Hamburger Nachr.“, ein spezifisches Unternehmerrblatt, schrieb, die Arbeiterausschüsse seien deshalb zu ertragen, weil sie die Arbeiter verhinderten, in die Gewerkschaften einzutreten. Unsere Berichte sind sehr tolerant gegenüber den Unternehmern. Die Folgen aller dieser Dinge sind die, daß die Lebenshaltung der Arbeiter zurückgeht. Die Berichte, die die Gewerbe-Aufsichtsbehörden, die in anderer Hinsicht so objektiv urteilen, über die Lebenshaltung von Arbeitern geben, sind mit großer Vorsicht aufzunehmen, weil die Gewerbe-Inspektoren nach dieser Richtung gar keine Erfahrung haben. Und doch gibt uns gerade der Unternehmerterrorismus

einen geradezu wissenschaftlichen Maßstab für die notwendigen Kosten einer genügenden Lebenshaltung. Er legt nämlich als **Gesetz der Natur** die Verhältnisse in Feuerungszeiten 1 W., in gewöhnlichen Zeiten 80 Pf. fest. Nimmt man nun eine Arbeiterfamilie mit Frau und zwei Kindern an und rechnet, wie üblich, zwei Kinder für einen Erwachsenen, so kosten die Nahrungsmittel für die Nahrungsmittel einer Arbeiterfamilie täglich 2,40 M.; dazu würden dann die Ausgaben für die Zubereitung, für Gewürzmittel, für Kleidung und Wohnung kommen!

Das Reichs-Gesundheitsamt hat ein Gesundheitsbüchlein herausgegeben, in dem auch die Ernährungsbedingungen dargelegt sind. Daraus ergibt sich ebenfalls, daß 500 bis 600 Mark nötig sind, um eine Familie auf das notwendige zu ernähren. Dabei gibt es in verschiedenen Industrien Jahreslöhne von 450 bis 600 Mark! (Hört! hört! bei den Soz.) Das ist eine erneute Auflage gegen die Politik der Zuckerzölle, und da spricht der Herr Staatssekretär von der notwendigen der Sozialpolitik, gegen die die Agrarpolitik ein Gegengewicht bilden soll. (Sehr richtig! rechts.) Das Gegengewicht ist ein Stein, der den Arbeitern an den Hals gehängt wird und der sie noch weiter in Elend zieht. (Sehr richtig! bei den Soz.) Um mit den niedrigen Löhnen auszukommen, müssen die Arbeiter ihre Lustlust zu Surrogaten wie Margarine usw. nehmen; auch der Pferdefleischkonsum spielt eine große Rolle. Dazu kommt dann noch der Wohnungswucher. (Sehr richtig! links.) Nun sagt man auf der Rechten: Warum gehen die Leute nicht aufs Land, da ist es ja so schön! Eine Statistik der pommerschen Landwirtschaftskammer aber gibt als Ursache der Landflucht an: die schlechten Löhne, die lange Arbeitszeit, die schlechte Wohnung und die schlechte Behandlung auf dem Lande! Auf eine weitere Tatsache weist die Gewerbe-Inspektion in Berlin hin: Für tausend ledige Fabrikarbeiterinnen beträgt der Durchschnittslohn pro Woche 11,36 M. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten); die notwendigen Ausgaben sind dagegen auf 11,62 M. angegeben, so daß also die Ausgaben die Einnahmen übersteigen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Woher die armen Mädchen ihr Defizit decken, wissen Sie ja. Es gibt Industrien, die kolossale Dividenden zahlen, wie die chemische, und die notorisch die schlechtesten Löhne geben. Wir haben in der Eisenindustrie in einem Bezirk sieben Gesellschaften mit 161 Millionen Betriebskapital und 13 1/2 Millionen Mark Bruttogewinn, aber die Löhne können auch sie nicht erhöhen. Die tägliche Arbeitszeit beträgt dort 13 1/2 Stunden, mit Ueberstunden 18 1/2 Stunden, das Durchschnittseinkommen jährlich 1290 M. Die Unfallquote ist in jenen Betrieben um 80 Proz. höher als im Bergbau. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Und wie sieht es in den von den Agrariern als das Ideal hingestellten Betrieben aus, wo industrielle Arbeiter ländliche Nebenarbeit verrichten. Eine verdienstvolle Arbeit des bisherigen badischen Fabrikinspektors Fuchs, der leider heraus mußte aus Baden — natürlich freiwillig — hat festgestellt, daß diese Arbeiter ihre Arbeitskraft ganz übermäßig ausnützen müssen, weil ihre Löhne so niedrig sind, daß sie ohne die ländliche Arbeit überhaupt nicht existieren könnten. Mann, Frau und Kinder sind monatelang überanstrengt und das Resultat ist: 126 M. Nebenverdienst, die noch gefürzt werden durch Lohnausfälle des Mannes. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Schwindsucht ist die natürliche Folge dieser Ueberarbeit und Unterernährung. Wenn Deutschland aber auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben will, muß es eine gesunde und freie Arbeiterklasse haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Vorschriften über Arbeitszeit der Arbeiterinnen und Sonntagstraue werden überall durch Ausnahmebestimmungen durchlöcher. Die Zahl der genehmigten Ueberstunden ist von 1902—1903 nach der Zahl der beteiligten Betriebe wie nach der der Arbeiter wieder ganz bedeutend gestiegen. In Wald bei Solingen wurden Ueberstunden genehmigt, weil durch einen Streik ein Notstand ausgedroht sei. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf eine Beschwerde antwortete die Regierung, durch den Streik sei der Betrieb weniger leistungsfähig geworden, also bestände ein Notstand. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Für die Zellulosefabriken gelten die Bestimmungen, die für die Sonntagstraue in Papierfabriken erlassen sind, nicht. Daher müssen die Arbeiter dort alle 14 Tage 24 Stunden Sonntags hinter einander arbeiten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Durch eine Kleinigkeit könnte die Regierung großen Arbeiterkategorien Hilfe bringen.

Trotz der Arbeitslosigkeit, des Notstandes unter den erwachsenen Arbeitern vergrößert das Unternehmertum ständig die Zahl der weiblichen, der jugendlichen Arbeiter und der Kinder unter 14 Jahren. Erst im letzten Jahre hat die Zahl der jugendlichen Arbeiter um 10 400, die der weiblichen um 39 000 und die der Kinder unter 14 Jahren um 802 zugenommen. Zur Frage der Arbeitszeitüberfüllung erklärt die Regierung, daß die Zeit noch nicht gekommen sei. Ja, sie stellt fest, daß diese Reform längst spruchreif und die wichtigste und notwendigste ist. Mit ihr würden eine Reihe von Missethänden spielend leicht beseitigt, unter denen heute die Arbeiter schwer leiden. Mit der Länge der Arbeitszeit steht die Zahl der Unfälle in engstem Zusammenhang. Sie ist auch in diesem Jahre wieder gestiegen, von 488 000 auf 530 000. Ein Zwanzigstel aller Arbeiter verunglückten jährlich. Die landwirtschaftliche Berufs-genossenschaft Sachsens erklärt die Unfallvorrichtungen in 91 Proz. der Betriebe für unzulänglich. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Will sich die Regierung fortgesetzt vor den Unternehmern lächerlich machen? In Milhausen im Elsaß erklärte ein Unternehmer vor Gericht, auf so nebenfällige Dinge wie Arbeiterschutz-Vorrichtungen könne er bei Betriebsveränderungen nicht achten. Er müsse seine ganze Aufmerksamkeit auf die Produktion richten, um einen ungünstigen Geschäftsabstufung zu vermeiden. Wieviel Arbeiterleben und Arbeiterglieder dabei zu Grunde gehen, ist ihm ja gleichgültig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das an sich sehr dankenswerte Charlottenburger Museum für Unfallverhütung ist viel zu gering dotiert — die ursprünglich geforderten 100 000 M. sind überhaupt nicht in den Etat hineingekommen — und nicht systematisch genug angelegt. Die große Masse der Arbeiter ist daran interessiert, wenn sie auch darauf verzichten, zu solchen Festen geladen zu werden, wie Herr Geheimrat Fischer sie für notwendig hielt. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber auch die Gewerbe-Aufsichtsbeamten haben es notwendig, die Einrichtungen zu sehen, die geschaffen werden können. So können für das gefährliche Reifingbeizen, das in Berlin noch in Kellern vorgenommen wird (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), durch einfache Apparate Schutzmaßnahmen getroffen werden. Ferner wünsche ich, daß die Regierung selber den Aufsichtsbeamten eine Auffstellung dessen in die Hand gibt, was sie zugunsten der Arbeiter verlangen können. So vor allem was den erforderlichen Luftstrom für Arbeiter anlangt. Wir haben eine preussische Ministerialverordnung über den erforderlichen Luftstrom, der für Arbeiter und Versammlungen erlassen ist. Er wird, aber nur für Versammlungen mit großer Sorgfalt angewendet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Professor Koch, Professor Kubner haben erklärt, daß die Ueberfüllung der Fabriken ebenso gefährlich ist, wie die Ueberfüllung der Wohnungen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Ventilation in den Fabriken ist gleichfalls außerordentlich schlecht. Das Bleigraß im Fenster fördert bekanntlich nicht die Ventilation, sondern hemmt sie. Gegen alle diese Missethände könnte heute schon auf Grund der Gewerbe-Ordnung eingeschritten werden, wenn die Aufsichtsbeamten mit den notwendigen Instruktionen versehen wären. Tatsächlich aber ist die Gewerbe-Inspektion abhängig von der jeweiligen Stimmung im Ministerium. Das Unternehmertum ist sozial absolut nicht erzogen. Deshalb muß es gezwungen werden, die Gesetze zu befolgen. Die Inspektoren sollen nicht zwischen Unternehmern und Arbeitern vermitteln. Denn eine Vermittlung zwischen einem, der sein Recht verlangt, und einem anderen, der gar nichts gewähren will, führt notwendig dazu, daß der Fordernde höchstens die Hälfte bekommt. Der Beamte soll also nicht vermitteln, sondern streng für die Durchführung der Gesetze sorgen. Aber die Gewerbe-Inspektion ist, trotzdem sie schon seit 1879 obligatorisch besteht, nach Qualität und Quantität ungenügend. Die Statistik des Reichsamts des Innern gibt uns 84 000 revisionspflichtige Betriebe an. In dieser Zahl sind eine

große Anzahl Betriebe, welche frühere inbegriffen waren, fortgelassen. Für Preußen besteht eine Statistik über diese Betriebe. Ich meine, daß das Reichsamt des Innern gar kein Recht hat, diese dem Abgeordnetenhaus zugegangene Statistik uns hier vorzuhalten. — Wie die Revision vielfach ausgeübt wird, beweist der Umstand, daß in den Betrieben, die nach der Statistik revidiert sein mußten, die Arbeiter gar nichts davon gemerkt haben. Auch Handwerksbetriebe müssen revidiert werden. In dieser Frage wird Abg. Flugbahn wohl einen Ruckzug antreten müssen. Wenn behauptet wird, es sei viel für die Arbeiter geschehen in der letzten Zeit, so liegt das nur daran, daß man den Arbeiter jahreslang auf Gnade und Ungnade dem Unternehmer preisgegeben hat, und daß man erst in letzter Zeit ein wenig für ihn getan hat. Die wenig die bisherige Inspektion genügt, beweist der Umstand, daß in Berlin zum Beispiel von 58 Steinmetzbetrieben nur 12, von 206 Zigarrenfabriken nur 56 revidiert worden sind. Ramentlich aber von den Hädereien wird nur ein verschwindend kleiner Teil revidiert. Sie können sich also auch nicht wundern, daß in diesen Betrieben die Zustände noch immer unerhörte sind. Die Gewerbe-Inspektoren müssen also vermehrt werden. Kollege Erzberger hat Kollege Erzberger die Freundlichkeit, diese Bitte erst an seine eigene Partei zu richten; denn speziell in dem badischen und bayerischen Landtage war es immer die Zentrumspartei, die diese Vermehrung verhindert hat. Dieser Umstand zeigt die sozialpolitische Taktik des Zentrums in grellster Beleuchtung. Die vorhandenen Gewerbe-Inspektoren haben zu viel zu tun, sie müssen doch auch die einschlägige Literatur verfolgen usw. Ein Hilfsmittel für ihre Entlastung wäre es, wenn sie mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung träten. In Bayern, in Württemberg, in Baden usw. geschieht das, in Preußen, in Sachsen usw. nicht. Dieser fast ergötzliche Widerspruch spielt sich seit mehreren Jahren ab. Die einzelnen Arbeiter wagen es vielfach nicht, zu den Beamten zu gehen, weil sie durch Spigal beobachtet werden und dann die Entlassung zu fürchten haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In einer Dresdener Fabrik sollte sogar eine ganze Abteilung von Arbeiterinnen entlassen werden, weil einige sich beschwert hatten, und erst, als die „Schuldigen“ sich meldeten, war der Unternehmer so gnädig, nur diese zu entlassen. (Hört! hört! links.) Die Sozialpolitik kann die Entwicklung nicht hindern, der Kapitalismus wird durch etwas Anderes abgelöst werden, das wissen Sie so gut als wir. Aber sie kann den Uebergang milder gestalten. — Ich konstatiere, daß noch Ende des letzten Jahres die Gewerbe-Inspektion in Magdeburg es abgelehnt hat, der Einladung eines Gewerkschaftskongresses zu folgen. Dagegen ist es ein guter Versuch, daß in Württemberg Arbeiter selbst als Inspektoren angestellt sind. Wir bleiben dabei, daß es notwendig ist, mit einer bestimmten Organisation der Arbeiter die Inspektion zu verknüpfen. Deshalb haben wir unsere Resolution über Reichs-Arbeitsamt, Arbeitskammern ungedruckt. Als gutes Zeichen für manche Gewerbe-Inspektoren müssen wir es begrüßen, daß sie sich den Hohn der Feinde der Arbeiterklasse zugezogen haben. So nannte im heftigen Landtage der Bauernbündler Brauer die Fabrikinspektoren „Heser“. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Handelskammer in Siegen nennt die Tätigkeit der Gewerbe-Aufsichtsbeamten „leineswegs ertragsfähig“. Der Bund der Industriellen hat gar eine Umfrage bei seinen Mitgliedern angestellt, ob sie nicht Uebergriffe der Gewerbe-Aufsichtsbeamten mitteilen könnten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich bin der festen Ueberzeugung, daß diese Umfrage nicht ohne Einwirkung auf die Gewerbe-Inspektoren resp. auf die Regierungen bleiben wird! Es gibt eine ganze Anzahl von Regierungen, die sich von den Industriellen auf der Kasse herumtanzen lassen. Das haben wir ja eben erst beim Bergarbeiter-Streik gesehen. Wenn gewisse preussische Handelsminister diese Umfrage sehen, werden sie ihre amtliche Stellung zu befestigen glauben, wenn sie den Gewerbe-Aufsichtsbeamten den vertraulichen Rat geben, sich nicht so streng an ihre Vorschriften zu halten. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das alles beweist, daß unsere deutsche Gewerbe-Inspektion nicht von dem Willen der Einzelregierungen abhängen darf, sondern daß eine Reichs-Gewerbeaufsicht geschaffen werden muß. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die „Brauer- und Hopfen-Zeitung“ schreibt: „Der Staat kann unmöglich so weit gehen, daß die Einrichtungen für die Arbeiter die Hauptfrage werden und der wirtschaftliche Zweck der Betriebe die Nebenfrage.“ Diese Ueberzeugung zeigt, daß den Herren der Arbeiterklasse die Nebenfrage und das Geschäft die Hauptfrage ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Mehrfach klagen die Gewerbe-Aufsichtsbeamten, daß die Arbeiter nicht wagen, sich zu äußern und etwas zu sagen, weil sie, wie es in dem Dresdener Bericht heißt, Gefahr laufen, ihre Stellung und ihr Brot zu verlieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Außerdem sind die Strafen, wenn einmal ein Unternehmer verurteilt wird, so gering, daß die Unternehmer tatsächlich mehr Geld verdienen, wenn sie die Vorschriften übertreten, als wenn sie sich danach richten. Es wurde erlangt: In 3000 Fällen auf Geldstrafen bis zu 3 M.; in 1800 Fällen auf Geldstrafen von 3 bis 10 M.; in 630 Fällen auf Geldstrafen von 10 bis 20 M.; in 395 Fällen auf Geldstrafen von 20 bis 50 M.; in 68 Fällen auf Geldstrafen von 50 bis 100 M.; in 14 Fällen auf Geldstrafen von 100 bis 200 M. und nur in 6 Fällen auf Geldstrafen über 200 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) — Ein weiterer Uebelstand ist, daß man sich offenbar scheut, Assistentinnen heranzuziehen. 1903 gab es erst in 12 Bundesstaaten weibliche Fabrikinspektoren. Manche Gewerbeämter scheinen einen direkten Widerwillen gegen Assistentinnen zu haben. Sachsen-Weimar hat zwei solche weibliche Beamte, die aber in der amtlichen Statistik überhaupt nicht erwähnt sind. Leider ist die vorzügliche badische Fabrikinspektorin Fräulein v. Nächsthofen ausgeschieden, weil sie geheiratet hat. Ihre Nachfolgerin ist in dem Bericht einfach totgeschwiegen. Als Fräulein v. Nächsthofen aus dem Amte schied, fragte sie ihr Chef brieflich an, ob sich während ihrer Wirksamkeit Arbeiterinnen an sie gewandt hätten in Dingen, in welchen zu Männern zu reden Frauen berechnete Edeu trügen, das heißt mit anderen Worten, ob sie sich nicht überflüssig gefühlt habe. Fräulein v. Nächsthofen bejahte in ihrer Antwort die Frage und fügte hinzu, der Schwerpunkt der Tätigkeit einer Gewerbe-Inspektorin liege nicht darin, daß sie bereit ist, Klagen entgegenzunehmen, sondern darin, daß sie durch eigene Beobachtungen und Fragen herausfinde, wo etwa Schädigungen der Gesundheit der Arbeiterinnen zu erwarten sind. Diese Antwort könnte man direkt als Dienstausweisung für Gewerbe-Inspektoren und -Inspektorinnen drucken lassen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Assistentin Fräulein Hahn in Hamburg hat sich in einem Vortrag in einer Gewerkschaft sogar für den neunmündigen Arbeitstag ausgesprochen und die Arbeiterinnen aufgefordert, sich zu organisieren. Nach dem Fall Wörtschöffer muß ich beinahe fürchten, daß die Beamtinnen, die ich hier lobend hervorhebe, sehr bald ihres Amtes enthoben werden. Wir verlangen, daß die Arbeiter selbst an der Gewerbe-Inspektion beteiligt werden, daß die Arbeiterinnen aus den Gewerkschaften mit beteiligt werden und daß man von denen, die aus bürgerlichen Kreisen hinzugezogen werden, besonders Aertztinnen nimmt, die auf diesem Gebiete ein ganzes Arbeitsfeld bekommen können. Ueberhaupt hat unsere Fraktion zuerst — ich stelle das fest, damit das Zentrum nicht wieder legenden bildet — im Jahre 1901 die Beteiligung der Ärzte an der Gewerbe-Aufsicht gefordert. Jetzt hat Professor Sommerfeld in einem trefflichen Vortrage: „Der Gewerbe-Arzt“ den Nachweis der Notwendigkeit dafür geführt. Freilich stellte auch er zunächst die Forderung der Errichtung eines Lehrstuhls für Gewerbehygiene. England und die Niederlande haben wenigstens Versuche mit der Heranziehung der Ärzte zur Gewerbe-Inspektion gemacht. Wir verlangen darüber hinaus die strikte Durchführung des Gedanken, daß den Gewerbe-Inspektoren besonders ausgebildete Ärzte beigegeben werden. Es ist 1897 vorgekommen, daß Ärzte sich geweigert haben, auf eine Enquete zu antworten, weil sie fürchten mußten, durch offene Auskunft über

die Arbeiterverhältnisse ihre Praxis zu verlieren. Wenn wir nun abhängige Urteile haben wollen, müssen wir nun abhängige Ärzte schaffen. Das schlimmste Ergebnis für die Verbesserung der Gewerbe-Aufsicht ist der Umstand, daß die Sache der Einzelstaaten ist. Jede Verbesserung soll erst von den 26 einzelnen Regierungen, von denen jede reaktionärer ist wie die andere, und von den 28 Landtagen, in denen meist das Geldsack-Wahlrecht herrscht, beschlossen werden. Da ist es Pflicht des Reichsamts des Innern, eine authentische Interpretation über die Ausführung der Gewerbe-Inspektion zu geben. Am besten kommen sie freilich über alle Schwierigkeiten hinweg, wenn Sie unseren Antrag auf Uebernahme der Gewerbe-Inspektion auf das Reich annehmen. Ich will nicht im einzelnen alle die Zustände in den Vädereien eingehen, aber gerade in den kleinen Betrieben herrschen grauenhafte Zustände; es wird der Urat in den Badstuben angehäuft, die Handlöhner starren von Schmutz, die Badtröge werden nicht gereinigt. Das ist ja auch kein Wunder, wenn nur 20 Proz. der Vädereien jährlich inspiziert werden. Ebenjowenig wird die Steinhauer-Verordnung durchgeführt; dagegen lesen wir Jahr für Jahr in den Berichten der Gewerbe-Inspektoren Loblieder auf die Wohltaten der Unternehmer, die sich ja ihre eigene Ehrenfahne der deutschen Unternehmer geschaffen haben. Die Arbeiter verzichten auf diese Wohltaten, ja sie sind ihre entschiedenen Gegner, denn die Wohltaten sind nichts als Ketten, die den Arbeiter an die Werkstätte fesseln sollen, damit sie sich schlechte Lohn- und Arbeitsbedingungen gefallen lassen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Im Jahre 1878 sprach sich der Vertreter der elbischen Woll- und Leinenindustrie ganz offen aus, daß man in Lothringen im allgemeinen höhere Löhne zahlt, weil man dort nicht verleihe, durch Unterfüllung- und Pensionen den Arbeiter an den Betrieb zu fesseln, wie das im Elsaß ganz allgemein der Fall sei. Diese Wohltaten seitens der Industriellen seien für sie ein gutes Geschäft. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir kennen diese Art von Wohlfahrtsbetrieblungen, bei denen der Arbeiter alle seine Einlagen verliert, wenn er aus dem Fabrikbetrieb ausscheidet, die Fabrikwohnungen, aus denen er im Fall eines Streiks aus der Straße gefegt wird, wie es der preussische Bergbau im Jahre 1889 im Saarrevier tat. Die Arbeiter wollen keine Wohltaten, sie verlangen ihr Recht, Durchführung der bestehenden Satzungen und Schaffung neuer weitergehender. Wenn der Staatssekretär bremsen will, so mag er bei dem Uebermut der Industriellen anfangen, die den Arbeiter nicht genug knechten und duden können. Der Arbeiterkämpfer bedarf keiner Dremle, sondern eines raffen und kräftigen Ausbaues. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag vertagt. Schluß 6 1/2 Uhr.

Erste Kämpfe bei Mukden!

Nach den neuesten Nachrichten haben die Japaner auf dem mandchurischen Kriegsschauplatz die Offensive mit Nachdruck aufgenommen. Ihr rechter Flügel hat einen energischen Vorstoß gegen die Russen unternommen und die ihm entgegenstehenden Truppen zurückgeworfen. Ein Teil der russischen Verschanzungen ist in die Hände der Japaner gefallen, jedoch sollen die Hauptverschanzungen noch nicht genommen sein. Gelänge es den Japanern, den russischen linken Flügel aus seinen Verschanzungen herauszuwerfen, so würde sich dadurch Kuropatkin jedenfalls genötigt sehen, seine Truppen bis auf Mukden und noch weiter zurückzuziehen.

Der japanische Vorstoß scheint um so ernstlicher gemeint zu sein, als die Japaner auch gleichzeitig auf ihrem äußersten linken Flügel eine starke Truppenmacht zur Umfassung der Russen vorgeschickt haben. Diese Truppen, die nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ 40 000 Mann betragen soll, sollen bereits in Jalume angekommen sein. Sie hätten ihren Marsch über die Hügel an der mongolischen Grenze genommen. Die Russen hätten sie anfangs für Chundufenbanden gehalten, in Wirklichkeit seien es aber japanische Truppen gewesen. Jalume liegt bereits weit hinter Mukden, so daß diese Umgebung offenbar den Zweck hat, die russische Eisenbahnlinie bei Tieling zu zerstören und dadurch den russischen Rückzug zu erschweren. Bei Tieling soll es auch bereits zu Gefechten gekommen sein, wenigstens meldet ein Telegramm aus Petersburg, daß 40 Verwundete von einer Schlacht bei Tieling bereits angekommen seien, weitere 500 würden erwartet. Falls die japanischen Truppen im Rücken der russischen Armee wirklich die genannte Stärke haben sollten, so würde sich höchstwahrscheinlich Kuropatkin schon aus diesem Grunde zum Rückzug genötigt sehen, da die Entsendung von starken Detachements jedenfalls nicht ausreichen würde, um die Japaner unschädlich zu machen, zumal ja auch der rechte russische Flügel bereits zu arg ins Gedränge geraten ist. Bevor man sich indessen ein richtiges Urteil über die gegenwärtige Lage in der Mandchurei bilden können wird, wird man die weiteren Nachrichten über die erwähnten Kämpfe abwarten müssen. Lokaler Meldungen über die Kämpfe auf dem östlichen und dem äußersten westlichen Flügel sind bis jetzt noch nicht eingetroffen. Das beweist allerdings noch nicht, daß die englischen Meldungen unrichtig sind. Haben es doch bis jetzt immer die Japaner vorgezogen, erst dann offizielle Meldungen zu machen, wenn die von ihnen geplanten Kriegsoperationen bereits bis zu einem gewissen Grade ihren Abschluß erlangt hatten.

London, 27. Februar. „Daily Telegraph“ meldet aus Siningting: Wie berichtet wird, sind 40 000 Mann japanischer Truppen in Jalume angekommen, die über Hügel an der mongolischen Grenze marschierend dorthin gelangt sind. Die vermeintlichen Chundufenbanden, welche in ein Scharmäkel bei Nishawo verwickelt wurden, haben sich als japanische Truppen in chinesischer Kleidung erwiesen.

Sonnabend früh passierten 6000 Mann japanischer Truppen mit Artillerie das Gebiet zwischen Siningting und dem Liaofluß und marschierten in nordwestlicher Richtung auf Jalume.

Der Leiter der russischen Bank in Mukden hat die Anweisung erhalten, die Vorbereitungen für die Schließung der Bank zu treffen; in der Stadt herrscht große Unruhe.

Sachalin, 26. Februar. (Telegramm der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) Die Japaner rücken heute in drei Kolonnen gegen den Gutulingpaß vor, wo jetzt ein hartnäckiger Kampf wüten soll. Die Japaner verfügen über bedeutende Streitkräfte. Im Zentrum und auf dem linken Flügel herrscht Ruhe; das Wetter ist den Japanern ungünstig.

Die Trümpfengruppe, die sich gestern morgen auf die Stellung von Santunju zurückzog, setzte sich mit ihrer Vorhut in Paffen vor der Stellung fest; gegen Abend näherten sich die Vortruppen der Japaner den Paffen, ohne jedoch zum Kampf überzugehen. Heute früh begann eine Kanonade in der Nähe des Gutulingpasses. Im Zentrum hört man Geschützsalven.

Petersburg, 26. Februar. Die letzten Nachrichten vom Kriegsschauplatz berichten, daß die von den Japanern unternommene Offensivebewegung gegen den russischen linken Flügel energisch fortgesetzt wird. Bis jetzt ist kein besonderer Vorteil weder auf der einen noch auf der anderen Seite zu erkennen. Die Russen verstärken in aller Eile ihren bedrohten linken Flügel. Es ist möglich, daß Kuropatkin eine Offensivebewegung gegen den rechten Flügel der Japaner in die Wege leitet, so daß immer noch eine große Schlacht für die nächsten Tage erwartet wird.

Die verschwundene Liebesgabe.

Aus Breslau wird der „Deutschen Zeitung“ geschrieben: „Die Hefie, in weiten Kreisen bekannte Vorfabrik Seidel u. Co. hatte vor einiger Zeit 6000 Flaschen ihres Spezialbieres „An-darin“ an die Aurospatinsche Armee als „Böhlitätigkeits-giftung“, und zwar in zarter Rücksichtnahme auf den Geschmack der Russen abgehandelt. Die Sendung kam zunächst bis an die Grenze und wurde hier wegen der Verzollung angehalten, weil die russische Zollbehörde auch selbst von dieser Liebesgabe noch den ziemlich hohen Zoll profitieren wollte. Die Lieferungs-firma lehnte aber auf Anfrage die Zollzahlung unter Hinweis auf den wohltätigen Zweck der Sendung ab. Seitdem ist eine längere Frist vergangen, und die Firma hat auf ihre wiederholten Anfragen bis heute noch nichts über das Schicksal ihrer Liebesgabe erfahren können, so daß sie versucht ist, anzunehmen, die Flaschen seien infolge eines freiwilligen oder unfreiwilligen Defektes vorher „ausgelaufen“, bevor sie ihren ostasiatischen Bestimmungsort erreichen konnten.“

Partei-Nachrichten.

Crimmitschau nach dem Streik.

Die Parteileitung für den 18. sächsischen Reichstags-Wahlkreis, zu welchem Crimmitschau gehört, einen Bericht über Stand und Tätigkeit der Partei im verflossenen Jahre veröffentlicht, aus dem der Abschnitt über Crimmitschau besonderes Interesse beansprucht, insofern er zeigt, daß auch der schwere Kampf der dortigen Arbeiter der Parteibewegung keinen dauernden Schaden zufügen konnte. Nach einem Rückblick auf den Streik heißt es in dem Bericht:

Die Crimmitschauer Genossen waren nach Beendigung des Legilarbeiterkampfes eifrig bemüht, die unhaltbaren Zustände, die durch die Schuld der Regierung und die Brutalitäten des Unternehmertums eingetreten waren, wieder zu beseitigen, gangbare Verhältnisse zu schaffen und den Zusammenschluß der Arbeiterschaft wieder herbeizuführen. Die Arbeit war erfolgreich, sie ist glänzend gelungen, trotz der Schwierigkeiten, die von gegnerischer Seite aufgebracht wurden, um Zwietracht und Haß in die Reihen der Arbeiterschaft hineinzutragen. Es war ein Lärungs-sproch, zu dessen Ausgang die Crimmitschauer Genossen, namentlich nach dem Erfolg bei der zweimaligen Stadtverordnetenwahl sich nur beglückwünschen konnten. Dieser Erfolg gewinnt noch höhere Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß durch den Domizilwechsel, der durch die Ausperrung zum Fortzug genötigten Genossen der Bestand der Parteigenossen sich um 200 Mitglieder verringerte. Auch in ihrem neuen Wirkungskreis haben die durch das Unternehmertum vom heimatischen Herde vertriebenen Genossen ihre Tätigkeit für gewerkschaftliche und parteipolitische Organisation in erfolgreicher Weise aufgenommen, um der modernen Arbeiterbewegung neue zielbewusste Kämpfer zuzuführen.

Die Crimmitschauer Genossen werden es aber verstehen, nicht nur ihren alten Bestand wieder zu erreichen, sondern die Parteiorganisation auf eine Höhe zu bringen, welche der Crimmitschauer Arbeiterbewegung einfach entspricht.

Mit besonderer Genehmigung kann konstatiert werden, daß der jetzige Abonnementstand des Parteiorgans in Crimmitschau die Ziffer vor dem Streik um über 300 übersteigt, eine sichere Gewähr dafür, daß für die Zukunft auch in dieser Beziehung nur Erfreuliches zu berichten sein dürfte.

Partei-presse. Mit dem Ausbau der „Augsburger Volkszeitung“ zu einem allgemeinen schwäbischen Parteiorgan beschäftigt sich eine Konferenz von Remptener Genossen. Der Plan wurde ausgiebig erörtert und schließlich ein Komitee gewählt, das zunächst eine Konferenz schwäbischer Genossen zur weiteren Verfolgung des Planes veranstalten soll.

Als Parteisekretär für die obere Rheinprovinz hat der Parteivorstand den vom Agitationskomitee vorgeschlagenen Genossen Adolf Hofrichter in Köln gewählt, der am 1. April seine Tätigkeit beginnen wird.

Auf den Arbeiter-Kalender für das Jahr 1905 machen wir die Parteigenossen nochmals aufmerksam. Der von der Buchhandlung Vorwärts herausgegebene Kalender ist ein praktisches, brauchbares Nachschlagebuch für alle in der politischen oder gewerkschaftlichen Bewegung tätigen Genossen. Aus dem reichhaltigen Inhalt heben wir hervor: Wie wird man ein guter Redner? Unsere toten Reichstagsabgeordneten (mit Porträts). Die Reichstagswahlen 1903. Kurze Biographien unserer Reichstagsabgeordneten. — Alkohol-Werkblatt (mit Illustrationen). — Sozialistische und Gewerkschafts-presse Deutschlands. — Adressen der deutschen Gewerkschafts-inspektoren — der deutschen Gewerkschaften — der Mitglieder der Generalkommission — der internationalen Sekretariate — der Arbeiterssekretariate. — Mitgliederzahlen und finanzielle Leistungen der deutschen Gewerkschaften. — Weibliche Mitglieder. — Portraits, Ringtabelle, Einnahme- und Ausgabe-tabelle usw. Außerdem enthält der Kalender ein vorzüglich hergestelltes Lichtdruckbild unserer Reichstags-Fraktion. Der Preis für den in gediegenem Einband gebundenen Kalender beträgt 60 Pf.

Aus der Frauenbewegung.

Brix, Donnerstag, den 23. Februar, fand die Versammlung des Frauen- und Mädchen-Vereins statt, in der Herr Stempel einen Vortrag über Arbeiter-Genossenschaftsvereine, speziell über Vaugenossenschaften hielt; man sollte ihm reichen Beifall, Diskussion wurde nicht beliebt. Die nächste Versammlung findet Donnerstag, den 23. März, statt.

Verfammlungen.

Der Mühlenarbeiter-Verein hielt seine gut besuchte General-Versammlung im Gewerkschaftshause ab. Nach dem Bericht des Vorsitzenden Sauer hat die Jahrestelle eine äußerst lebhaft Tätigkeit hinter sich. Es wurden außer den üblichen 12 Monats-Versammlungen abgehalten 76 Vertretungs- und 23 Vorstandssitzungen. Auch die Korrespondenz war eine sehr rege; es wurden gezählt 1207 Karten und Briefe als Ausgänge. Im letzten Jahre fand in einem Betriebe ein Abwehrstreik statt, welcher nach 18stündiger

Dauer zugunsten der Arbeiter beigelegt war. Im Laufe des Sommers wurden an fast alle Firmen Forderungen an Lohn, hygienische Maßnahmen, Behandlung usw. gestellt. Es gelang durch gütliche Verhandlungen mit den meisten Betrieben, tarifliche Verbesserungen für zwei Jahre abzuschließen, so daß zu hoffen ist, daß die nächste Zeit für den weiteren Ausbau der Organisation verwandt werden kann. Den Kassierenbericht gab der Kassierer Röthig, Einnahme und Ausgabe bilanzieren mit 1447 M. im letzten Quartal, davon erhielt die Hauptkasse 1237,75 M., die Gaukasse 72,85 M., die Lokalkasse 299,40 M. Die Jahresübersicht bilanziert mit 6910,25 M. Der Kassierenbericht der Jahressitzung ist am Schlusse des Jahres 724,45 M. Der Mitgliederbestand stieg von 220 auf 310. Die Fluktuation war noch verhältnismäßig bedeutend, da von 265 Neuaufnahmen nur 90 erhalten blieben. Die Diskussion der Berichte, einschließlich des des Gaudorstandes, den Prüfer erstattete, ergab das Einverständnis der Versammlung mit den Maßnahmen des Vorstandes. Gewählt wurden für die Ortsverwaltung: H. Sauer 1. Vorsitzender, Krüger 2. Vorsitzender, Röthig 1. Kassierer, Jandke 2. Kassierer, Johannsen 1. Schriftführer, Korge 2. Schriftführer, Kulisch, Altentisch, Goldacker Revisoren, Zeitungs-expedient Hirsch, Bibliothekar Thiele, Gewerkschaftskommission Ostwald und Krüger, in den Gaudorstand Prüfer als Vorsitzender, Thiele, Ribschleg, Nummerow, Schmidt, Palchow als Beisitzer. Unter Verschiedenem forderte Sauer auf, fleißig für die Vergarbeiter weiter zu sammeln, wenn auch der Streik beendet sei. Nach Erledigung einiger lokalen Angelegenheiten wird die Versammlung geschlossen.

Der Zentralverband deutscher Brauerei-Arbeiter ersucht uns um folgende Mitteilung: Nicht, wie im Versammlungsbericht steht, mit einer Brauerei in Grünau wurde ein Lohnvertrag abgeschlossen, sondern: „Durch den Umstand, daß sämtliche Kollegen unserem Verbande angehören, ist es uns gelungen, mit dem Münchener Brauhaus, Abteilung Malzfabrik Spanbau, einen Tarifvertrag abzuschließen, welcher den Beteiligten eine Lohnerhöhung, Bezahlung der Sonntags- und Feiertagsarbeit und noch andere Verbesserungen zusichert. Der Brauerei Norddeutsches Brauhaus in Grünau bei Berlin, welche ihr Produkt ausschließlich in Berlin absetzt und wo ebenfalls organisierte Kollegen beschäftigt sind, wird in allernächster Zeit ein Lohnvertrag vorgelegt werden.“

Marktpreise von Berlin am 25. Februar. Nach Ermittlungen des (gl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Zentner: Weizen**, gute Sorte 17,60—17,56 M., mittel 17,52—17,48 M., geringe 17,44—17,40 M. Roggen**, gute Sorte 13,90—13,88 M., mittel 13,86—13,84 M., geringe 13,82—13,80 M. Futtergerste**, gute Sorte 16,40—15,10 M., mittel 15,00 bis 13,70 M., geringe 13,60—12,40 M. Hafer**, gute Sorte 16,20—15,50 M., mittel 15,40—14,70 M., geringe 14,60—14,00 M. Erbsen, gelbe, zum Roden 45,00—30,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00—30,00 M. Linen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 10,00—8,00 M. Weizen 4,65—4,16 M. Haer 9,80—7,40 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,00 M. Eier per Schaf 5,00—3,60 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 26. Februar. Elbe bei Hufsig + 0,99 Meter, bei Dresden — 0,97 Meter, bei Magdeburg + 1,70 Meter. — Unstrut bei Staßfurt + 1,40 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,22 Meter, bei Breslau Oder + Pegel + 5,12 Meter, bei Breslau Unter + Pegel — 0,62 Meter, bei Frankfurt + 2,10 Meter. — Weichsel bei Braquemünde + 3,19 Meter. — Saale bei Bosen — Meter. — Rega bei Ulf + 1,46 Meter.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler Heinrich Steffen am Freitag, den 24. Februar verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Dienstag, den 28. Februar, nachmittags um 3 Uhr von der Leichenhalle der Marias-Gemeinde in Wilhelmshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 80/30 Die Ortsverwaltung.

Todes-Anzeige. Am 25. Februar 1905 verschied an der Lungentuberkulose mein lieber Mann, unser innigst geliebter Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der Tapezierer und Dekorateur Wilhelm Friedrich Pahlke im 57. Lebensjahre. 25876 Die Beerdigung findet morgen, Mittwoch, den 1. März, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der Christus-Gemeinde in Marienhof aus statt. Witwe Minna Pahlke, Willy Pahlke.

Dankfagung. Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, sowie für die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes sagen allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie dem 640. Bezirk des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises unseren herzlichsten Dank. 22152 Franziska Glaser nebst Tochter.

Dankfagung. Für die uns beim Hinscheiden unseres lieben Walter Mengel in so reichem Maße erwiesene herzliche Teilnahme sagen wir allen Freunden, Bekannten und seinen Kollegen in den Firmen B. Gurkt und G. Sedstein unseren tiefgefühltesten Dank. 25615 Die trauernden Hinterbliebenen.

Orts-Krankenkasse der Strumpfwirker. Bekanntmachung. Die in der Generalversammlung vom 24. November 1904 beschlossenen Änderungen des Statuts sind vom Bezirksausschuss genehmigt und treten mit dem 1. März d. J. in Kraft. Das neuerevidierte Statut wird den versicherungspflichtigen Mitgliedern nach Drucklegung durch die Arbeitgeber überreicht. Die Freizahlenden erhalten dasselbe im Kassenslokal. 270/17 Der Vorstand.

Hygienische Artikel. Sanitäre Bedarfsartikel, Gummihandschuhe etc. v. Prof. und Aerzten vielfach empfohlen. Apotheker S. Schwelzer's Fabrik hygienischer Präparate, Berlin O. 27. Holzmarktstr. 70.

Masken-Garderobe (größt. Verleihschäft d. Ostens). Kostüme für Herren und Damen, einfachste bis eleganteste. Billige Preise. Kostüm „Freiheit“ am Lager. Frau Schulze, F. Struck, Frankfurter Allee 33. Vorzeiger d. Kaiserl. 10 %, Rab.

Restaurant Wilh. Burg, Lindenstr. 3, 2. Hof parterre empfiehlt sein 21642 Großes Vereinszimmer (bis 120 Personen) für Werkstatte-Versammlungen und Vereine. Vorzügliche Speisen und Getränke. 5 3/4 Pfund Brot 50 Pf. (Brotware 6 Stk. 10 Pf.) Albrechts Bäckereien: Drangelsir. 135, Kraußstraße 19, Goldschneidstr. 28, Kaufstr. 12, Marktstraße Bäckerstr., Stand 222/23, Marktstraße Andreasstr., Stand 16/18. Centrale: Vorghagenstr. 13. *

Arbeiter! Raucht 20961* Malinda-Zigarren! Vertreter: S. Rund, Marsillusstr. 23.

Würzburger Hühneraugenmittel von Dr. H. Unger-Würzburg. — 20 Pf. In Berlin: Salomon-Apothek, Charlottenstraße. Greif-Apothek, Barnimsir. 33. In Breslau: 16371* Victoria-Apothek, Friedr. Wilhelmstr. 34. Wer-Stoff-hat, fertige Herrenanzug, 20 M., ohne Konfurrenz, feinste Zutat, 2 Anpr. Für guten Stoff belam gold. Bedaße. Ludwig Engel, Prenzlauerstraße 23, II. (Magdalenplatz). — Begründet 1892. 10632*

Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Gr. u. H. Festale, mit u. ohne Theaterbühne, auch an Sonnabenden und Sonntagen noch frei. — An den Osterfeiertagen ist der große Saal mit Bühne zur Kallineer zu vergeben. Ferner empfehlen wir unsere 8 Vereinsräume.

Kranz- und Blumenbinderei von Robert Meyer, nur Mariannen-Straße 2. Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Kränzungen, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert.

Lachmann & Scholz Turm-Straße 76. Warenhaus. Otto-Straße 1. Selten vorteilhafte Angebote soweit die Vorräte reichen: Ein Posten Reinseidene Taffel-Façonné-Bänder Mtr. 48 Pf. | Ein Posten Seidene Passen u. Tüllspitzen-Resle, in enormer Auswahl 15 Pf.—165 Leinen- und Baumwollwaren. Züchen, Prima-Qualität . . . Mtr. 45 Pf., 32 Pf., 28 Pf. Inlett, glatt und gestreift. . . Mtr. 80 Pf., 68 Pf., 48 Pf. Linon, für Bettbezüge . . . Mtr. 45 Pf., 35 Pf., 29 Pf. 130 cm 82 cm breit Dimiti, für Bettbezüge . . . Mtr. 95 Pf., 58 Pf. 130 cm 82 cm breit Damast, für Bettbezüge . . . Mtr. 1,05 68 Pf. Hemdentuch, beste Marken. . Mtr. 35 Pf., 24 Pf., 18 Pf. Hausmachertuch, 130 cm breit, für Betttücher Mtr. 75 Pf., 62 Pf. Taschentücher. Ein Posten Garantiert Rein-Leinen mit kleinen Webefehlern 1/2 Dutzend . . . 148, 98 Pf. Linon-Tücher, Pa. Qualität, 1/2 Dutzend 95 Pf., 68 Pf., 48 Pf. Engl. Batisttücher mit echtfarbiger Kante, 1/2 Dutzend 78 Pf. Batisttücher mit Buchstaben u. Hohlraum, Stück 25 18 Pf. Ferner machen wir auf folgende Gelegenheitsposten, die vom 1. März zum Verkauf gelangen, aufmerksam: Herren-Kragen, Marke „Enorm“, Pr. 4 fach, Jede Façon . . . Stück 19 Pf. | Ein Posten Damen-Hemden, Wert bis 3,— Stück 1,35 Damen-Tüdel-Schürzen, richtige Größe . . . Stück 19 Pf. | Ein Posten Kinder-Hänger, coul., jede Größe, Wert bis 2,50 Stück 95 Pf. und anderes mehr. Dienstag, den 28. Februar, Mittwoch, den 1. März, Donnerstag, den 2. März, geben wir doppelte Rabattmarken.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Ost).

Dienstag, 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in Docters Gesellschaftshaus, Weberstr. 17:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Genossen **Paul Singer** über: „Die politische Lage“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt. — Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlreichen Besuch erwartet. 242/14*

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Am Dienstag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Artus-Hof“, Perlebergerstraße 26:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadtverordneten **Dr. Karl Liebknecht**

über: „Justiz und Arbeiterbewegung“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der überaus zeitgemäße Behandlungspunkt berechtigt gewiß die Erwartung auf recht starke Beteiligung an dieser Versammlung. Auch Gäste — sowohl Damen wie Herren — haben Zutritt. 246/3*

Achtung! Achtung! An alle in städtischen Betrieben Arbeiter und Unterangestellten!

beschäftigten

Mittwoch, den 1. März, abends pünktlich 8 1/2 Uhr, in **Kellers Festhölle**, Stoppenstr. 29:

Große öffentliche Versammlung aller in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter usw.

Tages-Ordnung:

- Das Verhalten der Stadt Berlin gegenüber den Lohnforderungen der städtischen Arbeiter. Referent: Gewerkschaftsführer **E. Dittmer**.
- Diskussion.
- Die geplante Neuregelung des Ruhegeldes. Referent: Stadtverordneter **H. Schubert**.

Magistrat und Stadtverordnete werden eingeladen! Jeder agitiere für diese Versammlung!

257/3

Zentral-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin und Umgegend.

Bureau: **Engel-Ufer 15, Zimmer 32.** Fernsprecher: Amt 4, Nr. 2789.

Mittwoch, den 1. März, abends 8 Uhr, bei **Buggenhagen** (am Moritzplatz):

Große allgemeine Mitglieder-Versammlung aller Bezirks-Zahlstellen Berlins und der Vororte.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **E. Bernstein** über: „Die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung“. 2. Diskussion. 254/11

Wir richten an alle im Lohngebiet beschäftigten Verbandsmitglieder des dringende Ersuchen, bestimmt zu erscheinen.

Achtung! Maurer. Achtung! Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Den Kollegen zur Nachricht, daß mit dieser Woche die Beitragszahlung beginnt, die Beiträge werden in sämtlichen Zahlstellen Sonnabends von 8-10 Uhr und im Bureau Sirtenstraße 20 entgegengenommen. Arbeitslose Kollegen, welche länger als drei Tage in der Woche arbeitslos sind, sind von jedem Beitrag befreit, müssen sich jedoch in den Arbeitslosen-Block in den Zahlstellen an einem der letzten drei Tage der Woche eintragen.

Die Zahlstelle **Oranienburger Vorstadt** befindet sich von jetzt ab **Schlegelstraße 9** bei **W. Dams**.

Die Zahlstelle **Charlottenburg** befindet sich von jetzt ab **Wismarstraße 34** bei **Wernicke**.

259/10

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Mittwoch, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, im „**Rosenthaler Hof**“, Rosenthalerstr. 11/12:

Versammlung der Chirurgischen Branche.

Tages-Ordnung: 1. Unser Verbandstag in Leipzig. Referent: Kollege **Cohen**. 2. Diskussion. 3. Bericht der Branchenvertretung und Beirath derselben. 4. Wahl der Revisionskommission. 5. Bericht der Arbeitsvermittler und Beirath derselben. 112/13

Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Achtung! Bauarbeiter! Achtung!

Die **Jalousie-Arbeiter** liegen seit dem 27. d. Mts. im Streik. — Arbeitsberechtigt ist nur, wer eine gelbe Erlaubniskarte mit Stempel besitzt. 50/18

Die Kommission der Jalousie-Arbeiter.

Wir empfehlen: 233/10*

Fritz Reuters Werke.

Einzel-Ausgaben:

- Reiß- und Belling-Kein Dünnung Brosch. je 40 Pf.
- Hanne Rüte geb. je 60 Pf.
- Woand ist tan 'ne Frau kann — Ut de Französisch geb. je 60 Pf.
- Vollerebend-Gebichte und Lustspiele (in allen bisherigen Ausgaben der Werke nicht enthalten) Brosch. je 60 Pf.
- Lustspiele in Rimels, 2 Teile geb. je 1,- M.
- Ut mine Festungstid Schurr-Murr Durchläutung Montecchi an Capulet geb. je 1,- M.
- Ut mine Stromtid Brosch. 1,40 M., geb. 2,- M.

Ferner: Fritz Reuters ausgewählte Werke in 9 Bänden, in 2 Reihenbänden geb. 3,50 M. (Inhalt: Biographie, Lustspiele in Rimels, Hanne Rüte, Französisch, Festungstid, Stromtid.) Fritz Reuters sämtliche Werke in 18 Bänden, nebst Lexikon. In 4 Reihenbänden geb. 6,- M. In 4 Halbzeambänden geb. 9,50 M. Eine Luxusausgabe auf bestem Papier in 4 hoch-eleganten Leder-Heft-Heftbänden 12,50 M. Zu beziehen durch

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68
Lindenstraße 69, Laden.

Inventur-Räumungs-Preise!

Gardinen

- abgepasste Fenster, weis und crème
- Shawllänge pro 3 Mtr. Fstr. M. 2,50
- Shawllänge pro 3,20 Mtr. Fstr. M. 3,35
- Imit. Point-lace Gardinen, pr. Fstr. M. 5,85
- Eleg. Sezessions-Tüll-Stores M. 1,05
- Gestickte echte Spachtel-Stores M. 5,65
- Goldfarb. reichgestickte Band-Stores M. 4,35
- Tüllbettdecken 160/220 cm. M. 2,35
- Reichgest. Erbstüllbettdecken M. 5,85
- Teppich-Spezial-Haus

Emil Lefèvre

Berlin Oranien-Straße 158.
Nachauswärts per Nachnahme.
Inventur-Extraktliste gratis und u. Katalog mit ca. 600 Illustrat. franko

Ostseebad H. Wirtsch. Hans, Stall, maffis, 3/2, Worg. Gartenl. bill. g. ver. Nr. 3500, Mühl. Stendalerstr. 15 (Buckladen).

Gemeinschaftliche Versammlung der zentralisierten Steinseher Groß-Berlins.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Schlichtungskommission über die Tarifverhandlungen mit den Innungen. 2. Unterbreiten wir den Arbeitgebern weitere Forderungen? 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 174/3

Arbeitervertreter-Verein Berlin.

Donnerstag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr: **Versammlung** im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit der Schlichtungs-Kommission für Arbeiter-versicherung. Berichtsteller: Kollege **C. Albrecht**. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 58/3

Gäste haben Zutritt. NB. Den Schlichtungs-Kommissionen wird es besonders zur Pflicht gemacht, vollständig zu erscheinen. — Um pünktliches Erscheinen ersucht. Der Vorstand. H. A. F. Pieschel.

V. Wahlkreis.

Dienstag, den 28. Februar 1905, abends 8 Uhr:

Volks-Versammlung

im Alten Schützenhause, Diniestr. 5.
Tages-Ordnung: 1. Zur Landarbeiterfrage. Referent: Vorkämpfer Genosse **Schmidt** aus Sonnenburg. 2. Diskussion. 3. Parteiangelegenheiten. 4. Verschiedenes. Für zahlreichen Besuch der Versammlung ist zu agitieren. Die Vertrauensleute. 245/3

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr, bei **Habel, Bergmannstraße 5-7:**

Vertrauensmänner-Versammlung.

Osten u. Nordosten: bei **Mann, Straußbergerstr. 3.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Obleute. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes. 60/17

Jede Werkstatt muß vertreten sein. Mitgliedsbuch und Karte legitimiert.

Südosten: bei **Hass, Mantuffelstr. 95.**
Tagesordnung: 1. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 2. Verschiedenes. In dieser Versammlung werden die Vertrauensmännerkarten für 1905 ausgegeben.

Westen und Süd-Westen: bei **Habel, Bergmannstr. 5-7.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Bericht der Werkstatt-Vertrauensleute. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes. Die Kollegen der Werkstatt von **Friedrich, Herstraße**, und die Kollegen, welche auf der **Handelsbank, Dorothien- und Universitätsstraße** gearbeitet haben, sind zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Süden: bei **Glesing, Wassertorstr. 68.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Moabit: bei **Bräuschke, Putzstr. 10.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauensmänner. 2. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Wedding und Gesundbrunnen: bei **Herrn Raabe, Kolbergerstr. 23.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensmänner. 2. Verbands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei **Wernau, Schwedterstr. 22-24.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission und der Vertrauensmänner. 2. Verbands-Angelegenheiten. In dieser Versammlung werden die neuen Vertrauensmännerkarten ausgegeben.

Drechsler.

Osten: bei **Krause, Roppenstraße 41.**
Norden: bei **Dietrich, Brunnenstraße 41.**

Südosten und Westen: bei **Stramm, Ritterstraße 123.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstatt-Differenzen. 3. Verbands-Angelegenheiten. Jede Werkstatt muß vertreten sein, auch die in Tischlereien beschäftigten Drechsler haben einen Delegierten zu entsenden.

Bezirk Friedrichsberg: bei **Wildner, Fiedrichsstraße 11.**
Tagesordnung: 1. Bericht des Obmanns. 2. Verbands-Angelegenheiten. (Besonders: Wie stellen sich die Kollegen zur Einführung der Kranken-Unterstützung?) 3. Werkstatt-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Stellmacher: bei **Pfeffer, Rosenthalerstr. 57.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes. In Anbetracht der Wichtigkeit ist es notwendig, daß jede Werkstatt vertreten ist. Die Kommission.

Stoll- und Celluloid-Arbeiter: bei **Bareinz, Bräudenstr. 7.**

Bilderrahmenmacher

bei **Ladewig, Alte Jakobstr. 83.**
Kommissionsführung der Parkettleger mit Vertrauensleuten
abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Die Kollegen der Firma **Louis Heine** werden ersucht, ihren Vertrauensmann zu entsenden.
Wegen einer wichtigen Besprechung müssen sämtliche Firmen vertreten sein.
Der Obmann.

Brande der Modell- und Fabrikfischer sowie Drechsler.

bei **Dieke, Ackerstraße 123.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission sowie Vertrauensleute. 2. Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes. Die Kommission.

Perlmutter-Horn- und Stein- und Knopfabriker.

Dienstag, den 28. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Zaal 8), Engel-Ufer 15:
Branchen-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Langhammer** über: „Tarifvertrag“. 2. Diskussion. 3. Wahl der Kontrollkommission. 4. Verschiedenes.
Donnerstag, den 2. März, abends 8 1/2 Uhr, bei **Keller, Roppenstraße 29:** 6/2

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung: Gleichwohl eines Besizers und Neffers. Wahl eines neuen Arbeitsvermittlers. Stellungnahme zum Gewerkschaftslosgang und Wahl eines Delegierten zu demselben. Verbandsangelegenheiten.
Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Möbel-Fabrik u. Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen

zu Fabrikpreisen — Eigne Werkstätten — empfiehlt
Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbuser Tor.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Fünfter Wahlkreis. Heute, Dienstag abend 8 Uhr, spricht Genosse Vorsitzender Schmidt aus Sonnenburg im Allen Schützenhaus, Lindenstr. 5, in einer Volksversammlung über die Landarbeiterfrage. Zahlreichen Besuch erwarten Die Vertrauensleute.

Schöneberg. Heute, Dienstag abend findet im Dörschen Saale, Weiningerstr. 8, die Versammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Mollenhuth, außerdem wichtige Vereinsangelegenheiten. Die Mitglieder werden deshalb ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Rosowes-Neudorf. Der Wahlverein hält Mittwoch bei Hiemke, Wallstr. 55, seine Versammlung ab. Genosse Bagel spricht über die preussische Volksschule. Auch steht die Ratseier auf Tagesordnung.

Lokales.

Vom Gesundheitswesen im neuen Stadthaushalts-Etat.

Es wird ja besser werden — mit diesem Trost suchte in der ersten Lesung des Stadthaushalts-Etats der Oberbürgermeister die Ungeduldigen zu beschwichtigen, die wieder auf die oft beklagten Mängel unseres städtischen Gesundheitswesens hinwiesen. Und früher war es sogar noch viel schlechter — mit solchem Argument glaubte er die Kritik entkräften zu können, die von sozialdemokratischer Seite erneut an der standalösen Rückständigkeit dieses Zweiges unserer Gemeindeverwaltung geübt werden mußte.

Der Bevölkerung, die unter der Unzulänglichkeit der Krankenhäuser, Hospitäler usw. zu leiden hat, wird mit dem Hinweis auf das Früher und das Später nicht geholfen. Auch die pompösen Zahlen, die man aufmarschieren läßt, ändern nichts an der Tatsache, daß schwer Kranke Personen manchmal in keinem Krankenhaus Aufnahme finden, daß Genesende viele Wochen auf die dringend notwendige Ueberweisung an eine Heimstätte warten müssen, daß siechen Arbeitsinvaliden sich erst spät die Hospitäler als Zufluchtsstätte öffnen. Die Siedepflege rechnet man übrigens in Berlin noch gar nicht zum Gesundheitswesen, sondern noch immer zum Armenwesen, wie ja auch die öffentliche Krankenpflege nach freisinniger Auffassung nicht als eine im Gemeininteresse liegende Sonderaufgabe der Kommune zu betrachten ist, sondern immer noch als ein Stück Armenpflege gilt.

Im Jahre 1905 sollen für das gesamte Gesundheitswesen 10 316 248 M. ausgegeben werden, 594 622 M. mehr als im Vorjahre. Einnahmen werden in Höhe von 3 306 797 M. erwartet, es sind also 7 009 451 M. aus dem Stadtbudget zuzuführen. Von den Ausgaben kommen auf „Krankenpflege“, d. h. auf die Heilanstalten für körperlich oder geistig Kranke, allein 8 825 848 M., dagegen auf „Gesundheitspflege“, d. h. auf Heimstätten, Badanstalten, Desinfektionsanstalt usw., nur 1 490 400 M. Neues ist hier nicht viel zu melden. Will man Fortschritte suchen, so muß man in der Tat seinen Blick in die Zukunft richten. Das neue große Krankenhaus an der Seestraße soll mal eröffnet werden, die neue Irrenanstalt in Buch desgleichen. Erfreulich ist, daß wenigstens die neue Heimstätte in Buch endlich in dem Etat erscheint; sie soll im April fertig sein. Damit werden die Heimstätten auf dieselbe Zahl vermehrt, die die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion schon vor acht Jahren für notwendig erklärt hatte. Das „Sofort“, das damals die Sozialdemokraten forderten, wurde von der freisinnigen Mehrheit in ein „Valdmöglichst“ abgeschwächt.

Fortschritte anderer Art sind nicht zu bemerken. Was soll man auch erwarten von einer Verwaltung, die mehr noch als andere Gebiete unseres städtischen Gemeinwesens in Stagnation stecken geblieben ist, weil es ihr an einer Leitung fehlt, die ihrer Aufgabe gewachsen wäre. Wir haben kürzlich eine Stimme aus Hochtreifen mitgeteilt, die die alte Forderung der Sozialdemokraten, dem städtischen Gesundheitswesen einen bedolenden Leiter von hervorragender Leistungsfähigkeit zu geben, durchaus unterstützt. Erst von einer solchen Reform kann erwartet werden, daß neben bloßer Krankenheilung auch die vorbeugende Gesundheitspflege mehr als bisher ausgestaltet wird.

Neue Friedhofsanlagen.

Die Friedhöfe Berlins, selbst die neuangelegten, vermögen auf die Dauer bei weitem nicht die reiche Loheserte zu bergen. Für die städtischen und kirchlichen Körperschaften ergibt sich nun die dringende Aufgabe, in den nächsten Jahren neue Friedhofsanlagen zu schaffen. Abgesehen von den außerordentlich hohen Grundstückspreisen dürfte es kaum möglich sein, in Berlin und den meisten Vororten für diese Zwecke große Bodenflächen zu erwerben. Die Feuerbestattung würde die schnellste und beste Lösung der immer schwieriger werdenden Friedhofsfrage herbeiführen. Doch bei der Herrschaft des Materialismus ist die Einführung der gesetzlichen und obligatorischen Leichenbestattung in absehbarer Zeit ausgeschlossen. Die Stadtynode Berlins beabsichtigt schon seit längerer Zeit den Ankauf eines großen Geländes zur Anlage eines Zentral-Friedhofes. In Aussicht genommen sind große Ländereien der Feldmark Babsdorf feinstwärts von Bernau. Das Gelände ist von der Synode näher untersucht worden und die Bohrungen sind befriedigend ausgefallen. Die Schwierigkeit dieses Problems liegt in dem Transport der Leichen und der Leidtragenden, da die Entfernung des projektierten Geländes von Berlin 26 Kilometer beträgt. Die Elektrizitätsgesellschaft vorm. Lahmeyer u. Co. Frankfurt a. M. plant nun die Anlage einer elektrischen Kleinbahn, beginnend an der Brenzlauer Chaussee, an der Abzweigung der großen Berliner Straßenbahn, nach Neu-Weißensee über Heinersdorf, Franz, Buchholz, Schönerlinde, Schönwalde und Babsdorf. Die beteiligten Gemeinden werden ersucht, diesem Unternehmen ihre prinzipielle Genehmigung zu geben. Da die Bahn auch dem allgemeinen Verkehr dienen soll, werden diese Gemeinden ihre Einwilligung zweifellos erteilen. Eine Kapitalbeteiligung, wie die Gesellschaft sie wünscht, werden die Gemeinden erst näher zu prüfen haben. Die Synode hätte in erster Reihe die Pflicht, das Unternehmen finanziell zu fördern.

Der von der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzte Ausschuss zur Regelung der Gehaltsverhältnisse des Lehrpersonals an den höheren Lehranstalten und höheren Mädchenschulen, sowie zur Erhöhung der Mietsentschädigung der in Gemeindefunktionen beschäftigten Lehrkräfte hatte sich am Montag mit obigen Fragen zu beschäftigen.

Der Ausschuss beschloß:

I. Die Pflichtstunden der Direktoren an den städtischen Gymnasien, Realgymnasien und Oberrealschulen vom 1. April wöchentlich auf 10 Stunden festzusetzen. Der Magistrat wird ersucht, diese Stundenzahl auch auf die Direktoren der Realschulen auszu dehnen. II. Für die Oberlehrer der höheren Lehranstalten wurde folgende Befoldungsordnung beschlossen:

- 1. Anfangsgehalt 2400 M., steigend auf 5300 M., nach 21 Dienstjahren zu erreichen.
2. Wohnungsgehaltszuschuß 900 M. jährlich, welcher mit dem vollen Betrage anzurechnen ist.
3. Eine feste Extra-Zulage von 900 M. mit je 300 M. jährlich zahlbar nach 9, 12 und 15 Dienstjahren.

Die Oberlehrer werden sonach nach 21 Dienstjahren 7100 M. insgesamt beziehen. III. Für die Gefanglehrer wurde folgende Gehaltskala festgesetzt: Anfangsgehalt 2400 M., Höchstgehalt 4200 M., zu erreichen nach 24 Dienstjahren in 6 Steigerungen nach je 4 Jahren um 300 M.

Für die Zeichenlehrer soll das Gehalt betragen: Anfangsgehalt 3000 M., Höchstgehalt 4800 M., zu erreichen vom Tage der definitiven Anstellung im städtischen Schuldienste ab nach 24 Dienstjahren in 6 Steigerungen a 300 M.

IV. Die Zahl der wöchentlich zu erteilenden Pflichtstunden der ordentlichen Lehrer an den städtischen höheren Mädchenschulen und Realschulen und der Vorleserlehrer an den Gymnasien, Realgymnasien und Ober-Realschulen wird vom 1. April 1905 wie folgt festgesetzt: a) Bis zum 23. Dienstjahre auf 28 Stunden. b) Von da ab bis zum vollendeten 31. Dienstjahre auf 24 Stunden. c) Von da ab auf 22 Stunden. Die Ermäßigung beträgt circa 2 Stunden pro Woche.

Die gesamten Mehrausgaben werden jährlich rund 145 000 M. betragen.

Die Beschlüsse des Ausschusses wurden mit großer Mehrheit nach längerer Debatte gefaßt.

Die Petition der Lehrer an den höheren Mädchenschulen um bessere Regelung der Gehaltssteigerungen soll dem Magistrat zur Erwägung überwiesen werden.

Dann vertagte sich der Ausschuss; derselbe hat sich in der nächsten Sitzung mit der Erhöhung der Mietsentschädigung für die Gemeindefunktionäre und Lehrerinnen zu beschäftigen.

Hierzu liegen bereits Anträge vor:

1. Der Antrag unserer Genossen: „Den Magistrat zu ersuchen, eine angemessene Erhöhung des Grundgebalts der Gemeindefunktionäre und Lehrerinnen vorzunehmen und der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zu machen.“

2. Antrag Wallach: „Die Erhöhung der Mietsentschädigung nur den Lehrern und Lehrerinnen zuteil werden zu lassen, welche im Gemeindebezirk Berlin wohnen.“

An ihre Pflicht erinnert werden die Berliner Hausbesitzer durch die Deputation der städtischen Gaswerke. Am 29. Januar d. J. hat bekanntlich in dem Hause Handelsstr. 21 eine Gasexplosion stattgefunden, welche den Tod einer Person und schwere Verletzungen einer anderen zur Folge hatte und eine schwere Beschädigung der betreffenden Baulichkeiten sowie eine Verwüstung der inneren Einrichtung des Hauses mit sich geführt hat. Die Explosion ist, soweit sich der Sachverhalt noch ermitteln ließ, auf den Durchbruch des gußeisernen Verbindungsdrahtes zwischen der Straßen- und Hausleitung zurückzuführen.

Bereits im Frühjahr 1904 hat die Deputation der städtischen Gaswerke nach einem ähnlichen Unglücksfall eine öffentliche Aufforderung an die Hausbesitzer gerichtet, die gußeisernen Rohre gegen solche von Schmiedeeisen auszuwechseln. Diese Aufforderung hat leider bei den Hausbesitzern die verdiente Beachtung nicht gefunden.

Unter Hinweis auf die folgenreichere Explosion in der Handelsstraße wiederholt nunmehr die Deputation der städtischen Gasanstalten ihre Aufforderung und ersucht die beteiligten Hauseigentümer nochmals dringend, unverzüglich die Auswechslung der gußeisernen Rohre gegen Schmiedeeisen bei der zuständigen Revierinspektion zu beantragen. — Die nicht erheblichen Kosten der Auswechslung fallen den Hausbesitzern zur Last, da sie zur Unterhaltung der ihnen gehörigen Verbindungsrohre verpflichtet sind. — Sollte dieser wiederholten Aufforderung seitens der betreffenden Hausbesitzer nicht entsprochen werden, so behält sich die Deputation der städtischen Gaswerke weitere Maßnahmen gegen die Säumnigen vor.

Die Direktion der Armenspeisungsanstalt hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Küchen bis zum 15. März geöffnet zu halten. Ein weitergehender Antrag unseres Genossen Hynke, bei der herrschenden Teuerung bis zum 1. April zu kochen, konnte nicht berücksichtigt werden, da nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen. Für den nächsten Winter ist die Kochperiode vom 1. Dezember bis 1. April festgesetzt, da die Stadtgemeinde den Zuschuß zu erhöhen beabsichtigt.

Nachklänge von der Schloßplatz-Verbreiterung der 90er Jahre enthält eine der Stadtverordneten-Versammlung zugegangene Vorlage, betreffend die für Erwerb von Straßenland auf Grund von Entschädigungsbeschlüssen oder richterlichen Entscheidungen in letzten Quartalen vorigen Jahres gezahlten Beträge. Von der Gesamtsumme, 143 542 M., entfallen rund 22 690 M. auf die Entschädigung der Eigentümer des Hauses Schloßplatz Nr. 10, die Güntherschen Erben. Der Erwerb des 120 Quadratmeter großen Grundstücks war gegen Ende 1894 von den Stadtverordneten beschlossen worden. Die Eigentümer forderten 350 000 M.; das Polizeipräsidium billigte ihnen 155 501 M. zu. Im Klagewege ermächtigte die Eigentümer ihre Forderung auf 247 565 M. Das Kammergericht entschied dahin, daß die Stadt noch 17 288 M. nebst Zinsen, zusammen 173 880 M., zu zahlen habe. Infolgedessen hatte die Stadt noch 22 689 M. an die Erben zu entrichten.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer außerordentlichen Sitzung am Dienstag u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Berichterstattung über die Vorlagen betreffend den Borentwurf für die Neubauten des Friedrichs-Vereins-Gymnasiums und einer Gemeinde-Doppelschule in der Buchenerstraße — sowie Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. — Vorlagen betreffend den Erwerb von Terrain zur Verlegung des Druckrohrs in der Gemarkung Nieder-Schönhausen, die Abänderung der Baufluchtlinie an der Südseite der Fruchtstraße vor den Grundstücken 8 bis 10 und den Verkauf von Straßenland an den Postkassas, — die Bewilligung der für Erneuerungs- usw. Bauten in den Markthalen erforderlichen Mittel aus dem Erneuerungs- und Ergänzungsfonds der Markthalen; — Berichterstattung über die Vorlage betreffend die Frage, in welcher Weise die drohenden Ausfälle im Stadthaushaltsetat gedeckt werden können. — Vorlagen betreffend die Wahl von sieben Stadtverordneten für die Vollzählungs-Kommission, — die Erweiterung des Pöfelteilers im Rühlhause auf dem Schlackthofe, — die Festsetzung von Einheitspreisen für die Erstattung der Waisenpflegelosten durch die Unterhaltungsanstalten, — Bewilligung von Mitteln zur Förderung einer Ausstellung der Standinhaber in der Zentral-Markthalle. — Berichterstattung betreffend die Wahl von fünf Bürgerdeputierten in die Deputation für die städtischen Fach- und Fortbildungsschulen, eines Bürgerdeputierten für die Armenverwaltung und der Sachverständigen für die Abschätzung der eventuell zu bewirkenden Landlieferungen des Stadtkreises Berlin.

Die Befehung des Branddirektors Giersberg findet heute vormittag um 11 1/2 Uhr auf dem alten Jakobikirchhofe am Rölling in Hixdorf statt. Vorher findet in der Turnhalle der Hauptwache Lindenstraße 40, wo die Leiche aufgebahrt ist, eine Trauerfeier statt.

Der Räuber in Uniform, der die Fahrkartenverkäuferin Hedwig Effenberg auf dem Bahnhof Zoologischer Garten zu berauben versuchte, ist in dem 34 Jahre alten früheren Schaffner Carl Schönborn ermittelt, der auf dem Bahnhof Potsdamer Platz bis zum 1. d. M. angestellt war. In seiner Eigenschaft als Schaffner verkehrte er in manchen Kreisen und war auch bei den Droschkentuschern unter dem Namen Schönrod bekannt. Ein Droschkentuschler sah den vermeintlichen Schönrod zu der Zeit des Raubankalles in der Kurfürstenstraße ohne Mühe laufen und teilte seine Wahrnehmung der Charlottenburger Kriminalpolizei mit. Kriminalinspektor Krause hatte sich inzwischen eine Liste der entlassenen Beamten verschafft, um an der Hand dieses Verzeichnisses die einzelnen auf die Täterschaft zu prüfen. Darin fand er Schönborn. Als man seine Wohnung bei einer Witwe S. in der Wallasstraße 5 ermittelt hatte, war er unangemeldet verzogen. Auch mit Hilfe seiner Frau und der Verwandten wurde überall nachgesucht, Schönborn aber nicht gefunden. Daher ist seine Verhaftung noch nicht gelungen.

Eine Protestversammlung der Theaterdirektoren Berlins gegen die geplante Billetsteuer fand am Sonntag, unter dem Vorsitze des Direktors Löwenfeld vom Schiller-Theater, im Metropol-Theater statt. Der Vorsitzende bezeichnete die Billetsteuer als der Reichshauptstadt unzulässig, während andere Städte ihre Theater subventionieren, ihnen meist postfrei die Theatergebäude überlassen, habe die Gemeinde Berlin bisher keinen Pfennig zur Förderung der dramatischen Kunst ausgegeben und wolle nun gar noch durch Sondersteuern den Theaterbesuch erschweren. Die Direktoren seien außer Stande die Mehrbelastung zu tragen und müßten sie auf das theaterbesuchende Publikum abwälzen. Es müsse mit allen Mitteln dahin gewirkt werden, daß die Stadtverordneten erst Sachverständige über die Wirkung dieser Steuer hören, ehe sie zu deren Einführung schreiten. In der Debatte wurde die im Roten Hause laut gewordene Ansicht, als handle es sich bei der Billetsteuer hauptsächlich um eine „Fremdensteuer“, für durchaus unrichtig erklärt. Die Mehrzahl der Theater seien auf die Berliner Theaterbesucher angewiesen. Beschlossen wurde, an die Stadtverordneten-Versammlung eine Petition gegen die geplante Besteuerung des Theaterbesuchs zu richten und durch Veranstaltung einer Protestkundgebung in einer Volksversammlung die weitesten Schichten der Bevölkerung für die Frage zu interessieren.

Das verdächtige Hemd. Der Polizeipräsident teilt mit: Am 26. Februar in früher Morgenstunde ist auf dem Treppenaufgange eines Hauses der Friedrichstraße in der Nähe der Leipzigerstraße ein altes, weisseleines, mit vielen frischen Blutflecken versehenes Herrenhemd gefunden worden. Als Wäschezeichen ist in demselben ein blau-weißer Wollenfaden eingewoben. Born am Bund sind in gotischer Schrift die Buchstaben L. M. rot eingestickt. Die Halsprobe ist ausgefranst. Der Eigentümer des Hemdes oder die Art, wie dasselbe an die Fundstelle gelangt ist, hat sich bisher nicht ermitteln lassen. Da es nicht unwahrscheinlich erscheint, daß das Hemd mit einer Straftat, vielleicht einer Schlägerei, in Zusammenhang zu bringen ist, wollen Melodosenzonen oder Personen, die näheres zur Sache angeben können, sich in den Vormittagsstunden im Polizeipräsidium, Zimmer 249 melden.

Das Gerücht von einem Lufterd ist gestern auch von uns registriert worden. Wie wir erwähnten, liegen Tatsachen dem Gerücht nicht zugrunde. Es hat mit der Angelegenheit folgende Bewandnis: Die achtjährige Tochter des in der Bremerstr. 23 wohnenden Antifers Dietrich war am Sonnabend nachmittag nach der Straße hinuntergegangen, um dort zu spielen. Als sie gegen sechs Uhr noch nicht nach der elterlichen Wohnung zurückgekehrt war, erkundigte sich die Mutter bei anderen Kindern nach dem Verbleib ihrer Tochter und erfuhr nur, daß das Mädchen sich mit einem fremden Manne in der Richtung nach Plötzensee entfernt habe. Hierdurch beunruhigt, begab sich Frau D. nach der zuständigen Polizeiwache, wofür ihr jedoch keine Auskunft für den Verbleib ihres Kindes gegeben werden konnte. Die geängstigte, nervös veranlagte Mutter eilte nun nach der Arbeitsstätte ihres Mannes, Hofsteiner Ufer 13/14 und erzählte dort, daß Riessen ermordet worden sei. Der durch diese Schreckenskunde natürlich in große Aufregung versetzte Vater begab sich sofort nach seiner Wohnung, wo ihm das angeblich ermordete Kind entgegenkam. Wie sich herausstellte, hatte tatsächlich ein fremder Mann die Kleine angeprochen und verschleppt. Er gab jedoch das Mädchen, als es unterwegs zu weinen begann und dadurch die Aufmerksamkeit der Passanten erregte, wieder frei, ohne ihm etwas zu Leide getan zu haben. Allem Anschein nach hatte der Unbekannte ein Sittlichkeitsverbrechen beabsichtigt.

Unter einem schweren Verdacht wurde der 35 Jahre alte Bauzeichner Arnold K. aus der Verlebergerstraße zur Haft gebracht. Ein vierjähriges Mädchen, das auf einem Treppenaufgang spielte, wurde schreiend und blutend angetroffen, nachdem K. vorher die Treppe hinaufgestiegen war. Verschiedene Anzeichen deuteten auf ihn als Täter hin; er wurde daher trotz seines Leugnens dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Ein Raubankfall auf offener Straße. Ein überaus raffener Raubankfall wurde gestern vormittag gegen den Kassendoten Schmuß von der Deutschen Bank verübt. Als der Bote gegen 9 1/2 Uhr mit einem Beutel Silbergeld auf der Schulter aus dem Gebäude des Instituts an der Hedwigskirche trat und eben den Fahrstamm passieren wollte, kam ein Kabfahrer scharf an ihn herangefahren. Der Fremde stieg von seinem Rade, trat an den Kassendoten heran und warf ihm plötzlich eine Handvoll Zement in die Augen. Sodann verfehle er dem Geblendeten einen Stoß vor die Brust, entriß ihm in demselben Augenblick den Geldbeutel und entflo. Ein Herr, der den Vorfall vom Vorderrperron eines Straßenbahnwagens aus beobachtet hatte, nahm sofort die Verfolgung des Täters auf, und es gelang, an der Französischenstraße den Burschen zu fassen, der seine Beute inzwischen von sich geworfen hatte. Der Räuber wurde einem hinzukommenden Polizisten übergeben.

Von anderer Seite wird uns der Vorgang derart geschildert, daß der Fremde an Schmuß herangefahren ist, während dieser mit einem Kollegen im Gespräch war. Die Tasche entfiel dem Räuber sofort, da sie außer Papiergeld auch Gold enthielt und daher ziemlich schwer war. Der Mann versuchte dann nach der Französischen Straße zu entkommen, wurde aber an der Hedwigskirche eingeholt. Hier warf er das Rad hin, versuchte nochmals zu entkommen und wurde dann in der Straße hinter der katholischen Kirche gestellt und der Polizei übergeben, nachdem er eine Tracht Prügel erhalten hatte. Die Persönlichkeit des Räubers ist noch nicht festgestellt, er gab auf der Verhewache in der Ober-Wallstraße an, ein Vaumeister John aus Fürstenwalde zu sein. Ein bei ihm gefundener Brief trägt diese Adresse. Es wird mitgeteilt, daß der Unbekannte eine größere Geldsumme, etwa 1200 M. bei sich getragen habe. Falls diese Nachricht zuträfe, würde die unsinnige Gewalttat noch um vieles seltsamer erscheinen.

Aus Rahe in Brand gesteckt haben Einbrecher in der Nacht zum Sonntag in dem Restaurant „Schweizerhaus“ in der Gollnainstraße 2 ein großes Orchester. Gegen 1/12 Uhr hatte der Besitzer J. Jemper das Geschäft geschlossen und war mit einigen Gästen fortgegangen. Seine Familie hatte sich bereits in der im ersten Stock belegenen Wohnung zur Ruhe begeben. Diesen Umstand benutzten Einbrecher und drangen in das Lokal ein. Sie hatten es auf die Geschäftskasse abgesehen. Sie erbrachen dieselbe, waren aber sehr enttäuscht, als nur ein kleiner Betrag in ihr vorhanden war. Vor Wut legten sie an das Orchester Feuer und machten sich dann aus dem Staube. Gegen 2 Uhr wurde die Gefahr bemerkt und die Feuerwehr benachrichtigt. Diese war schnell zur Stelle und konnte den Brand in kurzer Zeit ersticken, jedoch größerer Schaden nicht

entstanden ist. Nicht wenig erschaut war der Inhaber J., als er bald nach 2 Uhr früh heimkehrte und die Feuerwehr in seiner Wohnung sah. Von den Einbrechern fehlt bisher jede Spur. Wie sie in das Lokal eingedrungen sind, steht nicht fest.

Feuerbericht. In der Nacht zum Montag wurde die Wehr nach der Uferstr. 4 gerufen, weil dort in einer Bäckerei ein Posten Fett Feuer gefangen hatte. Die Gefahr konnte leicht beseitigt werden. — Möbel, Decken und Kleiderstücke gingen dann in der Königsbergerstr. 10 in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Pücklerstr. 44 allerlei Gerümpel und Verpackungsmaterial in einem Keller brannte. — In der Krausenstr. 76 war in einem Keller eine Gasätherlampe explodiert und hatte ein größeres Gefäß mit Gasäther in Brand gesetzt. Der Händler Robert Schmidt war in Gefahr, von den Flammen erfasst zu werden und sprang in seiner Not durch ein Kellerfenster. Hierbei zog er sich schwere Schnittwunden an der rechten Hand zu, die ihm von den Samaritern der Wehr verbunden wurden. Der Brand selbst konnte von dem 19. Wöschzug bald unterdrückt werden. — Ein weiterer Kellerbrand kam dann in der Dresdenstr. 31 durch eine kleine Gasexplosion aus. Hierbei erlitt ein Mann leichte Verletzungen durch Glasplitter. — Wäsche, Möbel und Kleider wurden abends in der Wilhelmstr. 118 durch Feuer beschädigt. — Die übrigen Alarmierungen, die noch in den letzten 24 Stunden einliefen, waren durchweg auf ganz unbedeutende Anlässe zurückzuführen.

Vermutlich gestohlene Wäsche. Anfang Februar dieses Jahres hat ein unbekannter Mann bei einem Pfandleiher ein Paket Wäsche, welches er dort verlegen wollte, zurückgelassen, und hat sich entfernt, als seine Legitimationspapiere geprüft werden sollten. Die Wäsche, aus Bettlaken, Bettbezügen und Kopfkissenbezügen bestehend, ist teils B. L., teils M. S. gezeichnet und vermutlich gestohlen. Ferner hat Mitte Februar ein unbekannter Mann folgende Wäschestücke, die ebenfalls gestohlen sein dürften, veräußert. Es sind dies Servietten gezeichnet H. M., L. B. 2, W. H. 8, C. K. 5, E. H. 9, und mehrere mit dem eingewebten Namen „Concordia“ versehen, sowie ein Tisch Tuch und vier Frauenhemden ohne Zeichen.

Die Wäsche kann in den Vormittags-Dienststunden bei der Kriminalpolizei Zimmer 247 des Polizeipräsidiums von den etwaigen Eigentümern rekonnoziert werden.

Der neue Dom

ist gestern vormittag mit dem bei evangelisch-kirchlichen Feiern ganz unerlässlichen militärischen Gepränge eingeweiht worden. Der Kaiser, die Kaiserin, sowie alle irgendwie in Berlin in Betracht kommenden Würdenträger höheren Ranges nahmen neben zahlreichen Gästen von auswärts an der Feier teil. Dem Volke war es gestattet, ganz von weitem dem Schauspiel zuzusehen, soweit es Zeit und Lust hatte. Sehr sinnig schreibt der „Lokal-Anzeiger“: „Der kirchliche Ehrengehalt und der Domgemeinde gestaltete sich zu einem großartigen Schauspiel, dem die Polizei infolge der Reuekung, als sie zu seiner ungehinderten Entwicklung die Linden vom Dpernplatz und den Lustgarten absperrte. Trotzdem sahen Tausende „standhafte“ Leute, die Stunden vorher im Lustgarten Posteo gesiht hatten, ihren Opfermut belohnt, indem sie auf dem mächtigen eroberten Platz belassen wurden.“

Dies Entgegenkommen der Polizei verdient Anerkennung. Der innige Zusammenhang zwischen militärischer Gewalt und evangelischem Kirchentum in Preußen kam dadurch zum Ausdruck, daß der Kaiser in großer Generaluniform zu Fuß vom Schloß nach dem Dom ging und unterwegs sich von der Ehrenkompanie unter den Klängen des Präsentiermarsches salutieren ließ. Die Weiserede des Oberhofpredigers Erzengel D. Dr. h. c. h. v. Lang der Ordnung gemäß in etwas Monarchenultus und Umsturzbelämpfung aus:

„Wird darin die Herrlichkeit des Domes leuchten, daß hier ein treues gläubiges Volk erzogen wird, siegreich wider die Mächte der Verneinung, wetteifernd mit den Konfessionen in Werken des Gedenkens? Wir wissen es nicht, wir erbitten es. Noch einmal denken wir der großen Taten, an die unsere Weiche und mahnt. Verklärte Kaisergestalten, evangelische Bekenner, treue Zeugen, die hier das Wort verkündet, mahnen uns die Eule, die Gemeinde von heute: auch in diesem Hause walte das Bewusstsein, das die Schloßkuppel umleuchtet: „Es ist in keinem andern Heil.““

Zum Schluß wird gemeldet, daß der seraphische Gesang aller Herzen mit inniger Freude erfüllt habe, daß besonders die ausländischen Gäste mit andächtigem Entzücken gelauscht hätten und daß der Kaiser Herrn Professor v. Berner zum Rat erster Klasse, Herrn Professor Raschdorf den Älteren aber zum Rat zweiter Klasse ernannt habe. Die Musik im Dom wird als nicht besonders günstig geschildert. Auf Veranlassung des Kaisers wird der Dom vom 1. bis 4. März von 11 bis 2 Uhr für das Publikum geöffnet sein.

Der künstlerische oder vielmehr nichtkünstlerische Eindruck des Bauwerks ist vor einigen Tagen in der Unterhaltungsbeilage unseres Blattes geschildert worden. Es sei daran erinnert, daß der preussische Landtag für den Bau dieser Hofkirche nicht weniger als 10 Millionen Mark ausgemessen hat. Während des Baues mußten die Arbeiter namentlich Mitte der neunziger Jahre mehrfach die Arbeit niederlegen, damit durch bessere Abdeckungen den zahlreichen Unfällen gesieuert und überhaupt bessere Arbeitsbedingungen geschaffen würden.

Eine Fachausstellung für Ofenindustrie wird, wie verlautet, in den Tagen des 18.—21. Mai d. J. in Berlin in den Gesamtträumen des Establishments „Neue Welt“ (Hafenheide) stattfinden. Die Ausstellung wird von dem Verbands der Arbeitgeber des Ofen- und Ofenbauwesens Deutschlands veranstaltet.

Ein Deutscher Destillateur- und Spiritus-Interessenten-Tag findet in Berlin am 2. März dieses Jahres, vormittags 10 Uhr, im Grand-Hotel am Alexanderplatz statt. Auf demselben soll der durchaus notwendige Zusammenschluß aller Angehörigen der Spiritus- und Spirituosenindustrie stattfinden, um die Interessen dieser Berufsgruppe besser als bisher wahrnehmen und drohende Gefahren abwehren zu können. Zugleich sollen auch die in Frankfurt a. M. beschlossenen Normen für das in Aussicht genommene Deutsche Rahmungsmitteleuch beprochen und einer Revision unterworfen werden. Zur Teilnahme ist jeder Berufsangehörige berechtigt.

In der sechsten eröffneten Februar-März-Ausstellung des Kunstsalons Wertheim, kommen diesmal vorzüglich Berliner Künstler zu Worte. M. Goshell fällt mit seinen vielseitigen Porträts auf. A. Niedeke, Franz Tärde, Artur Segal und Karl Wendel bringen wieder interessante landschaftliche Motive zur Ausstellung. Gemeinenswert sind außerdem: Elisabeth Consentius, Hugo Mieth, A. Wägnier und Karl Jozsa, letzterer mit 14 Holzschnitten. Außer Berlin ist Düsseldorf durch A. Deuffer und München durch Franz Ondrusel vertreten.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Am Donnerstag fällt der Unterricht in Sozialer Beschäftigung aus und wird am Sonnabend, den 4. März, in Saal 7, nachgeholt.

Theater. National-Theater. Die berühmte Original-Schiffstänzerin Madelaine P... aus München beginnt am Mittwoch unter Aufsicht des bekannten Kerben-Spezialisten Schmidt-Exto ein nur aus drei Abende berechnetes Gastspiel, der Villottverlauf hat bereits begonnen, eine Preiserhöhung findet nicht statt. Außerdem bringt der Wochen-Spielplan heute „Rigoletto“, Mittwoch, Freitag und Sonntag Wiederholungen von „Madame“, am Donnerstag „Der Postillon“, Sonnabend „Der Wildschütz“. — Im Lustspielhause wird „Der Familientag“ Donnerstag zum 100. Male gegeben.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg.

In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung stand u. a. auf der Tagesordnung eine wiederholte Besprechung des bekannten Streites des Oberbürgermeisters Wille gegen die Stadtverordneten

Hoffmann und Lohausen. Die gespannten Erwartungen wurden jedoch auch diesmal enttäuscht — die Kommissionsverhandlungen haben nach einer kurzen Erklärung des Referenten Dr. v. Gordon nicht zu Ende geführt werden können und so mußte Vertagung eintreten. Dem eventuellen Prozeß ihres Vertreters, Genossen Hoffmann, kann die Sozialdemokratie ruhig entgegensehen.

Um dem Magistrat den Mund zu öffnen zu einer Auslassung über die Nichtbefähigung des Prof. Dr. Weismann zum Direktor der hiesigen Ober-Realschule und wie er sich zu stellen gedenkt gegen diesen neuesten Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht, haben eine Anzahl Stadtverordneter eine diesbezügliche Anfrage gestellt. Wann dieselbe zur Beantwortung gelangen wird, dürfte indes bei der bekannten Zögigkeit gegenüber solchen prinzipiellen Fragen nicht vorauszusehen sein. Die Versammlung mußte sich begnügen, das für diesen Posten bereits im Etat festgesetzte Gehalt auszugeben.

Sodann stimmte die Versammlung einem Antrage auf Regelung der Pensions- und Hinterbliebenen-Versorgung für die Bediensteten der Feuerwehr, soweit dieselbe nicht bereits bei einer bestimmten Kategorie der Angestellten erfolgt ist, zu. Mit dem 1. April d. J. soll diese Pensionsberechtigung mit welcher eine Beamteneigenschaft jedoch nicht verbunden ist, in Kraft treten. Die Höhe derselben beträgt 600 M. für Unverheiratete und 900 M. für Verheiratete. Ebenfalls zugestimmt wurde einem Antrage auf Erhöhung der Anfangsbesoldung (bisher 1170 M.) auf 1200 M. steigend nach einem Jahre um 50 M. und dann von zwei zu zwei Jahren um je 50 M. bis zum Höchstbetrage von 1600 M.

Zur Vorbereitung einer Schiller-Feier sollen in einer gemischten Deputation — Magistrat und Stadtverordnete — die Mittel und Wege einer „würdigen“ Begehung festgestellt werden.

Einer Erhöhung der Prozentzahl der Freistellen an den hiesigen höheren Schulen für besonders begabte Schüler der Volksschule, die im vorigen Jahre angeregt wurde, hat auch der Magistrat seine Zustimmung versagt, nachdem die Deputation für das höhere Schulwesen in demselben Sinne beschloffen hatte.

In ganz ungewöhnlicher Weise hat sich dieses Jahr die Fertigstellung und demgemäß auch die Beratung der Etats verzögert. Bei einer Anzahl derselben haben unsere Genossen eine Reihe von Anträgen gestellt, die meistens unberücksichtigt geblieben sind. Angenommen wurde u. a. der unsererseits gestellte Antrag, im Armenetat 1000 M. für Lieferung von Kohlen an bedürftige Personen einzustellen. Bisher hatte man sich mit der Mildtätigkeit einiger Privater beholfen, die jedoch in diesem Jahre ausgedehnter war. Auf einige Einzelheiten aus dem Gemeindefinanz-Etat kommen wir später noch zurück.

Rixdorf.

Die Weisheitswahlen zum Kaufmannsgericht finden in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 5 Uhr nachmittags statt. Gewählt wird in folgenden Lokalen: für den Südbezirk in Gröplers Bürgerkassen, Bergstr. 147; für den Nordbezirk in der „Neuen Welt“, Hafenheide 108/114. Wahlberechtigt ist jeder Handlungsgehilfe, der 25 Jahre alt, am Orte beschäftigt ist und in der Wählerliste steht. Als Legitimation dient eine Bescheinigung vom Chef oder von der Polizei. Es darf nur für eine unveränderte Liste gestimmt werden. Die Klassenbewußten Handlungsgehilfen, organisiert in Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehülfinnen Deutschlands, haben die Liste 2 aufgestellt, für die einzutreten Pflicht jedes Handlungsgehilfen ist, der sich der Bedeutung und Aufgabe des Kaufmannsgerichts bewußt ist.

Das Haupt-Extra-Ordinarium des kaiserlichen Etats für 1905 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 3 712 216 M. ab, während das Ordinarium, wie bereits berichtet, mit 4 424 600 M. balanciert. Aus dem Extra-Ordinarium sollen Verwendung finden: 823 334 M. zur Anlage neuer Straßen, 200 000 M. zur Asphaltierung der Berlinerstraße, 150 000 M. zum Bau von drei Schul-Turnhallen, 50 000 M. zum Bau von Bedürfnisanstalten, 425 000 M. zur Ausführung des Rathaus-Neubaus, 20 000 M. zur baulichen Herstellung in den alten Schulgebäuden, 7500 M. zur Regulierung von Bürgersteigen usw., 7100 M. zur Verstärkung des Etichkanal-Fonds und dergleichen.

Selbstmord verübt hat am Sonntagmorgen auf einem Acker an der Cammerstraße der 46 Jahre alte Grünthambändler Wilhelm Wolter aus der Emmerstr. 39. Wolter schoß sich aus einem Revolver zwei Kugeln in die rechte Schläfe und war auf der Stelle tot. Was ihn in den Tod getrieben, ist nicht bekannt.

Weißensee.

Die Affäre Klingenberg nähert sich nunmehr ihrem Abschluß. Auf Antrag der Gemeindevertretung von Weißensee ist gegen den Amtsvorsteher Klingenberg ein Disziplinarverfahren anhängig gemacht worden, weil er sich bei einem Grundstücksverkauf an die Gemeinde von der Verkäuferin eine Provision von 2250 M. zahlen ließ und dadurch direkt gegen die Interessen der Weißenseer Gemeinde verstieß. Der eigentliche Sachverhalt, welcher ein Disziplinarverfahren und eine Verurteilung auf diesem Wege zur Folge hatte, ist folgender. Anfang des Jahres 1902 starb der Ehemann einer in Weißensee wohnhaften Frau Kahl. Die Witwe wollte ihr etwa 25 Morgen großes Grundstück verkaufen. Sie wendete sich an den Gemeindevorsteher Klingenberg und bat diesen, seinen Einfluß in der Gemeindeverwaltung geltend zu machen, damit die Gemeinde Weißensee das Grundstück ankaufe. Klingenberg ging auch auf den Vorschlag ein. Als einige Tage später eine geheime Sitzung der Gemeindevertreter stattfand, machte Klingenberg den Vorschlag, das kahlsche Grundstück bezw. einen Teil desselben anzukaufen. Nach längeren Verhandlungen beschloß die Gemeindevertretung, das kahlsche Grundstück anzukaufen. Der Kaufpreis betrug pro Morgen 3000 Mark, die Gesamtsumme 72 550 Mark. Klingenberg verschwieg jedoch wohlweislich, daß er nicht etwa im Gemeininteresse den Grundstückskauf vorschlug, sondern nur, um die drei Prozent von dem Kaufpreis zu erhalten, die er sich kontraktlich vordem ausbedungen hatte. Tatsächlich ist auch an Klingenberg eine Provision von 2176 M. gezahlt worden. — Dasselbe Grundstück war von Klingenberg schon verschiedenen anderen Personen zu einem bedeutend niedrigeren Preise zum Kauf angeboten worden. Als K. das Grundstück zu einem höheren Preise an die Gemeinde verkaufte, nahm er gleichzeitig dadurch seine eigenen Interessen wahr, da die ausbedungene Provision mit der Höhe des Kaufpreises stieg. Um diese Differenz ist also die Gemeinde zum mindesten geschädigt. Das Disziplinarverfahren gegen Klingenberg endete mit einer Verurteilung zu 200 Mark Geldstrafe. Nunmehr strengte die Gemeinde Weißensee einen Schadenersatzprozeß gegen Klingenberg wegen Rückzahlung der Summe von 2250 M. an. Durch seinen Prozeßvollmächtigten hat K. mangels Aktivlegitimation die Zurückweisung der Klage beantragt, ferner behauptet, daß eine direkte Schädigung der Gemeinde gar nicht eingetreten sei. Der Termin wird Anfang April d. J. vor dem Zivilgericht stattfinden und mutmaßlich noch interessante Dinge über gewisse Angelegenheiten aus Weißensee ans Tageslicht bringen.

Rixdorf.

Bei den letzten Gemeindevorwahlen in der 1. Abteilung waren die Herren Röder und Thiedle gewählt worden. Der Bezirksausschuß gab einer Anfechtungsfrage statt und erklärte die Wahlen der ersten Abteilung für ungültig, weil Thiedle Weisiger im Wahlvorstand gewesen sei, obwohl er einer anderen Wählerabteilung angehörte und während des größeren Teils der Wahlhandlung nicht im Besitz einer gültigen Vollmacht für die Wahl in der ersten Abteilung gewesen sei.

Das Oberverwaltungsgericht hob das Urteil wieder auf und erklärte die Wahlen der Herren Röder und Thiedle für gültig. Begründend wurde ausgeführt: Die Landgemeinde-Ordnung erfordert nicht, daß die Weisiger des Wahlvorstandes der Abteilung angehören müßten, die gerade wählte. Es wäre nur erforderlich, daß sie überhaupt stimmberechtigt in der Gemeinde seien. Und zwar treffe das auch für die Fälle zu, wo nur eine Abteilung an einem bestimmten Tage wähle. Demnach wäre ja da, wo die erste Ab-

teilung nur einen Wähler habe, seine gültige Wahl in der Abteilung möglich.

Hummelsburg.

Mit der Erhöhung der Umsatzsteuer-Ordnung von 1 Proz. auf 2 Proz. für unbesetzte Grundstücke beschäftigte sich die Gemeindevertreter-Sitzung zum drittenmal.

Bereits am 13. Mai 1903 wurde ein diesbezüglicher Beschluß gefaßt, welcher aber die Genehmigung des Kreis-Ausschusses nicht erlangte.

Am 18. März 1904 wurde dann die Erhöhung der Umsatzsteuer zum zweitenmal beschloffen, der Kreis-Ausschuß kam wiederum zur Ablehnung. Auf die eingelegte Beschwerde erteilte am 8. September 1904 der Bezirks-Ausschuß die Genehmigung. Nun aber erhob der Herr Regierungspräsident gegen einzelne Paragrafen Einspruch und versagte seine Zustimmung. Den Gemeindevertretern war ein solches Verfahren um so unverständlicher, als dieselbe Ordnung in Pantow und Reinickendorf ohne jeden Anstand die Genehmigung erlangt hatte. Es wurde beschloffen, nur einen Nachsatz zur alten Ordnung, welche nur die Erhöhung von 1 Proz. auf 2 Proz. vorsieht, zur Genehmigung einzureichen. Der Gemeinde ist durch diese Verzögerung bereits ein Schaden von mehreren Zehntausenden zugefügt worden.

Die Festsetzung eines Bauplans für das von der Prinz-Albertstraße bis Fischerstraße und Eisenbahn begrenzte Berliner Magistratsgelände gab zu einer regen Debatte Anlaß. Die Stadt Berlin will auf diesem Gelände ein Krankenhaus für Geschlechtskranke errichten, der feststehende Bebauungsplan soll dieses Projekt zu verhindern suchen. Die Genossen John, Ritter und Tempel sprechen gegen diese Absicht. Da das Krankenhaus bereits genehmigt ist, sei ein solches Verfahren überaus kleinlich; auch würden die Gebäude und Anlagen eines Krankenhauses für das in Betracht kommende Gelände nur vorteilhaft wirken. Unsere Genossen fanden aber bei den bürgerlichen Vertretern kein Verständnis hierfür. Herr Krückenbring äußerte die wunderliche Meinung, daß nach Errichtung des Krankenhauses die Straßen von Hummelsburg nur noch von Prostituierten bevölkert sein würden.

Der Bebauungsplan wird hierauf gegen die Stimmen unserer Genossen wie vorgeschlagen festgesetzt. Ferner wird die Verbreiterung der Liebigstraße beschloffen, der Straßendammsoll 8 Meter Breite erhalten, der Bürgersteig an der Häuserseite wird unter Fortfall der Vorgärten 4 Meter breit werden.

Vermischtes.

Rebellion im Reichs-Ballin.

Die Ballin-Gesellschaft hat trotz aller Anklagen gegen die skandalöse Behandlung der ihr zwangsweise zugeführten russischen Auswanderer keine Abänderung der von uns gebrauchten Maßnahmen herbeigeführt. Im Bewußtsein ihrer von der preussischen Regierung mit allen Mitteln geförderten Monopolstellung scheint sie ihre unheilvolle Macht noch mißbräuchlicher zu betätigen als zuvor. Die Gesellschaft hat bekanntlich einen großen Teil ihrer Dampfer mit hohem Profit an Rußland verkauft und ist deshalb nicht in der Lage, die Auswanderer, denen sie Schiffsarten verkauft hat, ordnungsgemäß befördern zu können. In den Hamburger Auswandererhallen herrscht infolge dessen eine grenzenlose Ueberfüllung und eine wilde Wirtschaft. In 3000 Personen haben sich angesammelt und angehangen. Die Verpflegung, die von den Auswanderern teuer bezahlt werden muß, liegt besonders in diesen Tagen alles zu wünschen übrig. Die Unzufriedenheit der Insassen der Auswandererhallen stieg deshalb von Tag zu Tag und führte schließlich am Sonnabend zu Zusammenstößen der Auswanderer mit den Ballin-Beamten. Es wurde telephonisch Polizei requiriert. Die herbeigeeilten zehn Polizeibeamten vermochten aber keine Ruhe zu schaffen, so daß noch weitere zehn Mann herbeigeholt wurden. Schließlich gelang es, die aufgeregten Gemüter zu beruhigen. Drei der „Rädelstührer“ wurden verhaftet. Einige Angestellte der Auswandererhallen sollen Verletzungen erlitten haben. Nach unserer Kenntnis der Zustände in den Hamburger Auswandererhallen, dürfen die „Rädelstührer“ nicht unter den Auswanderern zu suchen sein. Die Hamburg-Amerika-Linie kann nicht einmal ihren Beförderungspflichten gegenüber den Auswanderern nachkommen, aber trotzdem fangen die Ballin-Agenten unentwegt russische Auswanderer für ihre Gesellschaft ein. Bei der dauernden Ueberfüllung der Auswandererhallen müssen die Zustände dort sich zur Unertaglichkeit gesteigert haben, wenn selbst die geduldigsten aller Menschen, die russischen Auswanderer, sich dagegen auflehnten. Die Gerichte in Hamburg werden hoffentlich bei Aburteilung der Ballin-Opfer die niederträchtige Behandlung der Auswanderer in Betracht ziehen.

Von einem Militärposten niedergeknallt. Sonntag mitternacht schoß der Posten auf dem Feldbahndepot beim Bahnhof Dantons-Bonts in Weg nach dreimaligem Anruf, worauf keine Antwort erfolgte, den Rentner Bogenez aus Woiwy bei Weg, der sich auf dem Heimwege befand, und verwundete ihn schwer.

Ein gewaltiger Brand richtete in New Orleans einen Schaden von 5 Millionen Dollar an. Die Stuyvesant-Docks und die Endstation der Illinois Zentralbahn, im ganzen 12 Gebäudeviere mit Ladeneinrichtungen und Schuppen, sowie 21 Getreide-Elektoren, Laternengebäude modernster Bauart, sind mehr oder weniger vollständig zerstört. Infolge dessen wird die Getreide-Ausfuhr in diesen Punkten unterbrochen.

Grubenkatastrophe. In Wilco (Westvirginien) wurden durch Explosionen in einer Grube der United States Coal and Cole Company 25 Bergleute getötet. 15 Leichen wurden geborgen.

Angetriebene Leichen. Aus französischen Zeitungen kommt die Nachricht, daß an der Küste Frankreichs in der Nähe Quersants Leichen angetrieben seien, von denen man annehme, daß sie von einem Schiffbruch eines Dampfers der Boermann-Linie herrühren müßten. Die Boermann-Linie teilt mit, daß es ganz ausgeschlossen sei, daß einer ihrer Dampfer vor längerer Zeit in jener Gegend Schiffbruch gelitten hätte, da alle Dampfer, die in den letzten Monaten dort vorüber gekommen wären, ihr Reiseziel glücklich erreicht hätten. Die Schiffe „Hans Boermann“ und „Jeanette Boermann“, deren Namen in einigen französischen Zeitungen erwähnt seien, befänden sich in Stokholm und bezw. Donny (Westküste Afrikas).

Eisenbahnunfall. Der Schnellzug 199 Essen—Soest ist Sonntag bei der Einfahrt in den Bahnhof Dortmund auf den das Einfahrtsgleis abschließenden Frellbock aufgefahren. Etwa fünf Reisende sind durch Hautabrisse leicht verletzt. Der Betrieb ist durch den Unfall nicht gestört.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

C. G. 88. Das Reklamationsgesetz ist an die Erbschaftskommission zu richten. Aus welchem Grunde Ihnen ein Anspruch auf Berücksichtigung zu stehen soll, ergibt Ihre Anfrage nicht. Wenn die Ihre Reklamation begründenden Thatsachen vor dem 20. Februar sich ereignet haben, so haben Sie auf Berücksichtigung nicht zu rechnen. — **B. G. 19, Umzugstermin.** 1. u. 2. Die Umzugstermine in Berlin richten sich nicht nach der Höhe der Miete, sondern nach der Anzahl der Wohnzimmer. Kleine aus höchstens zwei Zimmern mit Zubehör (Keller, Alkoven, Boden, Boden) bestehende Wohnungen, ebenso Läden ohne Wohnung, sind mangels anderer Vereinbarung am 1. April (im Laufe des 1. April), mittlere (aus drei bis vier Zimmern bestehende) Wohnungen sind bis am 2. April 12 Uhr mittags, noch größere Wohnungen bis am 3. April mittags pünktlich zu räumen. Inhaber solcher Wohnungen, die erst nach dem 1. April d. J. zu räumen haben, haben zur Umverbringung der Möbel des neu Angehenden ausreichende Räume zur Verfügung zu stellen. 3. Das können Sie tun.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 28. Februar 1905. Mild und zeitweise heiter, aber veränderlich mit etwas Regen und ziemlich lebhaften südlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, 28. Februar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus. Der Walfisch.
Neues königl. Opern-Theater. Die Schule der Frauen. Post festum.
Deutsches Haus. (Erster Teil.) Anfang 7 Uhr.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Leffing. Die Frau vom Meer.
Westen. Die neugierigen Frauen.
Nachmittags 3 Uhr: Pergolese.
Zentral. Die Juxheirat.
National. Rigoletto.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Thalia. Der Kilometerfresser.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Krieg im Frieden.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelm-Häufliches Theater.) In Behandlung.
Kleines. Der Bär. — Angela.
Residenz. Hotel Pompadour.
Lustspielhaus. Der Familienag.
Trionon. Die glückliche Gilberte.
Deutsch-Amerikanisches. Rev. Fort.
Luisen. Dorf und Stadt.
Volksgarten. Die glückliche Gilberte.
Neues. Ein Sommernachtstraum.
Carl Weiss. Die Kinder des Kapitan Grant.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Apollo. Berliner Luft.
Rafino. Heirat auf Probe.
Herrfeld. Die Meyerhains.
Passage. Lucia Krall.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Palast. Wie man Weiber fesselt.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Im Theater abends 8 Uhr:
Tiereleben in der Wildnis.
Im Hofsaal abends 8 Uhr:
Die Amelien am Amazonasstrom.
Jubalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtstraum.
Mittwoch: Ein Sommernachtstraum.
Donnerstag: Der Graf v. Charolais.
Freitag, Sonnabend, Sonntag: Ein Sommernachtstraum.
Kleines Theater
Anfang 8 Uhr.
Angele.
Vorher: Der Bär.
Mittwoch: Angela. Abschied vom Regiment.
Donnerstag: Die Neuvermählten.
Abschiedssouper.
Freitag: Nachtasyl.
National-Theater
Weinbergsweg 19.
Dienstag, den 28. Februar 1905, abends 7 1/2 Uhr:
Rigoletto.
Mittwoch: Dreimaliges Gastspiel der berühmten Schattensängerin Original Madalaine B. am Wägen, assistiert von d. weltbekanntesten Revue-Spezialisten Schmidt-Esto.
Gemüthliche Preise.
Zentral-Theater
Abends 7 1/2 Uhr:
Die Juxheirat.
Operette in 3 Akten von Jul. Bauer.
Musik von Franz Lehár.
Morgen u. folgende Tage: Juxheirat.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinderdarstellung, halbe Preise: Der gefesselte Rater.
Abends: Die Juxheirat.
Luisen-Theater.
Abends 8 Uhr:
Dorf und Stadt.
Mittwoch: Benefiz. Unsere Frauen.
Donnerstag: Gastspiel des Theaters des Westens: Tell.
Freitag: Unsere Frauen.
Sonnabend: Dopfenrat's Erben.
Sonntag nachmittags: Gök v. Berkingen. Abends: Robert u. Vertram.
Montag: Höhere Töchter.
Kasino-Theater
Kottbuser Tor 37 (Rosenthaler Tor.)
Täglich 8 Uhr, Sonn. 7 1/2—8 Konzert.
Heirat auf Probe.
Vorher das vollst. neue Programm.
Sonntag nachmittags 4 Uhr: Mutter Grabort.
Palast-Theater
Burgstr. 22, früher Neen-Palast.
Bis- u. bis d. Börse, 2 Min. v. Hof. Börse.
9 Uhr! Ein stürmischer Lacherfolg!
Der größte Schläger dieser Saison!
Wie man Weiber fesselt.
Militär-Gesangschor von Weillingen.
Verfasser von „Ritter Gredert“, „Onkel Cohn“, „Wie einst im Mai“, „Vor u. nachher“, Spezialitäten und Schummern allerersten Ranges.
Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert.
Entrée 50 Pf.
Vorzeiger dieser Annonce zahlen wechsentags die halben Kassenpreise.

Urania, Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Tiereleben in der Wildnis.

Sternwarte
Invalidenstr. 57/62.
Hörssaal: Herr Ule: Die Amelien am Amazonasstrom.

P. GASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
Neu! Rosa Wedsted, das finn-ländische
Riesen-Mädchen!!!
2 Meter 20 cm groß!
Neu!
Das Erwachen des Poseidon!

Passage-Theater.
Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.
Anf. nachm. Sonntag, 3. Sonntag 5 Uhr.
Lucia Krall,
die berühmte Gesangs-Künstlerin.
Smeralda und Senitza,
die unübertrefflichen Akrobatinnen.
Jacques Bronn,
Humorist.
14 erstklassige Nummern.

Apollo-Theater.
Dienstag:
Berliner Luft
und Entscheidungslauf Robl-Aron.
Mittwoch: Die neuen März-Spezialitäten und Berliner Luft.
Donnerstag: Das Weibchenmüdel unter persönlicher Leitung des Prof. Josef Holmsberger, I. L. Gastspielmeister. Täglich: Anfang 8 Uhr.

Metropol-Theater
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssoppe mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Inszeniert vom Direktor Richard Schultz.
Henry Bender. Josef Giampietro.
Josef Josephl. Anton Grünfeld.
Frid Frid. Fritz Massary.
Das Fest des Lichts. (Ballett.)
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Köpenickerstr. 67/68.
Mittwoch: Jeden Abend 8 Uhr! Gastspiel Ad. Philipp:
100. New-York.
Aufführung: SOUVENIERS.
Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise
Ueber'n großen Teich.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Der Familientag.
Donnerstag: 100. Aufführung.
Sonntag nachm.: Das Lumpengesindel.

Gebrüder Herrfeld-Theater.
Novität! Täglich: Novität!
Die Meyerhains.
Komödie in drei Akten von Anton und Donat Herrfeld.
Kommerzienrat Meyerhain:
Donat Herrfeld.
Pfechschowil, Herausgeber des „Scheinwerfer“:
Anton Herrfeld.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf 11—2 Uhr.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Die Kinder des Kapitan Grant.
Sonnabend nachm. 4 Uhr Kinderdarstellung. H. Preise: Die Wünschelrute. Sonntag nachm. 3 Uhr, Barfett 60 Pf.: Senta Wollsborg.

Residenz-Theater.
Dir.: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Hotel Pompadour.
Schwan in 3 Akten v. Anthony Ward u. Leon Janof. Deutsch v. N. Schönan.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das große Geheimnis.

Schiller-Theater
Dienstag, abends 8 Uhr:
Krieg im Frieden.
Lustspiel in 5 Akten von G. v. Moser und F. v. Schönthan.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Haubenlerche.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Familie Schlerke.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kron & Schönfeld.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Stürmischer Lacherfolg!
Der Kilometerfresser
Sonntag nachm. Charleys Tante.
Belle Alliance-Theater.
Friedrich-Wilhelm-Häufliches Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr:
In Behandlung.
Komödie in 3 Aufzügen von Max Dreper.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Im Hafen.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Im Hafen.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Täglich: Großes Urbock-Jubelfest.
Internationale Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.
Schluss der Saison
am 7. März cr.
Zirkus Busch.
Fortsetzung der Gr. Internationalen Ringkampf-Konkurrenz.
Mk. 7500.— Geldpreise in bar.
Ehren-Professoren:
Herr Professor Reinhold Begas.
Beginn der Ringkämpfe ca. 8 1/2 Uhr.
(Es beginnen hiermit die Endkämpfe zwischen den nunmehr als 8 besten Ringern ermittelten Teilnehmern.)
Ausserdem: Herr Burkhardt-Football, Schulleiter. Mella de Holstein, Schulleiterin, auf dem Island. Nordpferd Milton. Eine Zebra-Komödie, 6 spektak. Zebras, vollkommen dressiert von Herrn Ernst Schumann.
Ausserdem: Artillerie-Exerzizen.
Mit noch nie dagewesenem Erfolge die große Ausstattungssoppe:
Katharina II.
und die vorzüglichsten Programm-Nummern.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 16.
Der tolle Wenzel.
Poffe mit Ges. l. 4 Akten v. Mannsb. Anf. 8 Uhr. Entrée 30 Pf.
Mittwoch: Auf vielseitigen Wunsch: **Penslon Schölller.**

Zirkus Schumann.
Heute Dienstag, den 28. Februar, abends präz. 7 1/2 Uhr:
Bestes
Auftreten der großart. Februar-Spezialitäten. Ferner:
Der Heldentenor zu Pferde.
Konf. Crema Hoffmann. Der Bernhardsiner Hund als Kunstreiter. Herr Albert Carré, Fechtmeister.
Ausserdem die vorzüglichsten Programm-Nummern und Dr. Albert Schumanns Konkrete-Dressuren.
Um 9 1/2 Uhr: Mit gewohntem Erfolge die große Schumannsche mit wunderbarer Pracht inszenierte Kunstleistungs-Pantomime
Eine Nordlandsreise.
Im Strahle der Witternachtssonne.
Morgen Mittwoch, den 1. März:
Novitäten-Abend.

Stadt-Theater Moabit
Alf-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernhard-Rose-Theaters:
Onkel Cohn.
Poffe in 4 Akten von R. Schwarz und E. Nepler.
Anfang 8 Uhr.
Entrée 30 Pf., nummer. Platz 50 Pf.
Voranzeige: Donnerstag, den 9. März: Große Benefiz-Extra-Vorstellung für Elsa Jacosa. Zur Ausführung gelangt: Der Goldfuchs.
Otto Pritzkow's
Abnormitäten-Ausstellung
Münsterstr. 10.
Täglich Perlelung
Der Mensch ohne Gefühl! Unverwundbar, unverdrückbar, von wissenschaftl. Autorität als ärztl. Wunder bezeichnet.
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!

Etablissement Bugenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Sälen jeden Abend:
Bockbierfest.
KONZERT.
Der dumme Max u. der kluge Hans.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Hofsaal:
Tanz.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Anf. Donnerstags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Wittels u. den nummer. Plätze sind stets 2 Tage vorher zu haben.
Gustav Behrens
Spezialitäten-Theater.
Frankfurter-Allee 85.
Das großartige Februar-Programm.
Sehen Hören Staunen
und weiter empfehlen.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Die glückliche Gilberte
Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachm.: Das elfte Gebot.
Volksgarten-Theater
(früher Weimann).
Mittwoch, den 1. März: Gr. Extra-Vorstellung zum Benefiz für den Komiker Max Wiedermann. Zur Ausführung gelangt: Der große Komet. Schwan in 3 Akten von C. Laufs und W. Jakob. Raffeneroffen. 9 1/2 Uhr.
Anfang präz. 8 1/2 Uhr.
Nach der Vorl.: Gr. Benefiz-Ball.

Skala-Theater.
Pintenstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
An der Grenze,
oder: Verschlagen.
Poffe mit Gesang in einem Akt.
Großer Boxer-Kampf
sowie 30 internat. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

SAHARET
Die 4 Niards
Akrobaten.
Diane de Fontenoy
Lebende Bilder.
Die Snowdrops
Engl. Tänzerinnen.
Rafayette
Akrobatische Hunde
und 10 erstklassige Nummern außerdem.

WINTERGARTEN
Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Anf. Donnerstags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Stettiner Sänger
Anf. Donnerstags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Sehen Hören Staunen
und weiter empfehlen.

Sanssouci.
Kottbuser Tor — Stat. der Hochbahn.
Heute Dienstag:
Don César oder König.
Graf u. Straßensängerin.
Schauspiel in 5 Akten.
Morgen Mittwoch:
Don César, oder: König.
Graf u. Straßensängerin

Urania,
Wrangel-Straße 10—11.
Jeden Dienstag:
Nordd. Säng.
Nach der Soliree:
Tanzkränzchen ohne Nachzahlung
Anfang 8 Uhr. C. J. Walter.

Wetzlarer Geld-Lotterie.
Ziehung: 8. u. 9. März
496 Goldgewinne bar ohne jeden Abzug zahlbar von Mark
320000
Hauptgewinn: Mark
70000
Originallose à 3 Mark.
Für Porto und Liste 30 Pf. extra.
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
O. m. b. H. Bank-Gesellschaft
Berlin W., Friedrichstr. 191.
Filiale:
O., Andreasstraße 46a.

Bruch-Pollmann
empfehlen sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradhalter, Spritzen, Suspensors, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Siefer, J. Oris- u. Hülsen-Krankentassen
Berlin C.,
30. Finien-Straße 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Belagungen, angenehm und weich am Körper.
16382*

Gegen **Kusten, Heiserkeit, Verschleimung, Halsentzündung** und jedwede Erkrankung der Luftwege nehme man die bewährten **Reichels Hustentropfen.**
Unverzüglich wirkungskräftig. Der Erfolg ist überraschend!
Echt nur mit Marke „Reichels“.
Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstraße 4.
22112*

Peek & Cloppenburg
Gertraudenstr. 26-27
Rosstrasse 1a und No. 1.
Spezial-Räume im I. Stock

Qual.	Brustweite		Qual.	Brustweite	
	76—80 cm	82—86 cm		76—80 cm	82—86 cm
5900	11.50 Mk.	13.50 Mk.	322	25.00 Mk.	28.50 Mk.
202	15.50 "	17.50 "	112	26.50 "	30.00 "
204	19.00 "	21.50 "	336	28.00 "	32.00 "
205	21.00 "	23.50 "	140	30.00 "	34.00 "
210	23.50 "	26.50 "	200	30.00 "	34.00 "
220	23.50 "	26.50 "	344	30.00 "	34.00 "
230	23.50 "	26.50 "	135	34.00 "	37.50 "
326	23.50 "	26.50 "	145	34.00 "	37.50 "

2161L*

Kufeke's Kinder- mehl

Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei und leiden nicht an Verdauungsstörung.

Hervorragend bewährt bei Brechdurchfall, Darmkatarrh, Diarrhöe etc.

Möbel- und Polsterwaren-Fabrik

A. Schulz

Reichenbergerstraße 5

empfehlen Einrichtungen von 240 bis 5000 Mk. von nur anerkannt gediegener Qualität zu äußerst billigen Preisen.

Streng reelle und gewissenhafte Bedienung.

Kaufteufel Bedingungen.

Telephon: Amt IV 6877.

Gesundheit ist Reichtum!

Regelmässiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.

Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt**
Gr. Frankfurterstrasse 136.

Bade Berlin-Süd im: **Ritter-Bad**
Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstrasse.

Medizinische Bäder aller Art

in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.

2 Wannens-Bäder

mit je 2 Handtüchern
0,75 Mk. (40 Minuten Badeszeit)

Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Ziehung am 8. u. 9. März

Wetzlarer Dombau- Lotterie

8400 Gold-Gewinne ohne Abzug.
Hauptgewinne:

70000 50000 30000

U. S. W.
Lose à 3.00, Porto u. Liste 30 Pfg. extra, empfohlen

Carl Heintze,

Berlin W., Unt. d. Linden 3.

Dr. Simmel, Prinzen- Str. 41, 72/7*

Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Masken - Garderobe

von 16712*

Carl Ernst,

Admiralstr. 126, 1 Tr.
Grösste Auswahl!
Billigste Preise!
Vorzeiger dieser Annahme
erhält 10% Preisermäßigung.

Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

H. & P. Uder,

Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kautabake.

Spezialität: Nordhäuser Kautabak

stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 1883L*

Amt 4, 3014.

Einsegnungs-Anzüge von 12-27 Mk.

Anzüge nach Maß von 25 Mk. an.

M. Schulmeister,

Dresdenerstr. 4.
am Kottbuser Tor.
Schneidermeister.

Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig.
Wort: 5 Das erste fettgedruckt
Wort 10 Pfg. Worte mit mehr
als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Pfandleihhaus Weidenweg neu-
gegr. (spottbilliger) Gardinenverkauf,
Wäscheverkauf. 145*

Spottbilliger Teppichverkauf, Tisch-
decken, Steppdecken. Pfandleihhaus
Weidenweg neugegr. 145*

**Garderoben, Tischdecken, Regu-
latoren, Freischwinger, Schminke-
spiegel, spottbillig** Pfandleihhaus
Weidenweg neugegr. 145*

Spottbilliger Ausverkauf ver-
fallener Pfandstücke, Restverkauf.
Weidenweg neugegr. 145*

Bekanntmachung! Empfehlens-
werte Einkaufsquelle ist Pfandleihhaus
Weidenweg neugegr. 145*

Spottbilliger Restverkauf, Beil-
einkleide, einstückig, weißblau, Pfand-
leihhaus Weidenweg neugegr. 145*

Pfandleih Rühlstr. 7 ver-
kauft spottbillig Gardinen, Tischdecken,
Teppiche, Wäsche, Steppdecken, Betten,
Bandwürmer, Tischdecken, Ketten etc.
145*

Gerrenanzüge, Hosen spottbillig
Pfandleihhaus Rühlstr. 7. 3075*

Teppichverkauf: Teppiche, Gardinen,
Betten, Stores, Portieren, Stepp-
decken, Tischdecken, Remontierwaren,
Regulatoren, Spiegel, Bilder, Möbel
spottbillig Pfandleihhaus Weidenweg 113
und Reichenbergerstr. 6. 88/11*

Gardinenhaus Große Frankfurter-
str. 9, parterre. 137*

Gerrenanzüge, Valetots, zurück-
geleitet, hochporceläne, 18,00-28,00.
Deutsches Pfandhaus, Räder-
str. 63, I Trepp. 2875*

Töps, Paul, Schneidermeister,
Friedrichstr. 16, Laden. Näh-
jahrs-Neubild. Reichhaltiges Lager
in, ausländischer Stoffe. 145*

Herren-Garderobe nach Maß,
saubere Arbeit, großes Stofflager,
Valetot, Anzug 36 Mark an. Rest
beim Handwerker, lässt den Hand-
werker verdienen. Teilzahlung ge-
stattet. F. Dörge, Dresdenerstr. 109.

Teppiche! (Lehrkräfte) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Brunn, Haderstr.
Markt 4, Bahnh. Börse. 142/12*

Similiseidene Steppdecken 4,35
(Seidener), Wolle, Seidene Steppdecken
4,25. Inventur - Ausnahmepreise.
Teppichhaus Emil Ledere, Dranten-
str. 158. 2885*

Bestickte Feies-Fenstermängel 2,15,
Bett 4,00. Inventur - Extrapreise.
Teppichhaus Ledere, Drantenstr. 158.

Adventur - Räumung Preise nur
kurze Zeit. Extraliste gratis und
franko. Teppichhaus Emil Ledere,
Drantenstr. 158. 2885*

Möbelwerkerei liefert geschma-
volle Wohn- und Einrichtungsgegenstände
einzelne Möbel. Moderne Küchen.
Große Auswahl. Kein Laden, nur
Keller und Hinterzimmer. Teilzahlung,
Darnat, Tischlermeister, Dresdener-
str. 124. 2845*

Möbelwerkerei Drantenstr. 58,
am Rühlplatz, direkt Fabrikgelände,
kein Laden. Wegen Aufgabe der
Lieferungen an Bedenverläufer gebe
jetzt direkt an Privatleute zu be-
deutend ermäßigten Preisen folgendes:
Kleiderständer 23, Schließfach 30, Wasche-
longue 17, Bettstelle mit Matratze 19,
Trümmen 30, Kuschelstühle 27, Kuschel-
stühle 50, Kuschelstühle 42. Das Wasche-
longue meines Geschäftes bürgt für
Rechtmaß. Gefasste Möbel können
kostenlos lagern. Teilzahlung ge-
stattet. 3035*

Teppiche mit farbigen Bildern, be-
sondere Große Frankfurterstr. 9,
parterre. 137*

Ihre als Zugabe erhält Käufer einer
Nähmaschine ohne Anzahlung, Woche
1,00, gebraucht 12,00. Röhren-
str. 60/61, Große Frankfurter-
str. 43, Prenglerstr. 59/60.

Zofas, größte Auswahl, von
21 Mark an, direkt in der Fabrik
Blumenstr. 35 b. 3018*

Kinderwagen, Kinderbetten,
Sportwagen, gebrauchte, zurück-
geleitet, spottbillig. Schneider, Rühl-
str. 172. 16135*

Milchgeschäfte - Einrichtungen,
Küchenschüssel, Kannen, Rührer, Milch-
siebe, Siebchen, Buttermaschinen etc.
billigst Jordan, Michaelstr. 21.

Spiegelanzüge Herrenanzüge und
Valetots aus feinsten Stoffen 25-40
Mark. Verkauf Sonnabend und Sonn-
tag. Pfandhaus Germania, Unter-
den Linden 21. Keine Anzahlung.

Fahrräder, Teilzahlungen. In-
valdenstr. 148 (Eingang Berg-
str.) Große Frankfurterstr. 50,
Stalderstr. 40. 3218*

Dringmaschinen, Nähmaschinen,
Nähmaschinen, Zuber, Schwämme,
beste Ware. Teilzahlung gestattet.
Vollkarte. Rühlstr. 108. *

Gasthofhaus! Juchelhof-
locher 1. 3,00. Dreifachlocher 1
6,00. Gasbrennapparat spottbillig!
Wollauer, Ballnertheaterstr. 92. *

Maltraffier, blauschwarz, für
Blumen, Bruchstücke, Schwämme,
Gewichtsanzeige, bessere Gefäße,
sichere, überausbillig, 14 Flaschen
3 Mark, 1/2 Lonne 3,50 exklusive.
Richt Flaschenzahl, Qualität ein-
scheidend. Porter-Kellerei Ringle,
Bernauerstr. 112. 3028*

Stappdecken billige Arbeit Große
Frankfurterstr. 9, parterre. 137*

Mit 5000 Mark Anzahlung ist eine
gute Poststelle durch Übernahme
eines alten Gastwirthschaftsbesitzes
in Schwedt zu erwerben, oder mit
9000 Mark Anzahlung mein bisheriger
Geschäft mit Bäckerei und Material-
warenhandlung. H. Hinz, Jägerstr.
Oderstr. 2347b.

Schließfach 20,00, Bettstelle,
Rahne 18,00. Pflasterstr. 23,
Lapplerstr. 87/2.

Kleiderständer, Bettische, Spiegel,
Spiegelständer, Säulenständer, Vase-
nische, ganze Einrichtung, elegant, spott-
billig. Gartenstr. 85, I. links. *

Reichenbergerstr. 158 Näh-
maschinen sämtlicher Systeme ohne
Anzahlung Gebrauchte preiswert. *

Sofa, einfaches, wie neu, billig
verkauft Winter, Beilstr. 10.

Moh-Zachen in guter Ver-
arbeitung empfiehlt Herrmann
Schlesinger, auch Einsegnungsanzüge.

Nähmaschinen ohne Anzahlung,
Woche 1,00, Ringmaschinen, Bobbin,
Kleiderständer, Schneid-
maschine, Langsäge, Brunnenstr. 90,
Vollkarte. 1406*

Parvialokal wegen Krankheit der
Frau veräußert Lindenstr. 51. 417

Nähmaschinen ohne Anzahlung,
vergibt noch bis 10,00, wer Teil-
zahlung Nähmaschine kauft oder noch
höher 1,00. Alle Systeme. Voll-
karte. Dornier, Hornstr. 50. 745*

Möbelverkauf, beste Gelegenheiten
für Brautleute. Wegen Aufgabe einer
großen Wohnung sollen sämtliche
Möbel billig verkauft werden, dar-
unter geschmückte Säulenschiffe, An-
kleiderbank, Bettische, Kleiderständer,
Tische, Stühle, Kuchentisch 25 Mark,
Kuschelstühle 16, Waschtische mit
Korpusplatte 26, Kleiderständer 12,
Herrenschreibtisch 45, Kuchentisch
Lackens 50, Kuchentisch 70,
Säulenständer 36, Kuchentisch
4,50, Gardinenständer 36, Kuchel-
betten mit Matratzen und Kissen,
Vorhänge, Betten, Steppdecken, Ver-
schönerndes. Dresdenerstr. 88, vorn
II links. 88/90*

Guttschutter, garantiert rein (auch
Koch- und Badtücher) verkauft
franko Nähmaschine 10 Pfund 9,20 Mark
die Wollerei Hüttingen Bayern. 2576b

Möbelverkauf in meiner Möbel-
fabrik Rühlstr. 80/81, nahe Spittel-
markt. Infolge des großen Umzugs
bestehen sich am Lager viele zurück-
geleichte und verleierte getriebene Möbel,
die wie neu sind, Kleiderständer,
Bettische 27,00, Kuschelstühle 16, Kuschel-
betten mit Federmatratze und
Kissen 36, Lackens 50, Kuchentisch
70, Waschtische 20, Kuchel-
betten 25, ganze Einrichtungen billig.
Transport frei. 87/1*

Gelegenheitskäufe: Valetots, An-
züge, Hosen, Koffer, Revolver,
Leuchttür, Uhren, Goldschmuck, Kessel,
spottbillig. Rude, Drantenstr. 131.

Reiseutensilien, Operngläser, Reih-
zeuge, Regulatoren, Freischwinger,
Hornmusik, Geigen, Hühner, Betten,
Teppiche, spottbillig. Rude, Dranten-
str. 131. 2560b*

Nähmaschinen ohne Anzahlung,
10,00 Vergütung, Vollkarte. Dreifach-
locher, Reichenbergerstr. 151. 2560b

Nähmaschine, gutmähend, 12,00,
Langstr. 25, vorn III. Göße.

Betten spottbillig. Dresdener-
str. 38, Rühlstr. 2588b

Betten (neue), Gardinen, Stores,
Portieren, Gaslöhre, Teppich, zwei
elegante Steppdecken, billig. Hoff-
mann, Rammstr. 52. 2560b

Sandwichbrot! Die besten und
billigsten Grundbrot - Porzellan,
Quadratmeter fünfzig Pfennige, ver-
kauft Schütz, Rühlstr., Lenaustr. 12/13.

Fahrrad, kettenlos, gut erhalten,
Reuwert 280,00, für 40,00 veräußert.
Rühlstr. 14, II. 2565b

Stendalerstraße! Sie haben es
ja gar nicht weit nach der Turn-
str. 85 zu Schlegelinger. Gehen Sie
hin, leben Sie sich die Herren- und
Kleiderstoffe und Anzüge an, Sie
kaufen dort gut und billig.

Ritterunterricht, schnellfördernd,
Rade, Ritterstr. 14. 2456b*

Aufpflanzung! Soja 5,00, Nahrung
4,00, auch andern Hause. Dornier,
Blumenstr. 35 b. 3028*

Küchenmöbel frecht Kuchel-
ständer 97. 2485b*

Pfandleih Rühlstr. 27, 2527b

Pfandleih, Prinzenstr. 63,
täglich 8-8, Sonntags bis 2. 3018*

Lexika und alle andern Bücher
kauft, beiligt Antiquariat, Rühl-
str. 56 I. Amt I 8831.

Platinen, gebrauchte Platinen, aller-
höchste Preise. Rühlstr. 174 II,
nicht Laden. 2520b*

Oberfester! Cool frei, Großes
Bereinszimmer. Rühlstr. 16. *

Bereinszimmer mit Pianino frei
Rühlstr. 61. 24715*

Bereinszimmer mit Pianino, 30
und 60 Personen, zu vergeben. Rühl-
str. 59, Stallstr. 59. 14*

Bereinszimmer 25, 40, Cool
150 Personen, Pianino, zwei Regu-
latoren, vergibt Ledewig, Alte Jakob-
str. 83. 2478*

Bereinszimmer, 20 und 40 Per-
sonen fassend, zu vergeben, eventuell
mit Pianino. Restaurant E. Schum,
Drantenstr. 78. 3278*

Bereinszimmer, großes, zu
Ehungen und feierlichen Dinieren,
Sonnabend, Sonntag zu vergeben
Invalidenstr. 146. 1424*

Wartinaabfälle kauft Linden-
str. 103. 2559b*

Platinen, alte Goldschmuck, Bruch-
gold, Silber, Gebisse, alte Uhren,
Kuchelständer, Kuchelständer, Standgold,
alte Treffen, Brillanten, Gold-
schmuck, Stempelabfälle kauft Gold-
schmelze Broß, Drantenstr. 4,
Telephonanschluss Amt IV, 6958. *

Die Beleidigung gegen Frau
Bele nehm ich hiermit zurück und
erkläre dieselbe für eine ehrenhafte
Person. Rühlstr. 137, 131/20*

Handwerkerei Franz Kambant,
Rühlstr., Dorotheenstr. 18, wohnt
sauber, trocken im Freien; Kafen,
Leibwäse, vier Handtücher 0,10, Ab-
holung Donnerstag.

Schlafstelle bei Schmidt, Wasser-
torstr. 42 I, Duergebäude links. *

Teilnehmer zur möblierten Schlaf-
stelle gesucht bei Anthauer, Stall-
str. 20 vorn III. 117

Genosse findet Schlafstelle eventuell
zwei oder drei Nachen. Schuster,
Kopernikusstr. 27, Hof I rechts. *

Teilnehmer zur möblierten Schlaf-
stelle, separat, vorn 9 Mark. Grah,
Reichenbergerstr. 51. 166

Freundliche Schlafstelle Kreuzberg-
str. 22 bei Elert. 1112

Freundliche Schlafstelle, separater
Eingang, 12 Mark. Brunnenstr. 160,
Eingang Kullmerstr. 3 Treppen,
Frau Ledere. 1139

Schlafstelle zu vermieten bei Wille
Göge, Rantaustr. 25 vorn
3 Treppen. 2582b

Zuarbeiter auf Kleider verlangt
Wendel, Kopernikusstr. 13. 117*

Lehrkräfte, akademische Aus-
bildung, sucht Frau Friede, Modistin,
Kreuzstr. 38. 143

Wamiels auf Jodelits aufhören
Hause. Zuge, Schmeiderstr. 36. *

Wamiels auf Staubmängel und
Schwartz Jodelits, Wöller, Rühl-
str. 42. 2396b*

Frauen finden durch Zeitungs-
anzeigen dauernde und lohnende
Beschäftigung. Meldungen vormittags
9-12 Uhr Prinzenstr. 41 im Keller.

Lehrkräfte, Kostümred., Hosen,
nachher Beschäftigung. Blumen-
str. 9. 77/15*

Im Arbeitsmarkt durch
besonderen Druck hervorgehobene
Anzeigen kosten 40 Pfg. pro Zeile.

Redakteur gesucht!

Für das „Norddeutsche Volksblatt“
suchen einen Redakteur für den politi-
schen Teil. Rednerische Fähigkeiten
erwünscht. Eintritt 1. April oder
später. Bewerbungen unter Angabe
der Gehaltsansprüche sind zu richten
Verlag des „Nordd. Volksbl.“

Paul Hug & Co.
Bant in Oldenburg. *

Büchlerlehrlinge

sucht sofort. Offerten unter P. 8,
Expedition „Vorwärts“.

Maurer

verlangt Wilmersdorf, Sildegard-
str. 146, ist für Rahmenmacher,
Zähler, Polierer, Glaser, Vergolder
und Buchbinder wegen Differenzen
geheert.

Linoleumkitt.

Erfahrener Arbeiter hierin unter
genauer Angabe bisheriger Tätigkeit
gesucht. Offerten unter 1. 8 Expedition
„Vorwärts“.

Rahmenmacher!

Die Firma Gust u. Co., Kurfürsten-
str. 146, ist für Rahmenmacher,
Zähler, Polierer, Glaser, Vergolder
und Buchbinder wegen Differenzen
geheert.

Stockarbeiter!

Die Arbeiter der Firma Julius
und Hermann Gembicki,
Friedrichstr. 16 u. Lindenstr. 102,
befinden sich im Streik.
Zug ist fernzuhalten!
Die Ortsverwaltung.

Verband der Glaser!

Achtung Glaser!
Achtung Bauhandwerker!
Wegen Tarifdifferenzen ist die
Firma Schmeider u. Co. (Daniel
Glaser), Schützenstr. 73 und
Spichernstr. 4, für Glaser
geheert.
Die Ortsverwaltung.

Parvialokal wegen Krankheit der
Frau veräußert Lindenstr. 51. 417

Nähmaschinen ohne Anzahlung,
vergibt noch bis 10,00, wer Teil-
zahlung Nähmaschine kauft oder noch
höher 1,00. Alle Systeme. Voll-
karte. Dornier, Hornstr. 50. 745*

Möbelverkauf, beste Gelegenheiten
für Brautleute. Wegen Aufgabe einer
großen Wohnung sollen sämtliche
Möbel billig verkauft werden, dar-
unter geschmückte Säulenschiffe, An-
kleiderbank, Bettische, Kleiderständer,
Tische, Stühle, Kuchentisch 25 Mark,
Kuschelstühle 16, Waschtische mit
Korpusplatte 26, Kleiderständer 12,
Herrenschreibtisch 45, Kuchentisch
Lackens 50, Kuchentisch 70,
Säulenständer 36, Kuchentisch
4,50, Gardinenständer 36, Kuchel-
betten mit Matratzen und Kissen,
Vorhänge, Betten, Steppdecken, Ver-
schönerndes. Dresdenerstr. 88, vorn
II links. 88/90*

Reichenbergerstr. 158 Näh-
maschinen sämtlicher Systeme ohne
Anzahlung Gebrauchte preiswert. *

Sofa, einfaches, wie neu, billig
verkauft Winter, Beilstr. 10.

Moh-Zachen in guter Ver-
arbeitung empfiehlt Herrmann
Schlesinger, auch Einsegnungsanzüge.

Nähmaschinen ohne Anzahlung,
Woche 1,00, Ringmaschinen, Bobbin,
Kleiderständer, Schneid-
maschine, Langsäge, Brunnenstr. 90,
Vollkarte. 1406*

Parvialokal wegen Krankheit der
Frau veräußert Lindenstr. 51. 417

Nähmaschinen ohne Anzahlung,
vergibt noch bis 10,00, wer Teil-
zahlung Nähmaschine kauft oder noch
höher 1,00. Alle Systeme. Voll-
karte. Dornier, Hornstr. 50. 745*

Möbelverkauf, beste Gelegenheiten
für Brautleute. Wegen Aufgabe einer
großen Wohnung sollen sämtliche
Möbel billig verkauft werden, dar-
unter geschmückte Säulenschiffe, An-
kleiderbank, Bettische, Kleiderständer,
Tische, Stühle, Kuchentisch 25 Mark,
Kuschelstühle 16, Waschtische mit
Korpusplatte 26, Kleiderständer 12,
Herrenschreibtisch 45, Kuchentisch
Lackens 50, Kuchentisch 70,
Säulenständer 36, Kuchentisch
4,50, Gardinenständer 36, Kuchel-
betten mit Matratzen und Kissen,
Vorhänge, Betten, Steppdecken, Ver-
schönerndes. Dresdenerstr. 88, vorn
II links. 88/90*

Vermietungen.

Restoration zu vermieten, Rühl-
str., Thüringerstr. 43. 2539b

Barbierladen billig zu vermieten
Reichenstr., Rühlstr. 137. 131/20*

Verschiedenes.

Bücherball Donnerstags Beber-
str. 17. 2580b

Stenographie, Diktierung,
Schreibmaschine, Sprachen, Salomon,
Karlstr. 28. 2138*

Durch schnelle Erfolge neuer Re-
hoben sehr billigen Harmonium-
Klavier, Blömmertstr. 11, Dranten-
str. 118. 175*

Patentanwalt Dammann, Dranten-
str. 57, Rühlplatz, Rat in Patent-
sachen. 2357b*

Hunde-Krankheiten Spezial-Be-
handlung, Tierarzt Philipp, Koppen-
str. 9, Vollklinik wochentags 9-11,
4-5, Sonntags nur vormittags. R*

Bahr wohnt Brunnenstr. 116.

Teilzahlung, Anfertigung ele-
ganter Herren-Garderobe. Rühlstr.,
Landsbergerstr. 75. 8085*

Nähmaschine reparaturen wer-
den schnell und billig in meiner
eigenen Werkstatt ausgeführt. Vell-
mann, Gollnowstr. 26, nahe der
Landsbergerstr. 2228*

Wohnungen.

Barbierladen, 5 Jahre bestehend,
2 Stuben und Küche, 2 Wohnzimmern
Stube und Küche zum 1. April 1906
zu vermieten Rantaustr. 17. 1783b

Schreinerstraße 19 vermietet
Stube, Küche, 18,00. 16005b*

Cubenarberstraße 36, 37, 38
geräumige und gesunde Wohnungen,
Stube und Küche, billig. Ebenso
drei Stuben und Küche, Dailon.
Rühres beim Bier, Cubenarber-
str. 37. 2465b*

Kleinwohnungen, gesunde, aller-
billigst, sofort: Rühlstr., Dant-
str. 12 (Hermannplatz), Rühl-
str. 15, Rantaustr. 11 (Wedding).

Wohnungen nahe Bahnh. Her-
mannstr., Ecke Rühlstr. 3, 2
und 1 Stube mit vielem Neben-
gelass sowie Laden mit Wohnung, zu
jedem Geschäft passend, sofort preis-
wert. Rühres Rühlstr., Barthe-
str. 4, I. 1905b*

Schlafstellen.

Teilnehmer möblierten Schlafstelle
sucht Gohle, Eisenbahnstr. 83, Duer-
gebäude III. Abends 8 Uhr zu
sprechen. 117

Holzschuhmacher verlangt
Rühlstr., Rantaustr. 60. 117

Lehrling sucht Vorzeilmaler,
4-12 Mark Woche, Stromstr. 4.

Jungen Steinmeyer, welcher auch
Schiff bauen kann, verlangt G. Kiewitz,
Ruhm bei Rühlstr. 1128

Ein ausdauernder junger Mann
zum Zusammenarbeiten findet dauernde
Arbeit bei Wm. August Kiefferstr. 1,
Rantaustr. 132. 1128

Tüchtigen Bader auf Goldbleiben
sucht G. Wegmann, Wilmersdorfer-
str. 39, Charlottenburg. 2593b

Metallkleber verlangt Gehr-
Rühlstr., Chausseest. 2 E. 2591b

Verfärbter verlangt F. Kline,
Kopernikusstr. 21. 2583b

Farbigmacher, der schreiben und
mattieren kann, verlangt Biehlstr.,
Friedrichstr. 16. 2570b

Tüchtiger Rahmenmacher verlangt
Stallstr. 10. 2590b

Schablonen-Schneider auf Grab-
platten, zugleich Zeichner sucht Sand-
blauer, Rühlstr., Strausberger-
str. 38. 2571b

Ein tüchtiger Buchbinder-Klempner
bei gutem Lohn und dauernder Be-
schäftigung wird verlangt bei A.
Schub, Stallstr. 18. 2573b

Tüchtige Vergolderin verlangt
Rühlstr. Goldbleibenfabrik, Rühl-
str. 17. 2592b*

Lehrmädchen für Parfümerie ver-
langt sofort Rühlstr. Parfümerie,
Alexandrinenstr. 22. 2561b

Gewandte Seifenpuderin verlangt
sofort Rühlstr. Parfümerie, Alexan-
drinenstr. 22. 2561b

Aufhänger gesucht Wühlbur-
str. 8, Gartenhaus III. Meldungen
11-1. 2574b

Interrod-Garnierverin verlangt
Rühlstr., Rantaustr. 33. 117

Wamiels auf glatte Strick-
Paletots verlangt Wilhelm, Weiden-
weg 29. 148